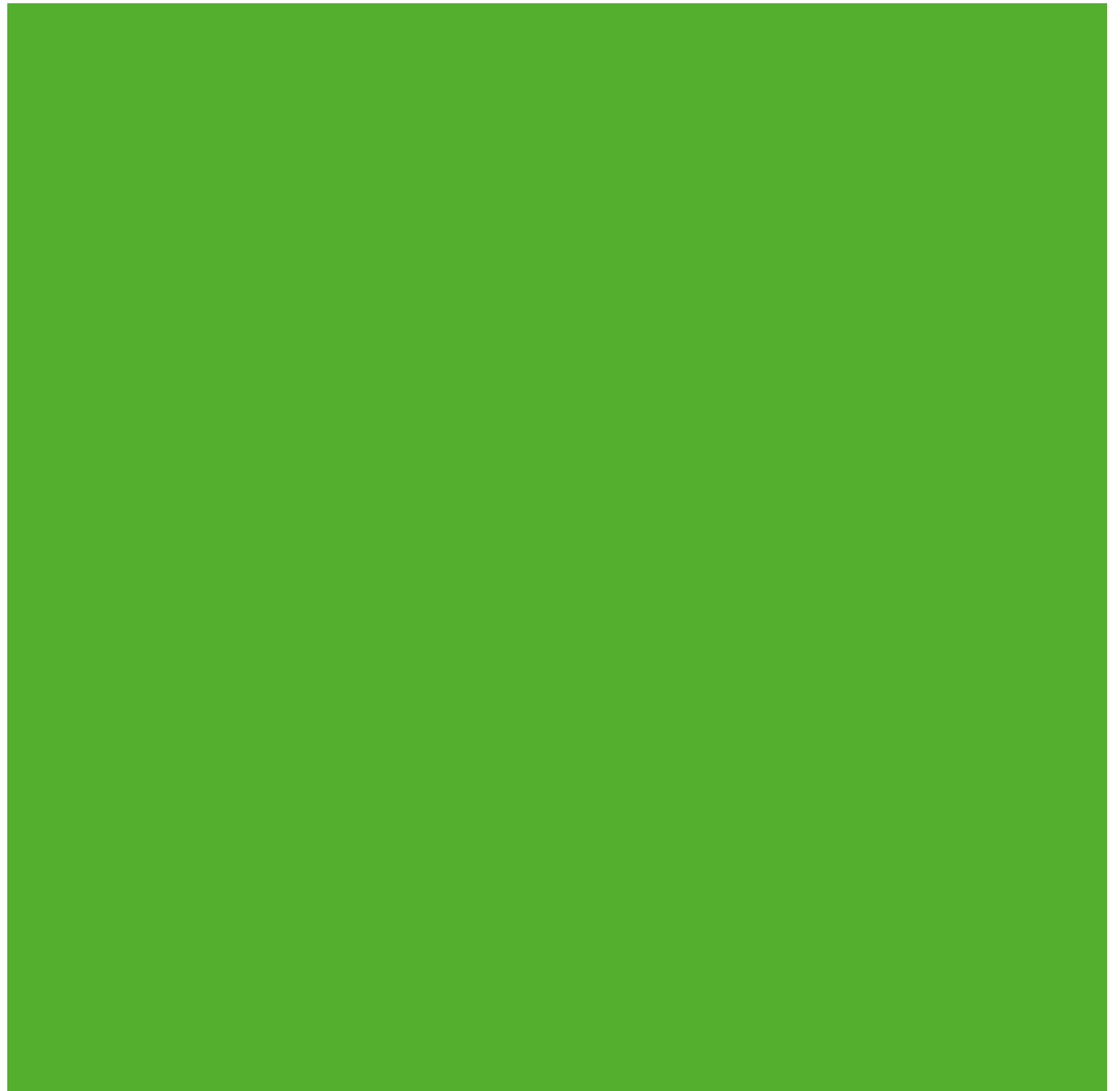




Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie?

Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement
von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland



Studie des SVR-Forschungsbereichs 2020-3

Der Sachverständigenrat ist eine Initiative von:

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband
und Vodafone Stiftung Deutschland

Zitiervorschlag:

Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) 2020: Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin.

Die Studie ist Teil des Projekts „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“, das federführend von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung durchgeführt wird. „BePart“ wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert.



Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration



Gefördert
durch die

Bundeszentrale für
politische Bildung



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Integration durch gesellschaftliche Teilhabe?	6
2 Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement im Einwanderungsland	12
2.1 Formen und Funktionen politischer Partizipation	12
2.2 Formen und Funktionen zivilgesellschaftlichen Engagements	17
2.3 Hängen politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement zusammen?	18
3 Befunde des SVR-Integrationsbarometers zu politischer Partizipation	22
3.1 Politische Einstellungen als Determinanten politischer Partizipation	22
3.2 Bundestagswahlen 2017: Partizipationslücke zwischen Wahlberechtigten mit bzw. ohne Migrationshintergrund	28
3.3 Nichtelectorale politische Partizipation – Migrantinnen und Migranten auch abseits der Wahlurne seltener aktiv	31
4 Befunde des SVR-Integrationsbarometers zu zivilgesellschaftlichem Engagement	35
4.1 Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen	35
4.2 Vereinsungebundenes Engagement	40
5 Zusammenhang von zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation	43
5.1 Profile zivilgesellschaftlichen Engagements	47
5.2 Wahlbeteiligung und nichtelectorale Partizipation unter Berücksichtigung unterschiedlicher Engagement-Profile	47
6 Handlungsempfehlungen und Fazit	50
Literatur	57
Anhang	64
Abbildungsverzeichnis	64
Tabellenverzeichnis	65
Verzeichnis der Info-Boxen	65

Das Wichtigste in Kürze

- Menschen mit Migrationshintergrund beteiligen sich insgesamt weniger häufig politisch und zivilgesellschaftlich als Menschen ohne Migrationshintergrund.
- Gemäß SVR-Integrationsbarometer 2020 haben sich nach eigenen Angaben 65 Prozent der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017 beteiligt; das sind gut 20 Prozentpunkte weniger als bei jenen ohne Migrationshintergrund (85,8 %).
- Rund 10 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund beteiligen sich außerhalb von Wahlen politisch. In Deutschland geborene Nachkommen von Zugewanderten sind allerdings fast so häufig aktiv (20,8 %) wie Menschen ohne Migrationshintergrund (24,2 %).
- 30 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund sind Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation, bei den in Deutschland Geborenen sind es sogar 45 Prozent (Personen ohne Migrationshintergrund: 55,5 %). Gut ein Fünftel (22,2 %) engagiert sich außerhalb von Vereinen ehrenamtlich (ohne Migrationshintergrund: 39,6 %).
- Grundsätzlich gilt: Wer sich zivilgesellschaftlich engagiert, ist auch politisch aktiv(er). Im Interesse der demokratischen Bürgergesellschaft und des sozialen Zusammenhalts sollte dies im Rahmen der politischen Bildung, der Integrationspolitik sowie der Engagementpolitik berücksichtigt werden.

Zusammenfassung

Die migrationsbedingte Vielfalt in Deutschland nimmt zu, und mit ihr schreitet auch die Teilhabe der Zugewanderten und ihrer Nachkommen an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens voran. Der öffentliche Fokus liegt dabei häufig auf Arbeitsmarkt- und Bildungsintegration oder der Teilhabe in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Soziales. Kulturelle, politische und zivilgesellschaftliche Dimensionen der Integration bleiben häufig ausgeblendet – dabei haben sie für die subjektiv wahrgenommene Teilhabe und das damit verbundene Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft eine hohe Bedeutung. Zugewanderte insbesondere der ‚zweiten Generation‘ sind in den vergangenen Jahrzehnten in wachsendem Maße in Politik und Gesellschaft aktiv und sichtbar geworden.

Im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund beteiligen sich Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt betrachtet jedoch in geringerem Maße politisch und bürgerschaftlich. Dies bestätigt die vorliegende Studie mit aktuellen Daten: Zugewanderte und ihre Nachkommen nehmen – so-

fern sie das Wahlrecht haben – im Schnitt seltener an der Bundestagswahl teil, weisen ein geringeres Niveau an nichtelektoraler politischer Aktivität auf und sind auch weniger in zivilgesellschaftlichen Kontexten engagiert, sei es über die Mitgliedschaft in Vereinen oder durch nicht formalisiertes Engagement. Dies ist nicht nur ungünstig für die Integration; die geringeren Teilhabequoten im Bereich der Politik können gravierende Folgen haben: Denn mit der kontinuierlichen Zunahme des Bevölkerungsanteils mit ausländischen Wurzeln steigt die Zahl der Menschen, deren Interessen innerhalb des politischen Systems potenziell unberücksichtigt bleiben.

Das Projekt „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“ konzipiert und erprobt Methoden zur Förderung der Teilhabe an Demokratie und Gesellschaft von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. In diesem Kontext hat der SVR-Forschungsbereich die gesellschaftliche Teilhabe mit aktuellen Daten des SVR-Integrationsbarometers empirisch untersucht. Fokussiert wurden dabei die politische Partizipation



(Wahlteilnahme sowie sonstige politische Aktivitäten wie Demonstrationen, Petitionen oder politische Initiativen) sowie das zivilgesellschaftliche Engagement innerhalb und außerhalb von Vereinen. Neben eigens in das Integrationsbarometer 2020 aufgenommenen Fragen zum zivilgesellschaftlichen Engagement wurden dafür weitere Items aus den Integrationsbarometern 2018 und 2020 ausgewertet.

Die geringere gesellschaftliche Teilhabe lässt sich einerseits durch sozioökonomische Faktoren erklären. Andere Faktoren stehen eher im Kontext der Zuwanderung, zu denen die Analysen des Integrationsbarometers nähere Erkenntnisse liefern. So sind z. B. insbesondere für informelle zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen deutsche Sprachkenntnisse relevant: Während sich rund 25 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund, die ihre Deutschkenntnisse als „eher gut“ oder „sehr gut“ bezeichnen, außerhalb von Vereinen zivilgesellschaftlich engagieren, liegt dieser Anteil bei Personen mit „eher schlechten“ oder „sehr schlechten“ Sprachkompetenzen nur bei 6 Prozent. Zudem ist die Aufenthaltsdauer ein wichtiger Faktor: In Deutschland geborene Nachkommen von Zugewanderten sind z. B. zu 45 Prozent Mitglied in einem Verein; bei Selbstzugewanderten, die bereits seit mehr als zehn Jahren in Deutschland leben, beträgt der Anteil 31,5 Prozent, während er unter denjenigen, die weniger als zehn Jahre hier leben, lediglich bei 18,8 Prozent liegt. Bei der politischen Partizipation jenseits von Wahlen zeigt sich ein ähnliches Bild: Selbstzugewanderte beteiligen sich deutlich seltener (zu 8 %) als ihre in Deutschland geborenen Nachkommen (zu rund 21 %). Dabei spielen auch motivationale Aspekte, die u. a. mit der politisch-kulturellen Sozialisation in Zusammenhang stehen, eine Rolle: So erhöht sich mit steigender Aufenthaltsdauer das Interesse an der Politik sowie das Gefühl der internen politischen Selbstwirksamkeit, also das Empfinden, Politik verstehen und daran teilhaben zu können.

Eine Grundannahme der Teilhabeförderung lautet, dass politische und zivilgesellschaftliche Partizipationsformen eng miteinander verknüpft sind. Die Ergebnisse des Integrationsbarometers zeigen: Wer zivilgesellschaftlich engagiert ist, sei es qua Vereinsmitgliedschaft oder informell, geht – sofern wahlberechtigt – mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen

oder beteiligt sich anderweitig politisch. Dies sollte im Rahmen der Engagementpolitik, der politischen Bildung sowie der Integrationspolitik mit Blick auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

Um die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern, empfiehlt der SVR-Forschungsbereich, politische und bürgerschaftliche Aktivitäten auf allen Ebenen zu unterstützen. Dabei ist ein Engagement im zivilgesellschaftlichen Bereich an sich bereits förderlich für den Zusammenhalt und die Integration, lässt aber darüber hinaus mittelfristig auch positive Effekte für politische Partizipation erwarten. Hier haben Migrantenorganisationen eine wichtige Funktion als Brückenbauende; aber auch sonstige Vereine (vom Sportverein bis zur Freiwilligen Feuerwehr oder zum Gesangsverein) können Teilhabemotoren sein. Zudem könnte eine weitere Öffnung des Bundesfreiwilligendienstes hilfreich sein, nicht zuletzt weil die Bereitschaft zu freiwilligem Engagement unter den Menschen mit Migrationshintergrund sogar höher ist als bei der restlichen Bevölkerung.

Um mehr Menschen mit Migrationshintergrund an die Wahlurnen zu bekommen, sollte zum einen stärker auf das Ziel fokussiert werden, Ausländerinnen und Ausländer mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive einzubürgern – denn das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial stagniert seit Jahren auf niedrigem Niveau. Zum anderen sollten die wahlberechtigten Zugewanderten und ihre Nachkommen noch stärker ermuntert werden, wählen zu gehen. Angesprochen sind hier einerseits die politischen Parteien selbst. Andererseits sollten die Institutionen der politischen Bildung versuchen, ihre Maßnahmen möglichst inklusiv zu gestalten und zugleich bestimmte Gruppen besonders in den Blick zu nehmen: Gerade bei Menschen, die erst kurze Zeit in Deutschland leben, könnte es sich lohnen, zu einem frühen Zeitpunkt intensiv Wissen und Ressourcen zu vermitteln und politische wie bürgerschaftliche Motivationen zu stärken. Denn Angehörige dieser Gruppe beurteilen das politische System und seine Akteurinnen und Akteure überdurchschnittlich gut. Auf diese Weise könnten viele der in den letzten Jahren nach Deutschland Zugewanderten schneller und häufiger zu Aktivbürgerinnen und Aktivbürgern von morgen werden.

1 Integration durch gesellschaftliche Teilhabe?

Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement sind, ebenso wie die Teilhabe an den Bildungs- und Ausbildungssystemen, am Arbeitsmarkt sowie in den Bereichen Wohnen und Gesundheit, wichtige Indikatoren der gesellschaftlichen Integration im Einwanderungsland Deutschland.¹ Chancengleiche Zugänge zu den Prozessen der politischen Willensbildung und der Artikulation von Interessen herzustellen, gehört seit einigen Jahren durchaus zu den Postulaten der Integrationsförderung (vgl. z. B. Sauer 2016: 256f.; SVR 2010: 13, 21; SVR 2015: 120). Doch die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund, so Roland Roth (2018: 630), fand de facto bislang „nur geringe öffentliche Aufmerksamkeit“, „gehört zu den eher randständigen Themen in der deutschen Integrationspolitik“ – und hat selbst in der Eigenwahrnehmung der Zugewanderten bzw. ihrer Nachkommen lediglich „nachrangigen Status im Integrationsgeschehen“. Auch in der Integrationsberichterstattung, die sich in den letzten rund 15 Jahren auf Bundes- und Landesebene (und zum Teil auch in einzelnen Kommunen) herausgebildet hat, dominieren Kennzahlen zur strukturellen Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – insbesondere zur Teilhabe am Arbeitsmarkt, zur Performanz im Bildungssystem, zum Bezug von Transferleistungen oder zur Wohn- und Gesundheitssituation, während andere, vermeintlich ‚weichere‘ Dimensionen der Integration häufig ausgeblendet bleiben.² Gleichzeitig sind Letztere für die subjektiv wahrgenommene Teilhabe und das damit verbun-

dene Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft oftmals von besonderer Bedeutung: Denn gerade das soziale Engagement und verschiedene Formen der politischen Beteiligung finden ihren Ursprung häufig vor Ort in den Kommunen oder im Stadtteil und sind über zwischenmenschliche Begegnungen vermittelt. Damit bergen sie ein wichtiges Potenzial für die soziale Kohäsion in einer aktiven und demokratischen Bürgergesellschaft (vgl. Huxhold/Hameister 2017: 512). Denn die Erfahrung, dass die eigenen Interessen und Überzeugungen im politischen Diskurs bzw. in sozialen und gesellschaftlichen Kontexten wahr- und ernst genommen werden, kann ganz generell die Identifikation mit dem Gemeinwesen und das Gefühl von Zugehörigkeit stärken – und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Das gilt auch umgekehrt: Wenn Teile der Bevölkerung dauerhaft ausgeschlossen und somit ihre Interessen ungehört bleiben – oder sie auch nur diesen Eindruck haben –, kann sie das dem politischen System oder auch der Gesellschaft insgesamt entfremden (vgl. Sauer 2016: 256f.).

Demokratiedefizit? Mehr Beteiligung geboten

Eine demokratietheoretische Grundannahme lautet, dass die Herrschaft vom Volk, also von den Bürgerinnen und Bürgern, ausgeht. Dabei sollte die Demokratie inklusiv sein, also möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einschließen, und ein möglichst großer Anteil der erwachsenen Bevölkerung sollte staatsbürgerliche Rechte besitzen (vgl. Barber 1985; Dahl 1989). Bei der Idee einer inklusiven Demokratie geht es um alle sozialen oder demografischen Gruppen in der Gesellschaft, die in einer Distanz zu politischen und gesellschaftlichen Teilhabeprozessen stehen

- ¹ Diese Studie wurde begleitet durch Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, Mitglied des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist der SVR-Forschungsbereich. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des SVR wider. Die Autorin und die Autoren der Studie danken Sofia Morét, Charlotte Wohlfarth und Mai-Linh Ho Dac für ihre Unterstützung im Rahmen des Projekts. Die Studie ist Teil des Projekts „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“, das federführend von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung durchgeführt wird. „BePart“ wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert.
- ² Dabei gilt für die politische Partizipation, ähnlich wie für die Teilhabe im zivilgesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich, dass aussagekräftige Integrationsindikatoren nur begrenzt zur Verfügung stehen und entsprechende Daten in der Regel nicht einfach aus amtlichen Statistiken oder Registern zu gewinnen sind. Hinzu kommt die Herausforderung, dass entsprechende Teilhabemessungen – etwa zur Engagementbereitschaft oder zur Mitgliedschaft in Vereinigungen vor Ort – in besonderem Maße kontextualisiert werden müssen, also ins Verhältnis zu strukturellen Faktoren wie lokale Offenheit der Bevölkerung und tatsächliche Zugangschancen bzw. -barrieren (unter Einschluss individueller/struktureller Diskriminierung) gesetzt werden sollten (Filsinger 2018: 711). Zur Darstellung der Systeme des Integrationsmonitorings, zu darin enthaltenen Lücken sowie Weiterentwicklungsmöglichkeiten vgl. SVR 2017.



oder von Ausschlüssen bedroht sind. Menschen mit Migrationshintergrund (als eine dieser Gruppen) stärker politisch einzubinden, ist also nicht nur für die individuelle politische Integration und den damit verbundenen gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeutsam, es ist gleichermaßen ein Gebot der Demokratie an sich.

Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere wenn sie selbst zugewandert sind, beteiligen sich im Schnitt weniger häufig politisch und zivilgesellschaftlich als Menschen ohne Migrationshintergrund – das zeigen empirische Studien (vgl. Müssig/Worbs 2012; Müssig 2020; Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2016). Die geringere politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ist nicht nur unter integrationspolitischen Erwägungen, sondern, wie bereits erwähnt, auch aus demokratietheoretischen Gründen problematisch. Dabei stellt die Beteiligung an Wahlen (die sog. elektorale politische Partizipation; vgl. Roller/Rudi 2008: 252f.) ein Kernelement einer Demokratie dar und sollte von möglichst vielen Wahlberechtigten genutzt werden (vgl. SVR 2010: 189; Sauer 2016: 256). Angesprochen ist damit einerseits das fehlende Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, andererseits die unzureichende Nutzung desselben durch deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund – wofür sowohl subjektiv-individuelle als auch strukturell-systemische Faktoren verantwortlich sein können.³ Durch die Wahl ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten, aber auch durch die Teilnahme an direktdemokratischen Verfahren können Menschen die Richtung der Politik innerhalb der jeweiligen Gebietskörperschaft mit ihrer Stimme beeinflussen. An Wahlen teilnehmen können in Deutschland allerdings grundsätzlich nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei Kommunalwahlen sind auch EU-Bürgerinnen und EU-Bürger wahlberechtigt. Personen aus Drittstaaten ohne deutschen Pass sind hingegen von der Stimmabgabe gänzlich ausgeschlossen (Info-Box 1). Allerdings machen

auch unter den Wahlberechtigten längst nicht alle von ihren Möglichkeiten zur Partizipation Gebrauch, zudem verzichten viele Einbürgerungsberechtigte auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit oder ‚verschieben‘ diesen Schritt, obwohl sie der unmittelbare Garant voller politischer Partizipationsrechte ist.

Auch durch sog. nichtelektorale Partizipationsformen, die grundsätzlich allen hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit offenstehen, etwa durch das Unterstützen von Petitionen oder die Teilnahme an politischen Diskussionen oder Demonstrationen, können Menschen ihren politischen Willen bekunden oder ihm zur Durchsetzung verhelfen. Können oder wollen einzelne Gruppen sich allerdings nicht in Politikprozesse einbringen, schwächt das unter Umständen ihre gesellschaftliche Position und die Berücksichtigung ihrer Interessen (vgl. Verba/Burns/Schlozman 1997: 1053; Müssig/Worbs 2012: 10). Daher ist es im Hinblick auf die Teilhabe von Menschen mit – und ohne – Migrationshintergrund von erheblicher Bedeutung, die vielfältigen Faktoren, die eine Beteiligung begünstigen bzw. erschweren, zu kennen. Denn nur so lassen sich effiziente Ansätze und Strategien für mehr Partizipation entwickeln.

Warum und wie kommt es zu gesellschaftlicher Teilhabe? Und durch wen?

Politische Beteiligung und andere Formen des gesellschaftlich und sozial wirkenden („nichtpolitischen“) freiwilligen Handelns Einzelner im Gemeinwesen können – hier in Abgrenzung zu den strukturell bzw. materiell bedeutsamen Teilhabebereichen wie Bildung, Wohnen, Erwerbstätigkeit, Gesundheit und soziale Sicherung – im weitesten Sinne als gesellschaftliche Teilhabe verstanden werden. In der vorliegenden Studie wird dabei nicht zuletzt vor dem Hintergrund der empirischen Analysen (s. Kap. 3 und 4) zwischen politischer Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement eine klare Differenzierung vorgenom-

3 Begriffe wie „Nichtwähler“, „Wahlenthaltung“, „Wahlabstinenz“, „Wahlmüdigkeit“, „Wahlpassivität“ oder „Politik(er)verdrossenheit“ sind nicht nur medial prominent. Auch die Politik- und Sozialwissenschaften befassen sich seit vielen Jahren mit den Gründen für den Verzicht auf das Wahlrecht bei Wahlberechtigten, die vor allem entlang sozialer, demografischer und kultureller Grenzen zu suchen sind; vgl. dazu übersichtlich Deutscher Bundestag (2016) sowie konkret zu den Determinanten politischer Passivität van Deth (2016: 142–144). Zu den vielfältigen negativen Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung vgl. umfassend Schäfer (2015).

men (vgl. auch Gabriel/Völkl 2008: 269): Erstere bezeichnet alle Formen freiwilliger unentgeltlicher Aktivität, die zum Ziel haben, Einfluss auf Politikentscheidungen zu nehmen. Zweiteres umfasst entsprechend sämtliche Aktivitäten, die ‚unpolitisch‘ in dem Sinne sind, dass damit primär keine politischen, sondern gesellschaftliche, soziale, ökologische, humanitäre, ethische oder anderweitig gemeinwesenorientierte Ziele verfolgt werden.⁴ „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und „politische Partizipation“ werden im Folgenden durchgängig als feste Begriffspaare benutzt. Dies dient vorrangig dem Zweck, die jeweiligen Handlungsfelder bzw. Handlungsziele (Zivilgesellschaft oder Politik) im Sinne der vorgenommenen Definitionen möglichst klar zu benennen.⁵

Um politische und – breiter – gesellschaftliche Beteiligung zu erklären, hat die Forschung über mehrere Jahrzehnte verschiedene Ansätze entwickelt. Das gleichermaßen prominente wie universelle *Civic Voluntarism Model* (Verba/Schlozman/Brady 1995; Abb. 1) geht vereinfacht gesagt davon aus, dass gesellschaftliche Teilhabe auf der Ebene des Individuums von drei Faktorenbündeln abhängt: davon,

- ob die betreffenden Personen partizipieren *können*, also über partizipationsrelevante Ressourcen verfügen, etwa Zeit, Wissen, soziale, sprachliche und organisatorische (kognitive) Kompetenzen, entsprechende Netzwerke und ggf. auch Geld;
- ob sie partizipieren *wollen*, also auf der Basis von Werten und Normen sowie ihrer Selbstwirksamkeit interessiert und motiviert sind und glauben, dass sie etwas bewirken können; und
- ob sie *gefragt werden*, also gezielte Ansprache durch Dritte erfahren oder aktiv in Netzwerke eingebunden werden, über die sie von Partizipations-

möglichkeiten erfahren und in denen sie ggf. dazu aufgefordert werden.

Dabei geht ein höherer Bildungsstand in der Regel mit mehr teilhaberelevanten Ressourcen und einem stärkeren gesellschaftlichen bzw. politischen Interesse einher, was die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung erhöht. Ältere Menschen beteiligen sich tendenziell häufiger als jüngere, weil sie mehr Kompetenzen, mehr Erfahrung und mehr Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten haben. Im hohen Alter sinkt die Partizipationsneigung wieder, weil die Einbindung in Netzwerke fehlt; hinzu kommen ggf. körperliche Einschränkungen. Schließlich verfügen Männer aufgrund ihres beruflichen Status tendenziell über mehr partizipationsrelevante Ressourcen als Frauen.

Neben den verschiedenen individuellen und subjektbezogenen Prädispositionen, die sich gemäß dem *Civic Voluntarism Model* auf die aktive Teilhabe von Menschen auswirken, ist eine Reihe weiterer Rahmenbedingungen zu nennen, die sich – positiv-ermöglichend oder negativ-hinderlich – auf Teilhabe (-bereitschaft) auswirken. Diese Faktoren sind insbesondere in Arbeiten zur politischen Partizipation herausgearbeitet worden (vgl. Steinbrecher 2009). Denn gerade die Einflussfaktoren auf elektorale Partizipationsentscheidungen sind Gegenstand der politikwissenschaftlichen und sozialpsychologischen Forschung. Bei der Anordnung und dem modellhaften Zusammenwirken dieser unterschiedlichen Faktoren wird häufig das Bild eines Kausalitätstrichters als Heuristik verwendet. Der Trichter ordnet die mannigfaltigen Faktoren, die für eine individuelle elektorale Partizipationsentscheidung ausschlaggebend sein können, systematisch an.⁶ Darin finden sich sozial-

4 Freilich ist eine klare Unterscheidung in der Praxis bisweilen schwierig, vgl. dazu Kap. 2.1 und 2.2.

5 „Engagement“ und „Partizipation“ stehen dabei jeweils gleichbedeutend für handlungsorientierte Teilhabe in der jeweiligen Sphäre. Insofern könnte grundsätzlich ebenso von „politischem Engagement“ und „zivilgesellschaftlicher Partizipation“ die Rede sein. Teilweise wird auch zwischen „sozialer Beteiligung“ und „politischer Beteiligung“ unterschieden (vgl. Deiss-Helbig/Wüst 2020; Gabriel/Völkl 2008). Die im Rahmen der vorliegenden Studie verwendete Terminologie ist dennoch nicht willkürlich, sondern orientiert sich an den nach Ansicht der Autorin und der Autoren in den Sozialwissenschaften und in der politisch-gesellschaftlichen Praxis am weitesten verbreiteten Begriffen. Insofern unterscheidet sich insbesondere der Engagement-Begriff vom angloamerikanischen Sprachverständnis des *engagement*, das zwar ebenfalls im Hinblick auf konkretes Handeln gebraucht wird, jedoch häufig eine stark kognitiv-psychologische Komponente aufweist, die eher auf Einstellungen, Überzeugungen, Interesse, Wissen und Aufmerksamkeit gerichtet ist (vgl. dahingehend die Unterscheidung bei Barrett/Brunton-Smith 2014: 6).

6 Prominent ist dabei das von US-amerikanischen Sozialpsychologen um Angus Campbell entwickelte sog. Ann-Arbor-Modell, u. a. in seiner Weiterentwicklung durch den Politikwissenschaftler Russell Dalton; vgl. Arzheimer (2008: 63ff.).



psychologische Determinanten wie etwa bestimmte Persönlichkeitsmerkmale (vgl. Schoen 2012), andere sozialstrukturelle Prädispositionen und Werthaltungen, etwa Erfahrungen mit (nichtdemokratischen) politischen Regimen oder eine je nach Herkunftsland unterschiedlich ausgeprägte Wahlnorm (vgl. Kornelius/Roth 2004: 35). Die aus diesen verschiedenen persönlichkeits- bzw. sozialisationsbezogenen Faktoren resultierenden Wertorientierungen können wiederum zu Parteiidentifikation bzw. darüber vermittelt zu einer Sachfragen- oder Kandidatenorientierung führen, die durch Mobilisierung wie zum Beispiel Wahlwerbung verstärkt wird. Ferner wirken weitere exogene Faktoren höchst unterschiedlicher Art auf diesen Formationsprozess ein, darunter politische und mediale sowie gesellschaftliche und institutionelle (z.B. Diskriminierung). Alle Faktoren erklären in ihrem Zusammenspiel das letztendliche Wahlverhalten.

Für nichtelektorale Formen der Partizipation bzw. für das Engagement in den verschiedenen ‚nichtpolitischen‘ Bereichen der Gesellschaft besitzen jedoch die im *Civic Voluntarism Model* enthaltenen Determinanten die größte Erklärungskraft: Menschen beteiligen sich nachweislich dann politisch und zivilgesellschaftlich, wenn sie durch Ressourcen dazu in der Lage sind (es können), entsprechend motiviert sind (es wollen) und wenn sie mobilisiert (also auch gefragt) werden. Dabei sind politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement stets auch stark vom familiären sozioökonomischen Status (Einkommen/Bildung) bzw. von der sozialen Schicht abhängig, die wiederum mit einem spezifischen Habitus eines jeden Menschen in Verbindung stehen (vgl. Bourdieu 1984).⁷

Ziel der Studie

Bis vor wenigen Jahren waren wissenschaftliche Befunde zum Ausmaß der politischen Partizipation und des zivilgesellschaftlichen Engagements von Zugewanderten bzw. ihrer Nachkommen in Deutschland ein sehr rares Gut. Auch zu den Faktoren, die diese

Phänomene möglicherweise begünstigen oder hemmen, gab es hierzulande nur wenig empirische Evidenz, zumal – insbesondere was die Differenzierung der äußerst heterogenen Gruppe der „Menschen mit Migrationshintergrund“ betrifft – die zur Verfügung stehenden Survey-Daten eher begrenzt waren. Im Bereich der **Erforschung politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland** (grundlegend Müssig/Worbs 2012; Wüst 2002) zeichnet allerdings die jüngst veröffentlichte Arbeit von Stephanie Müssig (2020) ein sowohl theoretisch als auch empirisch sehr gehaltvolles Bild.

Bei der Analyse des ehrenamtlich-bürgerschaftlichen Engagements von Zugewanderten und ihren Nachkommen hat sich der bis dato sehr schmale Wissensstand durch den Deutschen Freiwilligen-survey 2014 (Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2016; 2017) erheblich erweitert, nicht zuletzt weil darin Menschen mit Migrationshintergrund Gegenstand einer separaten Analyse sind (vgl. Vogel/Simonson/Tesch-Römer 2017). Dennoch verbleiben in beiden Bereichen – der politischen Partizipation wie dem zivilgesellschaftlichen Engagement – zahlreiche Forschungs- und Wissenslücken; diese ein Stück weit zu schließen, ist das Ziel der vorliegenden Studie. Das SVR-Integrationsbarometer als regelmäßige Bevölkerungsbefragung mit einer sowohl für Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund repräsentativen Stichprobe, die auch Aussagen für einzelne Herkunftsgruppen ermöglicht (Info-Box 4; vgl. SVR 2020a; 2020b), bildet eine hervorragende Datengrundlage, um den derzeitigen Wissensstand zu bereichern.

Im Folgenden soll daher ein Schlaglicht auf gegenwärtige Beteiligungsquoten geworfen werden: In welchem Ausmaß sind Menschen mit Migrationshintergrund (im Vergleich auch zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund) politisch und zivilgesellschaftlich engagiert? Welche Rolle spielt dabei das vereinsgebundene Engagement, in welcher Art von Organisationen sind Zugewanderte und ihre Nachkommen aktiv und wie häufig engagieren sie sich?⁸

7 Der Habitus beschreibt das verinnerlichte kulturelle Kapital, das ein fester Bestandteil der Person geworden ist (Bourdieu 1983; 1984). Es äußert sich in ähnlichen Einstellungen und Wertvorstellungen, Bedürfnissen und Interessen von Personen, die sich in ähnlichen sozioökonomischen Lebenslagen befinden bzw. vergleichbaren Schichten angehören (Geißler 2014).

8 Dafür wurden eigens zwei Itembatterien in den Fragebogen zum SVR-Integrationsbarometer aufgenommen (Items V1 bis V4 und eng1a bis eng2b; vgl. SVR 2020b).

Abb. 1 Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Wie erklärt sich gesellschaftliche Teilhabe? Das *Civic Voluntarism Model*

Menschen
engagieren sich,
wenn ...



Quelle: SVR-Forschungsbereich in Anlehnung an Verba/Schlozman/Brady 1995 und Müssig 2020



Mögliche Wirkfaktoren auf politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement



Dabei werden Teilhabeunterschiede unter dem Aspekt betrachtet, ob die Befragten mit Migrationshintergrund selbst zugewandert oder in Deutschland geboren sind, sowie hinsichtlich der im SVR-Integrationsbarometer abbildbaren Herkunftsguppen. Des Weiteren verfolgt die Studie das Ziel, Erkenntnisse zu den individuellen Rahmenbedingungen für die Beteiligung des oder der Einzelnen zu gewinnen: Wie erklärt sich deren Teilhabe bzw. mit welchen Variablen geht sie einher? Ergänzend wurde eine Reihe weiterer Befragungssitems aus den SVR-Integrationsbarometern ausgewertet, die Aufschlüsse über Einstellungen gegenüber dem politischen System und seinen Repräsentantinnen und Repräsentanten geben. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, zukünftige Initiativen im Bereich der politischen Bildung bzw. zur Förderung der politischen und zivilgesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund auf eine solidere Wissensgrundlage zu stellen.

Aufbau der Studie

Kapitel 2 bildet den konzeptuellen Rahmen sowohl zum Thema der Studie als auch zu den empirischen Auswertungen in den Hauptkapiteln 3 bis 5. Zunächst erfolgt eine genauere Differenzierung von politischer Partizipation (s. Kap. 2.1) und zivilgesellschaftlichem Engagement (s. Kap. 2.2) auf Grundlage der Forschungsliteratur. In Kapitel 2.3 werden die möglichen Zusammenhänge von zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation, insbesondere der vermutete positive Einfluss von Ersterem auf Letzteres, vor dem Hintergrund des oben eingeführten *Civic Voluntarism Model* beschrieben. Die Ergebnisse der Datenauswertungen aus dem SVR-Integrationsbarometer werden in den Kapiteln 3 bis 5 berichtet. Kapitel 3 fokussiert auf die Befunde zur politischen Partizipation. Zunächst geht es um zentrale Determinanten der Teilhabe (s. Kap. 3.1), bevor die Ergebnisse zur elektoralen (s. Kap. 3.2) und nichtelektoralen politischen Partizipation (s. Kap. 3.3) wiedergegeben werden. Die empirischen Befunde zum zivilgesellschaftlichen Engagement stehen im Zentrum von Kapitel 4, zunächst hinsichtlich der institutionell verfassten Teilhabe in Vereinen und Organisationen (s. Kap. 4.1), danach mit Blick auf das informelle, vereinsunge-

bundene Engagement (s. Kap. 4.2). Dabei wird auf die Häufigkeit des Engagements eingegangen sowie auf die Frage, inwieweit es sich um Vereine handelt, die sich für Integration oder für den Erhalt der Herkunftskultur einsetzen. Kapitel 5 fragt nach den Zusammenhängen zwischen den beiden untersuchten gesellschaftlichen Teilhabeformen. Kapitel 6 fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und präsentiert Handlungsempfehlungen.

2 Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement im Einwanderungsland

2.1 Formen und Funktionen politischer Partizipation

Politische Partizipation kann als alles unentgeltliche und freiwillige Handeln von Menschen verstanden werden, mit dem diese versuchen, politische Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. Verba/Nie/Kim 1978: 46; Barnes/Kaase 1979: 42; Gabriel/Völkl 2008: 270). Dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ihre Bedürfnisse an die Politik übermitteln und aktiv auf politische Entscheidungen einwirken, hat in Demokratien einerseits legitimierende Funktion für politische Institutionen; andererseits können auf diese Weise Interessen von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Minderheiten berücksichtigt werden. Deshalb spielt eine funktionierende Interaktion zwischen der Politik und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen von Bürgerinnen und Bürgern – inklusive solcher mit Migrationshintergrund – eine wesentliche Rolle (vgl. Sauer 2016: 256; s. o.).

Unter den verschiedenen Möglichkeiten politischer Beteiligung und Interessenbekundung ist der Wahlakt die verbreitetste und in der Regel niedrigschwelligste, gleichzeitig ist er für Demokratien konstitutiv. Daneben gibt es viele weitere Beteiligungsformen, darunter etwa die Teilnahme an Demonstrationen oder die Mitarbeit in Bürgerinitiativen. Diese und zahlreiche weitere Aktivitäten lassen sich unter dem Sammelbegriff nichtelektorale Partizipation zusam-



menfassen.⁹ Dies ist konzeptionell sinnvoll, zumal sich die Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen mit Blick auf diese nichtelektoralen Partizipationsformen unterscheiden kann (vgl. Müssig 2020: 25–30). Nichtsdestotrotz fördert ein Vergleich elektoraler und nichtelektoraler politischer Partizipation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bereits wichtige Unterschiede und Gemeinsamkeiten zutage, die bei einer gesamthaften Betrachtung der politischen Partizipation verborgen blieben.

Ob Bürgerinnen und Bürger elektoral, nichtelektoral oder auch auf beiden Wegen politisch teilhaben, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Gemäß dem *Civic Voluntarism Model* (Abb. 1) sind dies Ressourcen (z. B. Bildung oder Einkommen), politische Einstellungen (z. B. Politikinteresse, politische Selbstwirksamkeitswahrnehmung bzw. die daraus resultierende Motivation) und gesellschaftliche Netzwerke (z. B. Gruppierungen und Netzwerke, die mobilisierend wirken).

Zwar können diese Determinanten politischer Partizipation die Beteiligung ganz unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu einem großen Teil erklären (vgl. Müssig 2020: 55–58). Mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund wird trotzdem hinterfragt, ob Standardmodelle der politischen Partizipationsforschung ausreichen, um die politische Teilhabe von Zugewanderten zu erklären, oder ob dazu weitere, migrationsspezifische Faktoren in entsprechenden Modellen berücksichtigt werden müssen (vgl. Spies/

Mayer/Goerres 2020; Müssig 2020). Aktuelle Studien kommen grundsätzlich zu dem Ergebnis, dass migrationsspezifische Faktoren nur begrenzt dazu beitragen, bestehende Unterschiede der elektoralen und/oder nichtelektoralen Partizipation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären (vgl. z. B. Spies/Mayer/Goerres 2020: 4). Allerdings lassen sich dadurch zum Teil wichtige Unterschiede innerhalb der Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund (etwa zwischen verschiedenen ‚Generationen‘) besser erklären (vgl. Müssig 2020: 289–290).

Elektorale politische Partizipation

Dem Wählen kommt in einer Demokratie eine besondere Rolle zu: Es ist die meist genutzte und wichtigste politische Partizipationsform einer Staatsbürgerin oder eines Staatsbürgers, um an der Willensbildung mitzuwirken und die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger über die eigenen Präferenzen zu informieren. Zudem gilt die Teilnahme an allgemeinen Wahlen als eine niedrigschwellige Möglichkeit der politischen Teilhabe; andere Partizipationsformen sind mit deutlich höherem Aufwand verbunden und somit in der Regel stärker status- und ressourcenabhängig (vgl. Nohlen 2003: 680).¹⁰

Das Recht, den Deutschen Bundestag sowie die Landtage zu wählen, ist deutschen Staatsangehörigen vorbehalten und kann somit für Ausländerinnen und Ausländer nur über die Einbürgerung erlangt werden (Info-Box 1).¹¹ In mehreren Schritten hat

9 Gesondert hinzuweisen ist auf die Mitgliedschaft bzw. Aktivität in Gewerkschaften. Ursprünglich primär auf das Ziel betrieblicher Mitbestimmung und der Repräsentation von Gruppeninteressen im Arbeitsleben gerichtet, kann gewerkschaftliches Engagement auch Formen genuin *politischer* Partizipation einnehmen (Info-Box 2).

10 Das Hauptaugenmerk der vorliegenden Studie liegt auf dem aktiven Wahlrecht. Analysen zum passiven Wahlrecht bleiben außen vor; die deskriptive Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund als Amts- oder Mandatsträger beleuchtet der SVR ausführlich in seinem Jahresgutachten 2021 (vgl. SVR 2021: Kap. A.2.1.2); vgl. dazu auch Hossain et al. 2016; Schönwälder 2013; Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011; Street/Schönwälder 2019; Mediendienst Integration 2020. Ebenfalls nicht berücksichtigt wird politische Partizipation in Ausländer- und Integrationsbeiräten. Dies sind Gremien, die die Interessen der ausländischen Bevölkerung vertreten und die kommunalen Organe in allen Angelegenheiten der ausländischen Bevölkerung beraten (Ritgen 2018: 427). Ausländer- und Integrationsbeiräte stellen das älteste Angebot zur formalen Beteiligung an der kommunalen Politik in Deutschland für Menschen mit Migrationshintergrund dar. Da sie kaum über entscheidungsrelevante Kompetenzen verfügen, kann über sie allenfalls „politische Partizipation light“ (Hossain et al. 2016: 199ff.) erreicht werden. Sie sind in der Regel in den Gemeindeordnungen und Satzungen verankert und umfassen eine von den kommunalen Behörden organisierte Wahl mit entsprechenden Listen (vgl. Kersting 2008: 111ff.). Allerdings ist die Wahlbeteiligung hier gering, sodass die demokratische Legitimation durch den Wahlakt fraglich erscheint (vgl. dazu mit weiteren Quellen SVR-Forschungsbereich 2019a: 10, 19f.; SVR 2021: Kap. A.2.1.2).

11 Eine ausführliche Herleitung der politischen Partizipationsrechte von Ausländerinnen und Ausländern mit einem Überblick über die wissenschaftlichen Positionen zum Ausländerwahlrecht findet sich bei Müssig (2020: 293–297).

Info-Box 1 Elektorale Partizipation: Einbürgerung alternativlos?

Grundsätzlich besitzen nur deutsche Staatsangehörige das aktive und passive Wahlrecht. Ausnahmen bilden die Beteiligungsmöglichkeiten für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger an den Kommunal- und Europawahlen als Folge des Vertrags von Maastricht 1992 (vgl. Art. 17 EU-Vertrag; Art. 28 Abs. 1 Grundgesetz, GG). Zu Jahresbeginn 2020 verfügten rund 13 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Deutschlands nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit (ca. 8,7 Mio. Menschen); bei rund 44 Prozent dieser Nichtdeutschen (ca. 3,8 Mio.) handelte es sich um Angehörige anderer EU-Staaten (Statistisches Bundesamt 2020b).

Demokratiethoretisch bieten sich zwei Wege an, um diesem signifikanten Teil der Bevölkerung elektorale Beteiligungsrechte zu verschaffen: die **Einführung eines Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer sowie die Erleichterung der Einbürgerung** (vgl. Bauböck 2005; D'Amato 2001: 111ff.). Ersteres kann aufgrund von verfassungsrechtlichen Beschränkungen auf absehbare Zeit als ausgeschlossen gelten: Die rechtliche Vorgabe in Art. 20 Abs. 2 GG („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“) wurde vom Bundesverfassungsgericht (BVerfGE) 1989 so gedeutet, dass an Wahlen nur deutsche Staatsangehörige teilnehmen dürfen und der Artikel durch die sog. Ewigkeitsklausel in Art. 79 Abs. 3 GG vor Änderungen geschützt ist; die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts in Schleswig-Holstein und Hamburg erklärte es für verfassungswidrig (BVerfGE 83, 37ff., 60ff.; vgl. D'Amato 2001: 111–136). Durch die Öffnung im Rahmen der Ratifizierung des EU-Vertrags erscheint zumindest die **Schaffung eines kommunalen Wahlrechts für länger aufhältige Drittstaatsangehörige** nicht mehr ausgeschlossen, wurde allerdings in den letzten Jahren nicht mit Nachdruck politisch erwogen (zur Diskussion vgl. Sieveking 2008; SVR 2021: Kap. A.2.1).

Für Ausländerinnen und Ausländer insbesondere aus Drittstaaten führt der Weg zu ‚echten‘ elektoralen Beteiligungsrechten somit bis auf Weiteres zwangsläufig über die **Einbürgerung**. Die

Kinder von langjährig in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen erhalten mittlerweile nach dem Geburtsortprinzip die deutsche Staatsangehörigkeit. Trotz verschiedener Reformschritte gilt das deutsche Einbürgerungsrecht im internationalen Vergleich jedoch als eher restriktiv (SVR 2015: 122ff.). In der Regel besteht ein Anspruch auf Einbürgerung nach mindestens acht Jahren rechtmäßigem und gewöhnlichem Aufenthalt bei auf Dauer angelegtem Aufenthaltsstatus, sofern der Lebensunterhalt der Familie ohne Sozialleistungen gesichert werden kann, keine strafrechtliche Verurteilung vorliegt und die bisherige Staatsangehörigkeit aufgegeben wird. Weitere Regelvoraussetzungen sind das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland (§ 10 Abs. 1 Staatsangehörigkeitsgesetz, StAG).

Im vergangenen Jahrzehnt stagnierte die Zahl der jährlichen Einbürgerungen bei etwa 110.000. Dabei wird das Einbürgerungspotenzial – das Verhältnis der Einbürgerungszahlen zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die die zentralen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen – nur marginal ausgeschöpft: Lediglich zwei bis drei von 100 Einbürgerungsberechtigten gehen bundesweit pro Jahr diesen Schritt, wobei zwischen den Bundesländern mehr oder weniger deutliche Unterschiede zu beobachten sind (Statistisches Bundesamt 2020c: 13ff.; vgl. auch Thranhardt 2017: 11f.). Die Einbürgerung wird als Alternative zur Erlangung eines elektoralen Teilhaberechts also nur unzureichend genutzt. Dies kann teilweise auf die vergleichsweise ‚komfortable‘ Lage der Ausländerinnen und Ausländer hinsichtlich ihrer – mit Ausnahme eben des Wahlrechts nahezu vollständigen – rechtlichen Gleichstellung mit Deutschen im Sinne einer „Wohnbürgerschaft“ (*denizenship*; vgl. Bast 2013) zurückgeführt werden, liegt aber wesentlich auch an fortbestehenden Einbürgerungshürden.



Deutschland das Staatsangehörigkeitsrecht liberalisiert: Der erstmaligen Einführung eines Rechtsanspruchs auf Einbürgerung 1990 folgte eine Reform im Jahr 2000, bei der u. a. ein konditionales *ius soli* (Geburtsortprinzip) für Kinder von langjährig in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern eingeführt wurde. Zwar erhalten sie nach diesem Prinzip den deutschen Pass, mussten sich gemäß ‚Optionsmodell‘ aber später zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und derjenigen des Herkunftslandes entscheiden. Diese Optionspflicht wurde schließlich im Sommer 2014 abgeschafft. 2017 hatten etwa 9,5 Prozent der Wahlberechtigten zum 19. Deutschen Bundestag einen Migrationshintergrund (IntMK 2019: 22).¹²

Deutsche mit Migrationshintergrund, vor allem solche, die selbst zugewandert sind, beteiligen sich im Schnitt seltener an Bundestagswahlen als Deutsche ohne Migrationshintergrund (Wüst 2002: 166–171; Müssig/Worbs 2012: 31–32; Minor 2017: 5; Goerres/Spies/Mayer 2018: 2; Roth 2018: 643). So haben beispielsweise bei der Bundestagswahl 2017 rund 76 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund gewählt, aber nur 61 Prozent der Deutschen mit (post-)sowjetischem bzw. türkischem Migrationshintergrund (jeweils 500 Befragte im Rahmen der sog. Deutschen Wahlstudie; vgl. Goerres/Spies/Mayer 2018). Anhand der Daten des SVR-Integrationsbarometers kann die angegebene Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 differenziert betrachtet werden: Aufgrund hoher Fallzahlen lassen sich die elektorale politische Partizipation mehrerer Herkunftsgruppen sowie diejenige der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund miteinander vergleichen.

Nichtelektorale politische Partizipation

Auch wenn in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen und vom formalen Wahlrecht ausgeschlossen sind, steht es ihnen frei – so sie dies wünschen –, nichtelektoral zu partizipieren, um ihr (noch)

fehlendes Wahlrecht mit Blick auf die politische Interessenartikulation ein Stück weit zu kompensieren. Neben der Stimmabgabe bei Wahlen beeinflussen Bürgerinnen und Bürger die Politik durch weitere Aktivitäten bzw. versuchen dies zumindest, zum Beispiel wenn sie in einer Bürgerinitiative mitwirken. Einige dieser Partizipationsformen – man denke an die Teilnahme an einer Demonstration oder an einer Onlinepetition – sind zudem punktueller bzw. unverbindlicher Natur und weisen kaum Teilnahmehürden auf. Politische Partizipationsformen wie beispielsweise Demonstrationen sind gesellschaftlich akzeptierte Möglichkeiten, um den eigenen politischen Willen kundzutun (Müssig/Worbs 2012: 36).¹³ Während die Wahlforschung seit Mitte des 20. Jahrhunderts fest etabliert ist, hat die Politikwissenschaft sich erst wesentlich später systematisch mit nichtelektoralen Formen politischer Partizipation beschäftigt, die damals (gegenüber der in der Demokratie vorgesehenen Beteiligung durch Wahlen) als „unkonventionell“ bezeichnet wurden (vgl. Barnes/Kaase 1979; Opp 1985). Sie entsprachen nicht den sozialen Normen der frühen 1970er Jahre (vgl. van Deth 2009: 146), was auch darin seinen Niederschlag fand, dass die primär protestorientierten Formen der Partizipation auch entlang der Linien „legal“ und „illegal“ diskutiert wurden (vgl. Stark 2019: 435ff.). Im Zuge technologischer Entwicklungen, aber auch als Resultat eines zunehmenden Bedarfs an Mitsprache und Mitbestimmung unter den immer besser ausgebildeten Bürgerinnen und Bürgern, haben sich die Formen nichtelektoraler politischer Partizipation in den letzten Jahren stark diversifiziert (vgl. van Deth 2016: 129–130).

In den meisten Bereichen der nichtelektoralen Partizipation haben Menschen mit Migrationshintergrund, die (noch) nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, die gleichen Rechte politischer Teilhabe wie Deutsche, etwa in Bezug auf Meinungsfreiheit und Petitionsrecht. Zwar ist die Versammlungsfreiheit laut Grundgesetz als Staatsbürgerrecht Deutschen vorbehalten, de facto genießen aber auch

12 2019 waren rund 7,5 Millionen Menschen bzw. 12,5 Prozent aller Wahlberechtigten Deutsche mit Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2020a).

13 Empirische Studien zeigen allerdings, dass die nichtelektoralen Partizipationsformen in den Augen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Wahlbeteiligung als deutlich weniger wirksam eingeschätzt werden (van Deth 2016: 132).

Info-Box 2 Teilhabe über Gewerkschaften: Mitbestimmung als betriebliche und politische Interessenwahrnehmung

Gewerkschaften streben als solidarische Organisationen danach, Beschäftigte unabhängig von Trennlinien wie Geschlecht, Alter oder Herkunft zu vertreten. Trotz einer ambivalenten Grundhaltung gegenüber Erwerbszuwanderung, die für die Gewerkschaften insbesondere in der sog. Gastarbeiterära kennzeichnend war (vgl. Pries/Dasek 2017), suchten diese von Anbeginn, Zugewanderte als Mitglieder zu gewinnen (vgl. Kühne 2000: 39) – nicht zuletzt auch, um Neugründungen zu vermeiden. **Mit der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) 1972 erhielten Ausländerinnen und Ausländer das aktive und passive Wahlrecht und konnten folglich gleichberechtigt mit Deutschen ihre betrieblichen Interessen vertreten.** Über die Betriebsräte, die formell unabhängig agieren, beeinflussen die Gewerkschaften somit die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten auf Betriebsebene (vgl. ebd.: 41). Nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat der Betriebsrat zudem die Aufgabe, die Integration von ausländischen Beschäftigten zu fördern (§ 80 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG). Insbesondere in den 1970er Jahren stieg die Zahl der Betriebsratsmitglieder mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich, seit den 1990er Jahren stagniert deren Anteil allerdings bei ca. sechs Prozent (vgl. SVR 2014: 122).

Über die Anzahl der Gewerkschafts- bzw. Betriebs- oder Personalratsmitglieder mit Migrationshintergrund lagen lange Zeit keinerlei Befunde vor und **das Thema der betrieblichen Partizipation von ausländischen Beschäftigten bzw. Beschäftigten mit Migrationshintergrund hatte bei den Gewerkschaften keinen besonders hohen Stellenwert** (vgl. ebd.: 123). Eine Vertretung für

die besonderen Interessen von Zugewanderten hatte als Vorreiterin die IG Metall zwar bereits 1983 geschaffen (Personengruppe „Ausländische Arbeiter“), allerdings folgten andere Gewerkschaften erst deutlich später (vgl. Goeke 2011). **Erst im Zuge der verstärkten EU-Binnenmigration aus südosteuropäischen Staaten und der Fluchtzuwanderung 2015/16 verdichteten sich gruppenspezifische Repräsentationsangebote sowie Initiativen mit politischer Zielrichtung.** Einer Analyse von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2011 zufolge bleibt der Organisationsgrad von Beschäftigten mit Migrationshintergrund (13,4 %) leicht hinter demjenigen von Beschäftigten ohne Migrationshintergrund (15,4 %) zurück, allerdings haben in Deutschland geborene Nachkommen von Zugewanderten eine gleich hohe Mitgliedschaftsrate (Behrens/Brehmer/Zimmer 2017: 145). Gemäß einer repräsentativen Mitgliederbefragung der IG Metall verfügten in der größten Einzelgewerkschaft 2016 knapp 22 Prozent der Mitglieder über einen Migrationshintergrund, was ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung entsprach (Karakayali et al. 2017).

Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wird im Rahmen der vorliegenden Studie als „vereingebundenes zivilgesellschaftliches Engagement“ erfasst, da es sich in den meisten Fällen um organisierte betriebliche Teilhabe handelt. Gleichwohl kann Gewerkschaftsarbeit auch politische Partizipation bzw. politische Repräsentation sein, insbesondere wenn jenseits unmittelbarer Arbeitnehmerinteressen im Betrieb politische Ziele verfolgt werden.

Ausländerinnen und Ausländer auf der Basis weiterer einfacher Rechtsgrundlagen Versammlungsrechte.¹⁴ Auch in anderen Bereichen, etwa bei der Bildung von

Vereinen, ist ihre politische Betätigung und Beteiligung zwar rechtlich eingeschränkt, aber nicht untersagt. Folglich können alle Bürgerinnen und Bürger im

¹⁴ Für EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer gelten aufgrund unionsrechtlicher Diskriminierungsverbote entweder die sog. Deutschengrundrechte gleichermaßen, oder ihnen muss nach der Handlungsfreiheit gemäß Art. 2 Abs. 1 GG ein gleichwertiger Grundrechtsschutz garantiert werden (SVR 2015: 121).



Prinzip auf den gleichen Kanon nichtelektoraler politischer Partizipationsformen zurückgreifen (SVR 2015: 121).

Ältere Forschungsarbeiten haben gezeigt, dass in Deutschland geborene Nachkommen von Zugewanderten mit wesentlich größerer Wahrscheinlichkeit nichtelektoral partizipieren als Selbstzugewanderte. In Analysen von Daten des European Social Survey wies die sog. zweite Generation sogar höhere Partizipationsraten auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (vgl. Müssig/Worbs 2012: 37). Die geringsten Beteiligungsquoten berichteten Selbstzugewanderte mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (ebd.; vgl. Müssig 2020: 192–196). Sie sind mutmaßlich weniger über nichtelektorale Partizipationsmöglichkeiten informiert, haben weniger ermöglichende soziale Netzwerkkontakte oder begegnen anderen Zugangsbarrieren, etwa aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse. Hinzu kommt, dass Neuzugewanderte wahrscheinlich zunächst zufriedener bzw. zurückhaltender sind, statt Anstoß an politischen Sachentscheidungen zu nehmen, die sie möglicherweise nicht vorrangig interessieren, oder gar politische Verhältnisse infrage zu stellen; über die Zeit (und Generationen) nähern sie sich Menschen ohne Migrationshintergrund an (Messing/Ságvári 2020; Info-Box 4). Auf Basis der Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 werden in der vorliegenden Studie neue Befunde zu nichtelektoralen Teilhabeformen präsentiert. Diese Aktivitäten wurden anhand von Fragen zum Vertreten der eigenen Position in politischen Diskussionen, zur Teilnahme an Demonstrationen, aber auch zur Mitarbeit in Bürgerinitiativen oder politischen Parteien exemplifiziert (s. Kap. 3.3).

2.2 Formen und Funktionen zivilgesellschaftlichen Engagements

Zivilgesellschaftliches Engagement wird in der vorliegenden Studie verstanden als alles unentgeltliche und freiwillige Handeln von Menschen mit dem Ziel, gesellschaftliche Angelegenheiten oder das soziale Zusammenleben gemeinsam mit anderen zu gestalten. Anders als politische Partizipation richtet sich das Engagement dabei nicht an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger (vgl. Verba/Schlozman/Brady 1995: 38–39; Gabriel/Völkl 2008: 280). Zivilgesellschaftliches Engagement kann sowohl organisations- bzw. vereinsgebunden sein als auch in informellen Strukturen bzw. auf individueller Ebene stattfinden. Wenngleich in zahlreichen Fällen die Übergänge zwischen den beiden Teilhabeformen fließend erscheinen,¹⁵ lässt sich zumindest analytisch eine kategorische Grenzziehung zwischen *politischer Partizipation* und *zivilgesellschaftlichem Engagement* entlang der Ausrichtung auf politische bzw. nichtpolitische Ziele vornehmen: Während politische Aktivität unmittelbar darauf gerichtet ist, politische Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. van Deth 2009: 141), zielt zivilgesellschaftliches Engagement primär auf Veränderungen im Bereich des (außerfamiliären) sozialen Umfelds jenseits genuin politischer Entscheidungen (Integrationsbeauftragte 2007: 173f.). Freilich bleibt das theoretische Erklärungsmodell – das *Civic Voluntarism Model* – für beide Sphären anwendbar (vgl. auch Deiss-Helbig/Wüst 2020: 9–17).

Vereinsgebundenes Engagement

Bislang existieren nur wenige Studien zu Art und Ausmaß des zivilgesellschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund. Eine Ausnahme ist der Bundesfreiwilligensurvey (künftig: Freiwilligensurvey), der repräsentative Aussagen über die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund zulässt.

15 Gerade in kommunalen Zusammenhängen ergibt sich aufgrund gesteuerter oder ungesteuerter Beteiligungsprozesse an gemeinwesenbezogenen Entscheidungen nicht selten ein direkter Einfluss von (primär zivilgesellschaftlich motiviertem) Engagement auf die Politik (vgl. Schulte 2015: 57ff.; BMFSFJ 2017: 277). Als Beispiel kann das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Ortsgruppen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 genannt werden: Deren Arbeit an Nachhaltigkeitskonzepten zielt nicht zuletzt auf konkrete Veränderungen von Politikgehalten im kommunalen Kontext, sodass es zu Grenzverwischungen zwischen zivilgesellschaftlich-deliberativer Entscheidungsvorbereitung und tatsächlichen Beschlüssen demokratisch legitimierter Repräsentanten in den Räten kommen kann (vgl. z. B. Heinelt 2000).

Demnach sind sie weniger in Vereinen aktiv bzw. engagiert als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Allerdings gilt das vor allem für die Personen, die selbst zugewandert sind (Vogel/Simonson/Tesch-Römer 2017: 615–617). Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren und sozialisiert worden sind, haben einen leichteren Zugang zu Vereinen und Organisationen der Zivilgesellschaft als Menschen, die selbst zugewandert sind – denn Letztere sind überwiegend erst als Erwachsene nach Deutschland gekommen (ebd.: 630).

Eine herausragende Stellung im Bereich des institutionell verfassten oder vereinsgebundenen zivilgesellschaftlichen Engagements bei Zugewanderten und ihren Nachkommen nimmt die Arbeit in sog. Migrantenorganisationen ein (vgl. dazu ausführlich SVR-Forschungsbereich 2019a; 2020). Diese standen lange Zeit im Verdacht, tendenziell segregierend zu wirken (Sauer 2016: 260; Roth 2018: 649). Mittlerweile werden sie eher als Mittel des sozialen Aufstiegs (im Einwanderungsland) für die Mitglieder beschrieben (Uslucan 2015: 4). Wie andere Vereine in der Zivilgesellschaft decken sie die gesamte Bandbreite des bildungsbezogenen, sozialen, sportlichen und kulturellen Engagements ab (SVR-Forschungsbereich 2019a: 14). Einige Migrantenorganisationen legen den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Vertretung politischer Interessen; dortige Aktivitäten liegen damit wiederum an der Schnittstelle von zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation (Info-Box 3; vgl. auch Fußnote 15).

Im SVR-Integrationsbarometer 2020 wurde die Mitgliedschaft in Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen beispielsweise in den Bereichen Gewerkschaft, Umwelt, Kultur, Freizeit oder Sport berücksichtigt. Menschen mit Migrationshintergrund wurden darüber hinaus befragt, ob sich die Vereine, in denen sie Mitglied sind, für die Integration in Deutschland einsetzen oder mit der Kultur des Herkunftslandes (der Eltern) beschäftigen, und ob es Vereine mit mehrheitlich herkunftsgleichen Mitgliedern sind (s. Kap. 4.1).

Vereinsungebundenen Engagement

Ob als Helferin oder Helfer bei der „Tafel“, als Schiedsperson bei Sportveranstaltungen oder als engagier-

tes Elternteil in einer Schule – auch abseits einer Vereinsmitgliedschaft existieren zahlreiche Engagementformen, die als feste Bestandteile der Zivilgesellschaft unverzichtbar für eine Demokratie sind (vgl. Simonson et al. 2017: 31). Häufig bieten diese Aktivitäten ebenfalls Zugang zu Ressourcen und sozialen Netzwerken. In ihrer Vielfalt sind sie allerdings kaum zu überblicken; im Freiwilligensurvey etwa wird bei den informellen Aktivitäten nicht differenziert, ob es sich um privates Engagement im familiären Bereich bzw. in der Nachbarschaftshilfe oder um quasi-öffentliches zivilgesellschaftliches Engagement handelt. Letzteres wurde anhand eines eigens für die vorliegende Studie in das SVR-Integrationsbarometer 2020 aufgenommenen Items erfasst. Dieses ermittelt für die verschiedenen Gruppen, wie hoch der Anteil der Menschen ist, die sich freiwillig oder ehrenamtlich engagieren, ohne Mitglied in einem Verein zu sein. Auch hier können Daten der verschiedenen Herkunftsgruppen analysiert werden (s. Kap. 4.2).

2.3 Hängen politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement zusammen?

Grundsätzlich besteht zwischen politischer Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement eine positive Beziehung (vgl. van Deth 2001; 2016; Gabriel/Völkl 2008; Verba/Schlozman/Brady 1995). Eine Einbindung in gesellschaftliche Strukturen (etwa Vereine) und die dort häufig im Rahmen multipler Kontakte erfolgende persönliche Ansprache können das Interesse an Politik und die Bereitschaft zur Partizipation erhöhen (vgl. Fick et al. 2014: 109ff.); die soziale Beteiligung in einer lebendigen Zivilgesellschaft ist im Grunde konstitutiv für politische Partizipation (vgl. Speth 2015). Um dies plausibel zu machen, lässt sich wiederum auf das *Civic Voluntarism Model* verweisen, das für demokratische Bürgergesellschaften eine breite Anwendbarkeit zur Erklärung ehrenamtlicher gesellschaftlicher Teilhabeaktivität beanspruchen kann (s. Kap. 1). Denn solange die für Teilhabe unverzichtbare Ressource Zeit nicht zu knapp wird, begünstigt aktives Teilhabehandeln tendenziell weiteres Engagement. Beinahe im Sinne einer aufwärts



Info-Box 3 Politische Interessenrepräsentation über Migrantenorganisationen

Die Mitgliedschaft in Migrantenorganisationen wird im Rahmen dieser Studie dem zivilgesellschaftlichen Engagement zugeordnet (s. Kap. 4). In der Tat nehmen die meisten Migrantenorganisationen primär Aufgaben im Kontext der Zivilgesellschaft wahr. So zeigt eine aktuelle Erhebung in vier Bundesländern, dass die meisten Migrantenorganisationen Angebote in den Bereichen Austausch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (45,4 %), Kinder- und Jugendarbeit (45,3 %), Bildung (42,1 %), Kunst und Kultur (39,3 %), Unterstützung von Geflüchteten (35,9 %) sowie Beratung (32,6 %) machen (SVR-Forschungsbereich 2020: 23). Allerdings nehmen Migrantenorganisationen auch genuine Aufgaben der politischen Repräsentation auf kommunaler Ebene wahr. So werden die Mitglieder in einigen Ausländer- und Integrationsräten bzw. -beiräten zum Teil aus Migrantenorganisationen vor Ort benannt. In erster Linie sind es beratende Expertengremien – die häufig als Integrationsbeirat bezeichnet werden –, zu denen neben Mitgliedern des Stadt- oder Gemeinderats, Vertreterinnen und Vertretern von Wohlfahrtsverbänden und anderen Institutionen sowie sachkundigen Einzelpersonen auch Migrantenorganisationen eingeladen werden (vgl. Wilmes 2018).

Unter den in der oben genannten Studie (SVR-Forschungsbereich 2020) befragten Migrantenorganisationen gaben 14,7 Prozent an, (auch) Angebote zur politischen Interessenvertretung zu machen. An dieser Stelle zeigt sich beispielhaft die empirisch nicht immer klar vollziehbare Trennung zwischen politischer Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement (vgl. Roßteutscher 2009: 167). **Mehr als 84 Prozent der Migrantenorganisationen halten die Bezeichnung „Interessenvertretung für Menschen mit Migrationshintergrund“ für zutreffend für das Selbstbild ihrer Organisationen** (SVR-Forschungsbereich 2020: 33). Auch wenn sie sich

also überwiegend nicht explizit als Akteurinnen und Akteure verstehen, die politische Ziele verfolgen, ist die Funktion der Interessenartikulation offenbar für fast alle wichtig. **Gleichwohl sollten Migrantenorganisationen keinesfalls pauschal als Interessenvertretung aller Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet oder angesprochen werden** (SVR-Forschungsbereich 2019a: 20) – denn die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund ist hochgradig divers und wie bei anderen Vereinen auch vertreten Migrantenorganisationen zunächst einmal die Interessen ihrer Mitglieder.

In den letzten Jahren ist die Politik allerdings verstärkt auf Migrantenorganisationen zugegangen, und in der Integrationspolitik von Bund, Ländern und zahlreichen Kommunen spielt die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen mittlerweile eine herausgehobene Rolle (Weiss 2013: 24). Dieser Prozess hat sich im Zuge der Flüchtlingszuwanderung 2015 und 2016 nochmals verstärkt: Migrantenorganisationen werden zunehmend als Partnerinnen wahrgenommen, die über wertvolle Ressourcen verfügen, darunter Kontakte, Sprach- und Kulturkenntnisse oder besondere Zugänge zur Zielgruppe (vgl. SVR-Forschungsbereich 2020). Folglich haben sich seit einigen Jahren vielerorts lokale Organisationen zu überregionalen, landes- oder bundesweiten Dachverbänden zusammengeschlossen. Auf diese Weise wollen sie Interessen bündeln, einheitlich auftreten und dadurch eine breitere Basis für politische Forderungen gewinnen. Diese Vernetzung wurde und wird sowohl von den Organisationen selbst als auch von politischen Akteurinnen und Akteuren aktiv vorangetrieben. Entsprechend sind in der oben genannten Studie rund zwei Drittel (64,0 %) der untersuchten Migrantenorganisationen Mitglied in mindestens einem (Dach-)Verband. Etwa jede fünfte Organisation gehört mehreren Verbänden an (ebd.: 54).

wirkenden Spirale gilt im Grundsatz: „Partizipation erzeugt Partizipation“ (van Deth 2001: 196). Denn wer sich zivilgesellschaftlich engagiert, lernt dazu (Schenkel 2007: 111) und kann das Erlernte auch in anderen gesellschaftlichen Teilhabebereichen nutzen. Die Arbeit in Verbänden und Vereinen wird daher auch als „Schule der Demokratie“ bezeichnet (van Deth 2001: 195).

Erstens eignen Menschen sich dort Fähigkeiten an und erweitern beispielsweise die eigene Organisations- oder Führungskompetenz bzw. ihr Wissen über gesellschaftliche, rechtliche oder bürokratische Abläufe (Verba/Schlozman/Brady 1995; Schenkel 2007: 111; SVR 2015; SVR-Forschungsbereich 2019b: 20). Quasi ‚nebenbei‘ werden sie dabei auch in demokratischem Verhalten geschult (Roßteutscher 2009: 164), etwa auf Vereinssitzungen mit Abstimmungen über die Verwendung der Mitgliedsbeiträge, bei Satzungsdiskussionen oder durch verbale Konfliktlösungsstrategien. Diese zivilgesellschaftlich erlernten Fähigkeiten können Menschen dann auch auf den Bereich der politischen Partizipation übertragen (*Ressourcenakkumulation*).¹⁶ Zweitens fördert der Austausch mit anderen Menschen in zivilgesellschaftlichen Vereinen und Organisationen das Vertrauen in andere sowie in politische Verfahren (Granovetter 1973; Putnam/Leonardi/Nanetti 1994; Putnam 2000; Roßteutscher 2009: 175);¹⁷ zudem steigert die Erfah-

rung von Selbstwirksamkeit weiteres (Handlungs-) Interesse (*Motivation*). Drittens erweitern Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, ihre sozialen Netzwerke. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sie (politisch aktiveren) Menschen begegnen, die ihnen wiederum Anreize zur politischen Partizipation geben oder sie direkt dazu auffordern (*Mobilisierung*; vgl. Verba/Schlozman/Brady 1995).¹⁸

Empirische Studien haben den positiven Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement – etwa in Form einer Vereinsmitgliedschaft – und elektoraler politischer Partizipation bestätigt.¹⁹ In bestimmten Konstellationen geht die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in Vereinssaktivitäten auch mit deren gesteigerter politischer Partizipation jenseits von Wahlen einher (vgl. Diehl 2004). Aber nicht immer führen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements automatisch zu mehr politischer Partizipation.²⁰ Auch negative Korrelationen zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation sind denkbar, etwa wenn zivilgesellschaftlich Engagierte nicht genügend Zeit für ihr politisches Engagement finden oder wenn das zivilgesellschaftliche Engagement Zwecken dient, die nicht mit demokratischen Grundwerten in Einklang steht (vgl. van Deth 2001: 198–199; Lorenz/Träger 2020: 98).²¹

16 Dabei scheinen die im Rahmen freiwilliger zivilgesellschaftlicher Aktivitäten erworbenen *civic skills* effektiver hinsichtlich politischer Partizipation zu sein als die (ganz ähnlichen) organisatorisch-kommunikativen Kompetenzen, die in anderen Kontexten – etwa im Arbeitsleben – gelernt werden (vgl. Ayala 2000).

17 Dieses Vertrauen ist für Putnam/Leonardi/Nanetti (1994) Teil des sozialen Kapitals eines Menschen. Akkumuliertes Sozialkapital durch Netzwerke und Vertrauen kann sich positiv auf die weitere soziale und politische Integration von Individuen auswirken, wobei zwischen eher nach innen gerichtetem, verbindendem (*bonding*) und externem, überbrückendem (*bridging*) Sozialkapital unterschieden werden kann (vgl. grundlegend Putnam 2000).

18 Van Deth (2001: 214) weist darauf hin, dass auch explizit nichtpolitisches Engagement – z. B. in einem Sportverein – mit politischer Partizipation positiv zusammenhängen kann.

19 Für einen Überblick vgl. van Deth (2001: 200–202); im Hinblick auf die kommunale Ebene van Deth (2016); Deiss-Helbig und Wüst (2020: 13–14) weisen auf vereinzelte Befunde aus anderen europäischen Staaten zu Menschen mit Migrationsgeschichte hin.

20 Rein rechtlich hat beispielsweise das Ausmaß zivilgesellschaftlichen Engagements von Ausländerinnen und Ausländern keinen Einfluss auf deren – in der Regel nicht vorhandenes – Wahlrecht. Formen nichtelektoraler politischer Partizipation von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft könnten dagegen durch zivilgesellschaftliche Aktivitäten begünstigt werden. Einschränkend gilt jedoch auch hier: Die strukturellen Rahmen- bzw. Gelingensbedingungen zur Realisierung eines Partizipationsimpulses müssen gegeben sein – auch wenn keine kategorischen Schranken durch einen Mangel an Rechten bestehen.

21 Als aktuell besonders augenscheinliches Beispiel seien zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Zusammenschlüssen sog. Reichsbürger genannt; vgl. in diesem Zusammenhang auch die Differenzierung ‚guter‘ und ‚schlechter‘ zivilgesellschaftlicher Assoziationen, wobei Letztere in der Regel mit desintegrierendem, ‚unsozialem‘ Kapital im Sinne eines negativen *bonding social capital* verbunden werden (vgl. Geißel et al. 2004: 10).



Info-Box 4 SVR-Integrationsbarometer 2018 und 2020

Für das **SVR-Integrationsbarometer 2018** wurden zwischen Juli 2017 und Januar 2018 insgesamt 9.298 Personen bundesweit interviewt (vgl. dazu umfassend SVR 2018b). Davon waren 2.720 Personen ohne Migrationshintergrund, 1.438 Spät-/Aussiedler und Spät-/Aussiedlerinnen, 1.479 Türkeistämmige, 1.532 Zuwanderer und Zuwanderinnen aus einem EU-Land und 1.760 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“. Im Auftrag der jeweiligen Landesministerien bzw. der Senatsverwaltung, die für Integration zuständig ist, wurden in den Bundesländern Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen überproportional viele Personen befragt, um Analysen auf Länderebene vornehmen zu können. Die Gebiete mit überdurchschnittlich vielen Befragten werden bei Auswertungen auf Bundesebene entsprechend heruntergewichtet, um die Regionen ins richtige Verhältnis zu setzen.

Für das **SVR-Integrationsbarometer 2020** wurden zwischen Ende November 2019 und Anfang August 2020 insgesamt 15.095 Personen bundesweit interviewt (vgl. dazu umfassend SVR 2020b). Um Aussagen auf Länderebene treffen zu können, wurden in jedem Bundesland mindestens 500 Menschen ohne Migrationshintergrund sowie 500 Menschen mit Migrationshintergrund befragt. Eine Ausnahme bilden die ostdeutschen Flächenländer. Hier betrug die Zahl der Befragten mit Migrationshintergrund jeweils 300. Die einzelnen Bundesländer werden bei bundesweiten Analysen wiederum so gewichtet, dass die Regionen in ein reelles Verhältnis gesetzt werden. Von den 15.095 Befragten waren 8.034 Menschen ohne Migrationshintergrund, 1.244 Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler, 880 Türkeistämmige, 2.078 Zuwanderinnen und Zuwanderer aus EU-Ländern und 2.859 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“. Das SVR-Integrationsbarometer 2020 wurde erstmals gemeinsam vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie den für Integration zuständigen Ressorts der Bundesländer auf Basis

eines Beschlusses der Integrationsministerkonferenz (IntMK) gefördert.

In beiden Erhebungen wurde die Gruppe der Zuwanderinnen und Zuwanderer mit Gewichten an die (bundesweiten wie auch bundeslandspezifischen) Verhältnisse in der Bevölkerung angepasst. Zudem wurde auf Bundesebene jede Herkunftsgruppe anhand soziodemografischer Merkmale (u.a. Bildung, Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus) auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus gewichtet. Für das SVR-Integrationsbarometer 2020 erfolgte die Gewichtung in den einzelnen Bundesländern anhand soziodemografischer Merkmale für Befragte mit und ohne Migrationshintergrund gesondert. Die Ergebnisse der SVR-Integrationsbarometer 2018 und 2020 sind bundesweit repräsentativ für die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sowie für die einzelnen Herkunftsgruppen. Beim SVR-Integrationsbarometer 2020 sind die Ergebnisse darüber hinaus für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auf Landesebene repräsentativ. Die Rekrutierung der Befragten sowie weitere Aspekte des Studiendesigns sind in den Integrationsbarometern 2018 und 2020 identisch: Die Befragung wurde telefonisch über Mobil- und Festnetznummern durchgeführt. Hierfür wurde der Telefonnummernpool des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. genutzt. In jedem Haushalt wurde eine mindestens 15-jährige Person befragt, die nach dem „Last-Birthday-Verfahren“ zufällig ausgewählt wurde. Zweisprachige Interviewerinnen und Interviewer führten die Befragungen auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Russisch, Farsi oder Arabisch durch. Die Fragebögen in jeder Sprache wurden einem umfangreichen kognitiven Pretest unterzogen und anschließend unter Feldbedingungen getestet. Die Befragungen wurden von der BIK Aschpurwis + Behrens GmbH durchgeführt (Details sind den Methodenberichten auf der Homepage des SVR zu entnehmen; SVR 2018b; 2020b).

3 Befunde des SVR-Integrationsbarometers zu politischer Partizipation

Bevor auf Basis der Daten des SVR-Integrationsbarometers (Info-Box 4) der Frage nachgegangen wird, wie hoch das Niveau der politischen Partizipation bei Menschen ohne sowie mit Migrationshintergrund in Deutschland im Hinblick auf die elektorale (s. Kap. 3.2) und die nichtelektorale Beteiligung (s. Kap. 3.3) ist, werden einige der im *Civic Voluntarism Model* angeführten Determinanten der politischen Partizipation aus dem Bereich der Motivation²² untersucht, konkret die politischen Einstellungen (s. Kap. 3.1).

3.1 Politische Einstellungen als Determinanten politischer Partizipation

Politische Einstellungen können als „relativ stabile psychische Zustände von Bürgern bezeichnet werden, die diese dazu disponieren, in bestimmter Weise auf (politische) Objekte zu reagieren“ (Arzheimer 2008: 63). Neben den für politische Partizipation wichtigen Ressourcen (z. B. Bildungsniveau) und Netzwerken (z. B. Vereinsmitgliedschaften) werden in den SVR-Integrationsbarometern 2018 und 2020 (Info-Box 4) auch bestimmte individuelle politische Einstellungsmerkmale gemessen, die dazu beitragen können, sowohl elektorale als auch nichtelektorale Partizipation zu erklären. Konkret sind das zum einen das Interesse an der Politik in Deutschland und zum anderen die politische Selbstwirksamkeit, also die subjektive Wahrnehmung des eigenen Verständnisses von Politik bzw. der Responsivität des politischen Personals. Dabei lässt sich nicht nur die Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit jener ohne Migrationshintergrund vergleichen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, innerhalb der Gruppe der Befragten mit Zuwanderungsgeschichte die Merkmalsausprägungen etwa

mit Blick auf unterschiedliche Herkunftsgruppen sowie auf Selbstzugewanderte bzw. in Deutschland geborene Personen zu untersuchen.²³

Geringeres Politikinteresse bei Befragten mit Migrationshintergrund

Wer sich nicht für Politik interessiert, hat kaum einen Anlass, sich politisch zu beteiligen (van Deth 2009: 142). Sowohl bei Menschen mit als auch bei denjenigen ohne Migrationshintergrund ist das Interesse an Politik ein wesentlicher motivierender Faktor für politische Partizipation (vgl. Spies/Mayer/Goerres 2020; Gabriel/Völkl 2008: 291). Es gilt als wichtige Voraussetzung für die aktive Teilnahme am politischen Geschehen (Weßels 2018; Müssig/Worbs 2012: 21; Verba/Schlozman/Brady 1995: 345), es beeinflusst die Teilnahme an Wahlen ebenso wie das Engagement in politischen Organisationen (Sauer 2016: 271). Bisherige Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Selbstzugewanderte im Schnitt weniger an der Politik in Deutschland interessiert sind als in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund und als Menschen ohne Migrationshintergrund (vgl. Sauer 2016: 271; Müssig/Worbs 2012: 21). Dies ist zumindest teilweise das Resultat einer im Durchschnitt ungünstigeren sozioökonomischen Ausgangslage, es ist aber auch auf migrations- bzw. statusbezogene Faktoren zurückzuführen. Denn viele selbst zugewanderte Menschen in Deutschland sind keine deutschen Staatsangehörigen – und werden es auch nicht, obwohl sie möglicherweise die formalen Voraussetzungen dafür erfüllen. Es liegt deshalb nahe, dass sich vorenthaltene bzw. nicht in Anspruch genommene politische Rechte (zuvorderst das allgemeine Wahlrecht) bei Zugewanderten zusätzlich negativ auf das politische Interesse auswirken (vgl. Diehl/Urbahn 1998: 38; Diehl/Blohm 2001: 417).

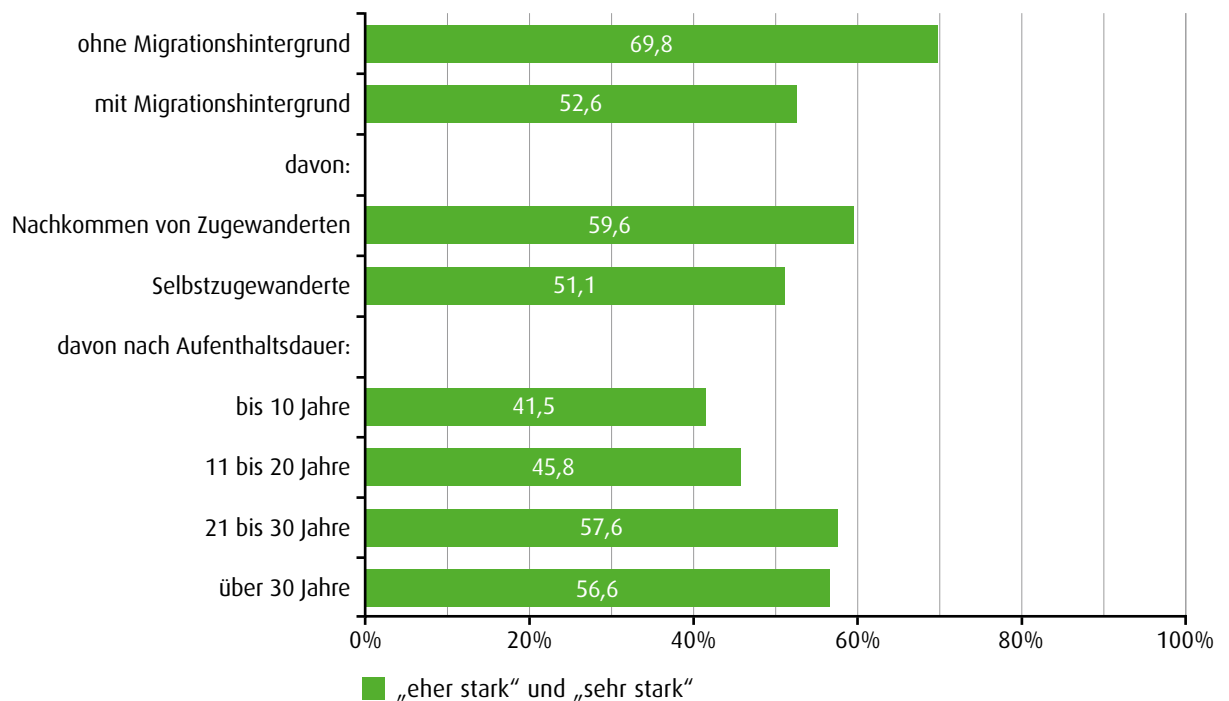
Die Auswertungen des Integrationsbarometers 2018 bestätigen diese Befunde: **Menschen mit**

²² Hier wird bisweilen auch von politischer Involvierung gesprochen, wobei in diesem Konzept nicht nur das Politikinteresse, sondern weitere Komplexe auftauchen, die nicht unmittelbar auf politisches Handeln mit dem Ziel der Einflussnahme bezogen sind, etwa das Informations- und Kommunikationsverhalten sowie das Wissen über Politik (vgl. Westle 2005: 164).

²³ Zwischen in Deutschland und im Ausland geborenen Personen mit Migrationshintergrund zu unterscheiden, ist insofern sinnvoll, als sich eine zum Teil im Herkunftsland erfolgte von einer ausschließlich in Deutschland erfolgten politischen Sozialisation unterscheidet und somit Art und Ausmaß politischer Partizipation beeinflussen kann (vgl. Müssig 2020: 42).



Abb. 2 „Wie stark interessieren Sie sich allgemein für Politik?“ (nach Herkunftgruppen, Generationszugehörigkeit und Aufenthaltsdauer)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Migrationshintergrund geben zu rund 53 Prozent an, sich „sehr stark“ oder „eher stark“ für Politik zu interessieren. Von den Befragten ohne Migrationshintergrund geben dies dagegen rund 70 Prozent an (Abb. 2).²⁴

Innerhalb der Befragtengruppe mit Migrationshintergrund geben die in Deutschland geborenen Nachkommen von Zugewanderten mit rund 60 Prozent häufiger an, sich „sehr stark“ oder „eher stark“ für Politik zu interessieren, als Selbstzugewanderte (rund 51 %). Auch die Aufenthaltsdauer in Deutschland hat maßgeblichen Einfluss auf das Politikinteresse: Im Ausland Geborene, die vor mehr als 20 Jahren nach Deutschland zugewandert sind, berichten ein stärkeres politisches Interesse (rund 58 % „sehr stark“ bzw.

„eher stark“) als Zugewanderte, die seit bis zu 10 bzw. seit 11 bis 20 Jahren (rund 42 % bzw. 46 % „sehr stark“ bzw. „eher stark“) in Deutschland leben.²⁵ Unabhängig vom Migrationshintergrund (in Deutschland geboren oder selbst zugewandert) berichten Männer ein größeres politisches Interesse als Frauen (rund 71 % gegenüber rund 62 % „sehr stark“ bzw. „eher stark“).²⁶

Die politische Selbstwirksamkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Auch das Konzept der politischen Selbstwirksamkeit gilt als Einflussfaktor für politische Teilhabe: Menschen mit hoher politischer Selbstwirksamkeit nehmen eher am politischen Geschehen sowie – im Rah-

²⁴ Innerhalb dieser Befragtengruppe bestehen vor allem Unterschiede hinsichtlich des Bildungsniveaus: Menschen mit niedrigem Bildungsniveau sind deutlich seltener „eher stark“ oder „sehr stark“ an Politik interessiert (nämlich zu rund 58 %) als Hochgebildete (zu rund 82 %).

²⁵ Dies entspricht den Erkenntnissen aus anderen Untersuchungen (vgl. z. B. Müssig/Worbs 2012: 22–23).

²⁶ Einzig Frauen der Herkunftgruppe EU berichten ein durchschnittlich leicht höheres Politikinteresse als Männer der Herkunftgruppe EU (51,8 % gegenüber 47,7 % interessieren sich „sehr stark“ oder „eher stark“ für Politik).

men ihrer rechtlichen Möglichkeiten (s. Kap. 2.1) – an seinen Prozessen teil, zum Beispiel an Wahlen (vgl. Spies/Mayer/Goerres 2020: 4; Müssig 2020: 66; Cohen/Vigoda/Samorly 2001: 734; Bandura 1997: 490). In Analysen der politischen Selbstwirksamkeit wird in der Regel untersucht, wie Menschen ihre eigene Fähigkeit beurteilen, politische Sachverhalte nachzuvollziehen und sich politisch zu beteiligen. Des Weiteren wird analysiert, inwieweit sie der Meinung sind, dass Politikerinnen und Politiker sich bereitwillig um die Anliegen der Bevölkerung kümmern und deren Interessen aufgreifen – es wird also erforscht, wie die Bevölkerung die sog. Responsivität der Politik wahrnimmt (Niemi/Craig/Mattei 1991: 1407–1408). Der zentrale Unterschied zwischen den beiden Bereichen liegt darin, dass sich beim ersten der Blick nach innen richtet (*internal efficacy*) und auf Persönlichkeitsmerkmale abzielt, während er sich beim zweiten nach außen richtet (*external efficacy*) und Überzeugungen in Bezug auf das politische System misst (vgl. Beierlein et al. 2012).

Um aktuelle Erkenntnisse zur politischen Selbstwirksamkeit in der deutschen Einwanderungsgesellschaft zu gewinnen, wurde in das SVR-Integrationsbarometer 2018 erstmals die „Political Efficacy Kurzskala“ (PEKS) aufgenommen, die vom GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften entwickelt wurde (ebd.).²⁷

Die Einschätzungen zur internen politischen Selbstwirksamkeit sind bei Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund in vielerlei Hinsicht ähnlich: Beide Gruppen denken zum Beispiel mehrheitlich, dass sie die politischen Inhalte hierzulande verstehen (Abb. 3). Bei den Menschen mit Migrationshintergrund ist dieser Anteil jedoch etwas kleiner als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund (rund 74 % vs. 81 %). Erstere trauen sich auch seltener zu, an politischen Gesprächen aktiv teilzunehmen (rund 55 % vs. 66 %).²⁸ In Deutschland geborene Nachkommen

von Zugewanderten sehen sich zu beidem etwas eher in der Lage, trauen sich aber dennoch weniger zu, als Befragte ohne Migrationshintergrund dies tun (Abb. 3).

Personen mit einem Migrationshintergrund – und ganz besonders solche mit eigener Migrationserfahrung – sind jedoch eher als Personen ohne Migrationshintergrund der Meinung, Politikerinnen und Politiker seien für die Bedürfnisse der Gesellschaft empfänglich (Abb. 4). Allerdings hat in beiden Gruppen eine deutliche Mehrheit den Eindruck, dass die Volksvertreterinnen und -vertreter sich nicht für die Belange der gesamten Bevölkerung interessieren. **So stimmen von den Befragten mit Migrationshintergrund nur rund 36 Prozent der Aussage zu, dass die Gewählten sich um die Anliegen einfacher Leute kümmern. Von den befragten Personen ohne Migrationshintergrund meinen das nur rund 25 Prozent.**

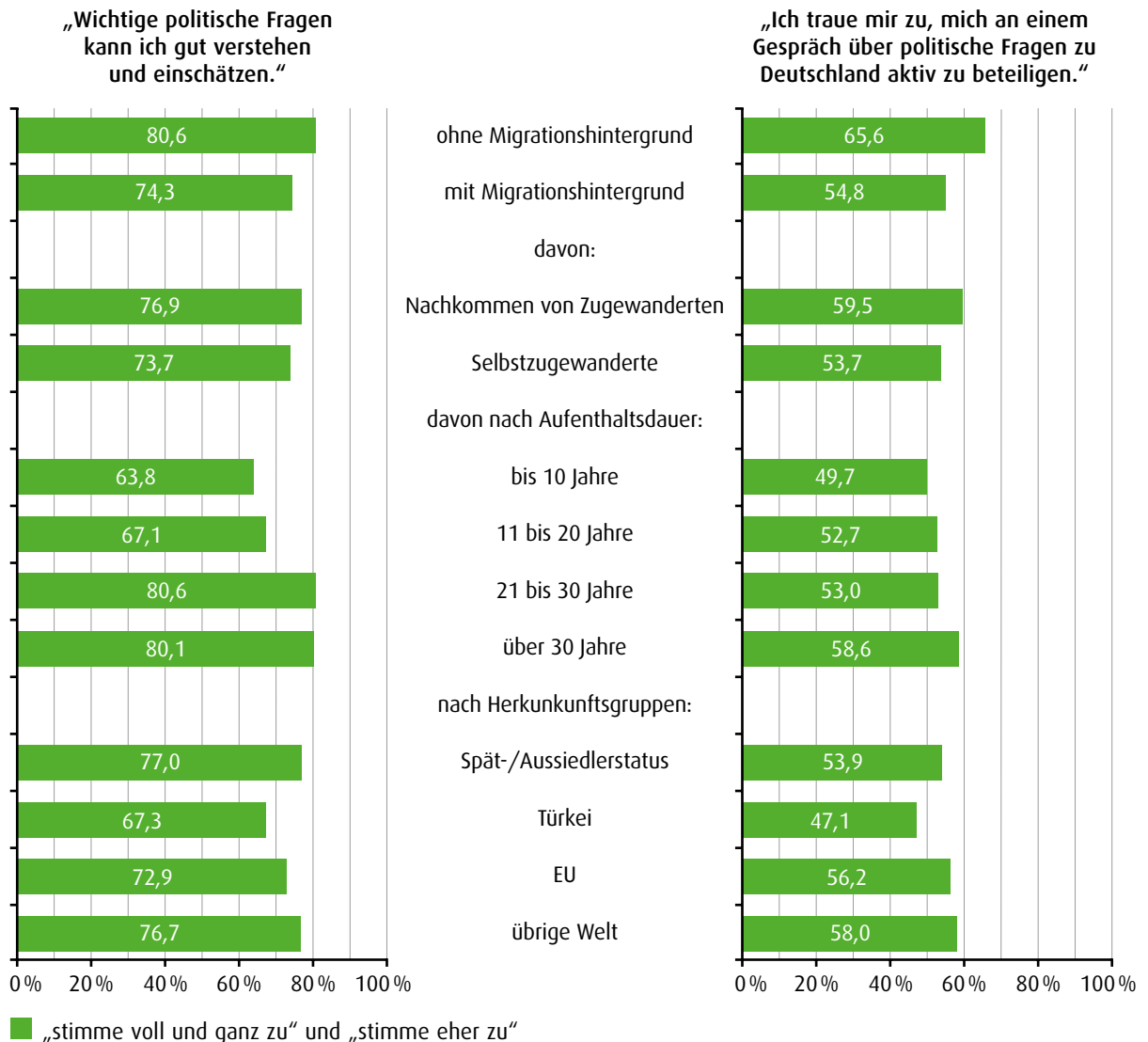
Auffällig ist, dass Befragte mit einem Migrationshintergrund und längerer Aufenthaltsdauer eine höhere interne, aber eine niedrigere externe Selbstwirksamkeit aufweisen: Zugewanderte, die schon länger in Deutschland leben, bewerten ihre eigene Politikkompetenz entsprechend besser als jene, die erst seit kurzer Zeit hier sind. Zwischen Zugewanderten, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, und Menschen ohne Migrationshintergrund zeigen sich demgegenüber nur mehr geringe Unterschiede. Dies lässt sich vorrangig damit erklären, dass sich Zugewanderte mit der Zeit Ressourcen aneignen, die das politische Verständnis fördern, etwa durch (Aus-)Bildung, den Erwerb von Sprachkenntnissen und Kontakte (Wüst/Faas 2018: 12) – und damit der in Deutschland geborenen Bevölkerung immer ähnlicher werden.

Hingegen sind Menschen, die seit weniger als zehn Jahren in Deutschland leben, mehrheitlich (jeweils zu rund 57 %) der Meinung, dass Politikerinnen und Politiker sich darum kümmern, was einfache Leute denken, und sich bemühen, mit der Bevölke-

27 Der SVR-Forschungsbereich hat die zentralen Befunde darüber, wie Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen, bereits im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit dem DeZIM-Institut näher dargestellt (vgl. SVR-Forschungsbereich 2019b).

28 Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es zwischen den Herkunftsgruppen teils leichte, teils recht deutliche Unterschiede. Männer geben häufiger als Frauen an, politische Inhalte zu verstehen.

Abb. 3 Interne politische Selbstwirksamkeit



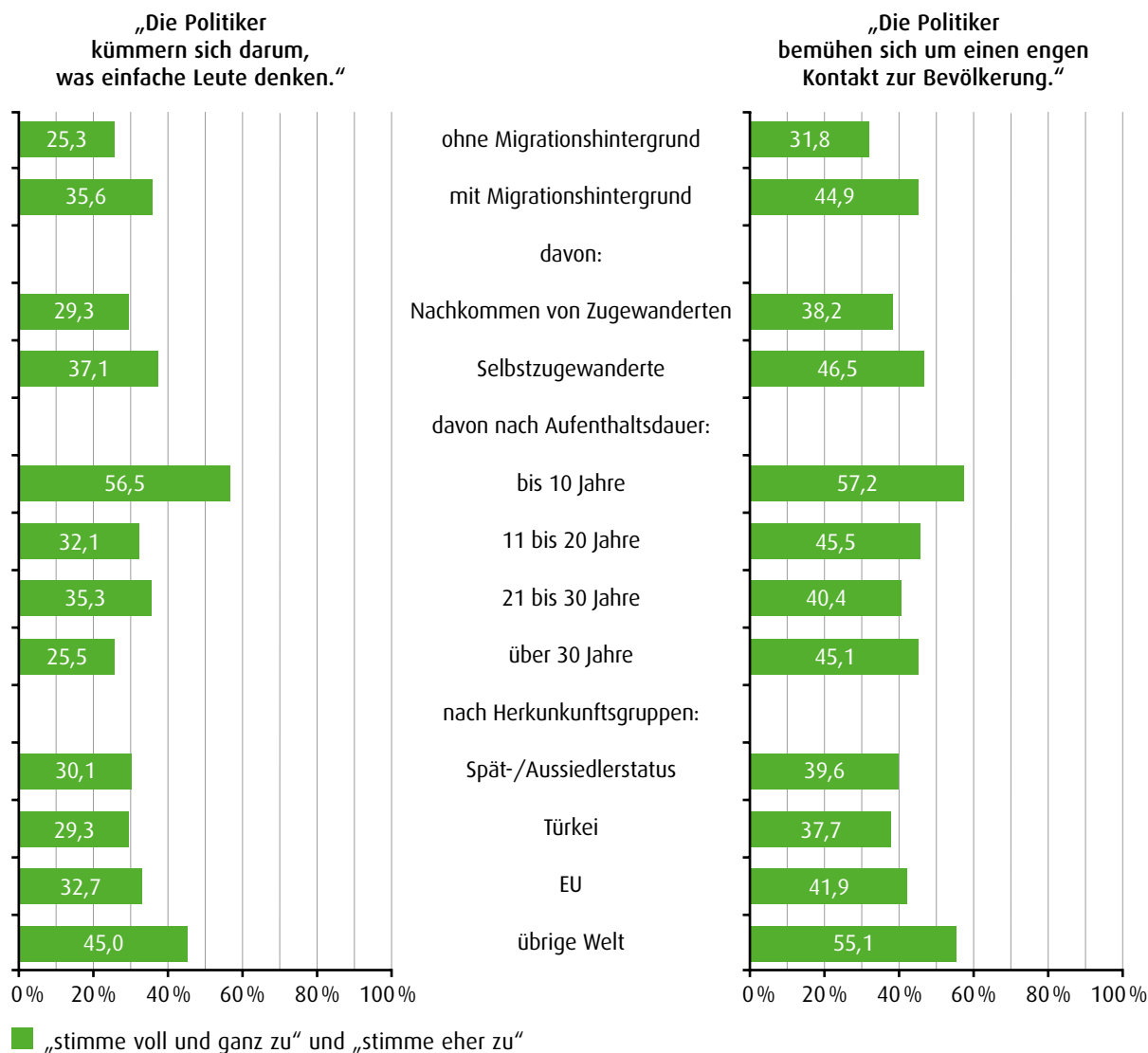
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

rung in Kontakt zu kommen (Abb. 4).²⁹ **In jüngerer Zeit Zugewanderte schätzen die Responsivität von Politikerinnen und Politikern deutlich höher ein als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.**

Menschen, die neu im Land sind, hegen also ganz offensichtlich große Erwartungen in Bezug auf die deutsche Demokratie und die Responsivität ihrer Mandatsträgerinnen und -träger – ein Phänomen, das

²⁹ Betrachtet man die externe Selbstwirksamkeit einzelner Herkunftsgruppen, zeigt sich der größte Unterschied zu Menschen aus der „übrigen Welt“: Etwa 45 Prozent von ihnen stimmen „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu, dass die Politikerinnen und Politiker sich darum kümmern, was einfache Leute denken, und rund 55 Prozent von ihnen stimmen zu, dass Politiker und Politikerinnen den Kontakt zur Bevölkerung suchen; bei Menschen ohne Migrationshintergrund sind es hingegen nur 25 bzw. 32 Prozent (Abb. 4). Die positivere Einstellung innerhalb der Herkunftsgruppe „übrige Welt“ lässt sich möglicherweise damit erklären, dass diese Herkunftsgruppe auch Flüchtlinge aus Kriegs- oder Verfolgerstaaten und Zugewanderte aus autokratisch geführten Ländern enthält. Die hoffnungsvolleren Bewertungen Zugewanderter aus dieser Gruppe könnten somit das Resultat negativer Erfahrungen mit Responsivität in den Herkunftsländern sein (vgl. SVR-Forschungsbereich 2019b: 19; zu den positiven Einstellungen von neu angekommenen Geflüchteten gegenüber der Demokratie vgl. BAMF 2016: 55ff.).

Abb. 4 Externe politische Selbstwirksamkeit



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

sich auch in anderen Einstellungs-Items zum politischen System zeigt (Info-Box 5). Bei jenen, die schon länger in Deutschland leben, fallen die Einschätzungen deutlich negativer aus, ebenso wie in weiten Teilen der in Deutschland geborenen nachfolgenden Zuwanderergeneration. Inwiefern dies bei Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich auf eine Art

„Ernüchterung“ zurückzuführen ist, lässt sich anhand der vorliegenden Querschnittsdaten³⁰ jedoch nicht sicher beantworten. Unabhängig davon verweisen die Befunde auf erhebliche Potenziale für politische Beteiligung und Teilhabe der verschiedenen Zuwanderergruppen.

30 Querschnittsdaten sind Daten, bei denen eine Auswahl von Befragten nur einmal interviewt wurde. Wenn dieselben Befragten mehr als einmal in einem gewissen zeitlichen Abstand für die gleiche Befragung herangezogen werden, spricht man von einer Längsschnittstudie. Querschnittsdatensätze können Zusammenhänge deutlich machen, aber keine Kausalitäten offenlegen.

Info-Box 5 Hoch im Kurs: Das politische System Deutschlands bei (neu) Zugewanderten

Neben den in Kapitel 3.1 dargestellten politischen Einstellungsmerkmalen, die als Determinanten für politische Partizipation gelten können, wurde für die vorliegende Studie eine Reihe weiterer Items aus dem SVR-Integrationsbarometer analysiert, mit denen Einschätzungen zum politischen System abgebildet werden. Auch diese Merkmalsausprägungen gelten in der Literatur zum Teil als Determinanten politischer Partizipation, wobei mit Blick auf einzelne Items – wie der Demokratiezufriedenheit – sowohl eine hohe als auch eine niedrige Ausprägung zu erhöhter politischer Partizipation führen kann (vgl. Müssig 2020: 66; Petersen et al. 2013: 54f.). Eine Auswahl dieser Items wird im Folgenden knapp dargestellt.

Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Deutschland: Unter den Selbstzugewanderten, die seit weniger als zehn Jahren in Deutschland leben, sind laut SVR-Integrationsbarometer 2018 rund 81 Prozent „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ mit den politischen Verhältnissen. Bei den Befragten mit längerer Aufenthaltsdauer bzw. bei den in Deutschland geborenen Nachkommen von Zugewanderten kommen nur gut 63 Prozent zu diesem Urteil. Sie sehen dies somit ähnlich wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (56,5 %).

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland: Hier zeigt sich laut SVR-Integrationsbarometer 2020 ein ganz ähnliches Bild: Zugewanderte (83,1 %) und ihre Nachkommen (75,7 %) sind deutlich häufiger „(sehr) zufrieden“ als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (63,6 %), wobei bei den Selbstzugewanderten die Zufriedenheit mit der Aufenthaltsdauer abnimmt.

Politikvertrauen: Besonders hoch sind hier die Zustimmungswerte bei den selbst zugewanderten Personen (68,3 % vertrauen der Politik in Deutschland „eher“ oder „voll und ganz“) sowie bei der Herkunftsgruppe „übrige Welt“ (76,4 %). Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund vertraut der Politik dagegen zu 57,2 Prozent. Auffäl-

lig ist der auf ähnlichem Niveau liegende Wert (54,2 %) für in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund, der auf die Bedeutung der politischen und bildungsbezogenen Sozialisation verweist. Die zwischen Ende 2019 und Mitte 2020 erhobenen Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 zeigen darüber hinaus für die meisten Herkunftsgruppen, dass im Verlauf der Corona-Pandemie das Politikvertrauen merklich gestiegen ist (SVR 2020a: 16–19).

Parteienvertrauen: Das Vertrauen in die politischen Parteien fällt in allen Gruppen niedriger aus als das Vertrauen in die Politik im Allgemeinen. Bei Personen ohne Migrationshintergrund kann man am ehesten einen ‚Parteienverdross‘ konstatieren: Rund 58 Prozent von ihnen vertrauen den Parteien „eher nicht“ oder „gar nicht“, nur 42 Prozent haben „eher“ bzw. „voll und ganz“ Vertrauen. Analog zum Politikvertrauen weisen die in Deutschland geborenen Nachkommen von Zugewanderten einen fast identischen Wert auf (42,4 %). Bei den Selbstzugewanderten ist das Verhältnis hingegen genau umgekehrt – hier vertrauen rund 58 Prozent den Parteien. Unter den relativ neu Zugewanderten (bis zehn Jahre Aufenthalt in Deutschland) erreichen die Parteien sogar einen Rekord-Vertrauenswert von 71,2 Prozent.

Die hier dargestellten Items fallen bei den relativ neu Zugewanderten durchweg am positivsten aus, während bei den Menschen ohne Migrationshintergrund die negativsten Werte zu verzeichnen sind. Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland leben oder hierzulande geboren sind, liegen mit ihren Einstellungen meist dazwischen. Das gesamte politische System scheint also bei Zugewanderten eine Art ‚Vertrauensvorschuss‘ zu genießen. Allerdings lässt sich anhand der vorliegenden Querschnittdaten nicht sicher beantworten, ob und inwiefern es bei Menschen mit Migrationshintergrund mit zunehmender Aufenthaltsdauer tatsächlich zu einer Art ‚Ernüchterung‘ kommt.

Zwischenfazit: Politische Einstellungen zugewanderter Menschen fallen ambivalent aus

Mit Blick auf die hier berücksichtigten Items haben in Deutschland lebende Zugewanderte einerseits politische Einstellungen, die sich grundsätzlich positiv auf ihre politische Partizipation auswirken könnten. Im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bewerten sie zum Beispiel Politikerinnen und Politiker wohlwollender (Abb. 4). Auch bei einer ganzen Reihe anderer Items – Demokratiezufriedenheit, Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen sowie Politik- und Parteienvertrauen –, die ebenfalls in einem positiven Zusammenhang mit politischer Partizipation stehen können, fallen die Bewertungen der Menschen mit Migrationshintergrund positiver aus, insbesondere wenn diese selbst zugewandert und noch nicht sehr lange im Land sind (Info-Box 5). Andererseits haben Menschen mit Migrationshintergrund (gleich ob selbst zugewandert oder hierzulande geboren) ein deutlich geringeres Politikinteresse als Befragte ohne Migrationshintergrund. Das geringste Interesse berichten Selbstzugewanderte mit vergleichsweise kurzer Aufenthaltsdauer. Doch haben sogar Zugewanderte, die bereits seit 30 oder mehr Jahren in Deutschland leben, sichtbar weniger Interesse an deutscher Politik als Bürgerinnen und Bürger ohne Migrationshintergrund (Abb. 2).

Diese Einstellungen könnten die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten möglicherweise beeinträchtigen, ebenso wie der Umstand, dass Letztere sich die für eine Partizipation notwendigen Kompetenzen – Politikverständnis, aktive Teilnahme an politischen Gesprächen – vergleichsweise selten zutrauen (Abb. 3). Die identifizierten Desiderate betreffen jedoch eindeutig Bereiche, in denen zielgerichtete Maßnahmen von Akteurinnen und Akteuren

in Staat und Politik bzw. im Bildungswesen und in der Zivilgesellschaft unter Umständen positive Veränderungen bewirken können.

3.2 Bundestagswahlen 2017: Partizipationslücke zwischen Wahlberechtigten mit bzw. ohne Migrationshintergrund

Weder die offizielle Wahlstatistik noch die sog. *Exit Polls*, für die Wählerinnen und Wähler unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt werden, differenzieren nach dem Migrationshintergrund der Befragten. Daher bleiben für Analysen zum Wahlverhalten von Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund lediglich Erhebungen, die zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden und rückblickend nach der Wahlbeteiligung und dem Wahlverhalten fragen. Im SVR-Integrationsbarometer 2020 wurden wahlberechtigte Personen gefragt, ob sie an der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 teilgenommen haben.³¹ Insgesamt geben 83,5 Prozent der befragten Wahlberechtigten an, gewählt zu haben (Abb. 5). Laut amtlicher Wahlstatistik lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 allerdings nur bei 76,2 Prozent (Bundeswahlleiter 2017). Somit geben im Rahmen des SVR-Integrationsbarometers 2020 Befragte häufiger an, an der Bundestagswahl teilgenommen zu haben, als es de facto der Fall war. Aus der deutschen und internationalen Wahlforschung ist allerdings bekannt, dass die *berichtete* Wahlbeteiligung in Umfragen höher ausfällt als die *tatsächliche* (vgl. Kornelius/Roth 2004: 78f.).³² Verglichen mit anderen Surveys liegt die Überschätzung der Wahlbeteiligung im SVR-Integrationsbarometer 2020 im üblichen Rahmen.³³

31 Nach der Wahlbeteiligung wurden im SVR-Integrationsbarometer 2020 ausschließlich Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit befragt. Nicht berücksichtigt wurde, ob Befragte mit Migrationshintergrund bereits am Wahltag die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen – der prozentuale Anteil derjenigen unter den Befragten mit Migrationshintergrund, die zum Wahlzeitpunkt möglicherweise keine deutsche Staatsbürgerschaft hatten, liegt allerdings bei unter drei Prozent. In der Konsequenz können einzelne Befragte mit Migrationshintergrund angeben, nicht gewählt zu haben, weil sie zum Wahlzeitpunkt (noch) keine deutschen Staatsbürger waren.

32 Mit Blick auf die Wahlbeteiligung in den USA wird beispielsweise geschätzt, dass die berichtete Wahlbeteiligung um etwa zehn Prozentpunkte höher liegt als die Beteiligung laut amtlicher Wahlstatistik (Pew Research Center 2012).

33 Beispielsweise gaben 2018/19 im European Social Survey 87 Prozent der Wahlberechtigten an, bei der Bundestagswahl 2017 abgestimmt zu haben (European Social Survey 2018, deutsche Teilstudie, gewichtete Daten, eigene Berechnung). In der Deutschen Wahlstudie (German Longitudinal Election Study, GLES) lag die berichtete Wahlbeteiligung bei 88 Prozent (Goerres/Spies/Mayer 2018: 4).



Die Gründe für dieses sog. *overreporting* sind vielfältig (vgl. Caballero 2014: 442–444): Zum einen ist bei Umfragen zum Wahlverhalten immer mit Effekten sozialer Erwünschtheit zu rechnen. Das bedeutet, dass Befragte von einer bestimmten sozialen Norm ausgehen und ihr Antwortverhalten an diese Norm anpassen (Wüst 2004: 348; vgl. Wetzstein et al. 2019: 180).³⁴ Daneben gibt es Hinweise, dass gesellschaftlich engagierte Menschen eher bereit sind, an Befragungen teilzunehmen (vgl. Pew Research Center 2012). Da freiwillig Engagierte eher dazu neigen, ihre Stimme bei Wahlen abzugeben, könnte ein Teil der Überschätzung der Wahlbeteiligung auf die anzunehmende leichte Überrepräsentation dieser Gruppe im SVR-Integrationsbarometer zurückzuführen sein.³⁵

Deutsche ohne Migrationshintergrund geben am häufigsten an, dass sie sich an der Bundestagswahl 2017 beteiligt haben (85,8 %; Abb. 5). In dieser Befragtengruppe hängt die Wahlbeteiligung stark mit soziodemografischen Faktoren wie Bildung, Alter und Geschlecht zusammen: Höher Gebildete, Ältere sowie Männer geben häufiger an, gewählt zu haben. Deutsche mit einem Migrationshintergrund geben deutlich seltener (zu 65,0 %) an, bei der Bundestagswahl 2017 gewählt zu haben – dies trifft sowohl auf Selbstzugewanderte als auch auf deren Nachkommen zu (rund 65 % bzw. rund 66 %).³⁶ Unter Befragten mit Migrationshintergrund hängt die Wahlbeteiligung zudem signifikant mit dem Bildungsniveau zusammen:³⁷ Höhergebildete mit Migrationshintergrund geben zu

rund 72 Prozent, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau dagegen nur zu rund 58 Prozent an, 2017 gewählt zu haben.³⁸ Innerhalb der Befragtengruppe mit Migrationshintergrund wählt zudem häufiger (zu rund 69 %), wer über einen deutschen Schulabschluss verfügt – Befragte mit einem im Ausland erworbenen Abschluss wählen zu rund 59 Prozent.

Deutliche Zusammenhänge lassen sich in beiden Befragtengruppen zudem anhand politischer Einstellungsmerkmale wie der Demokratiezufriedenheit festmachen. Sowohl Befragte mit als auch solche ohne Migrationshintergrund wählen deutlich häufiger, wenn sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, (sehr) zufrieden sind (Abb. 6; Info-Box 5).

Befragte der Herkunftsländer der „übrigen Welt“ wählen besonders selten

Um die elektorale Partizipation der Einwanderungsgesellschaft möglichst genau zu erfassen, lassen sich anhand der Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 Unterschiede im Wahlverhalten nicht nur anhand des Migrationshintergrunds allgemein, sondern mit Blick auf unterschiedliche Herkunftsgruppen analysieren. Dies ist insofern relevant, als mögliche Vorerfahrungen mit demokratischen Verhaltensweisen die elektorale Partizipation je nach Herkunftsgruppe beeinflussen können. Das Fehlen einer ‚demokratischen Ausbildung‘ im Herkunftsland kann sich auch darauf auswirken, wie die Betroffenen ihre politi-

34 Unter der Annahme, dass die soziale Erwünschtheit in allen Befragtengruppen – unabhängig von einem möglichen Migrationshintergrund bzw. unterschiedlicher Herkunft – in ähnlicher Weise zu einer Überschätzung der Wahlbeteiligung führt (vgl. Goerres/Spies/Mayer 2018: 4), lassen die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2020 trotzdem Rückschlüsse darauf zu, ob sich Befragte mit Migrationshintergrund bzw. Befragte unterschiedlicher Herkunft häufiger oder seltener beteiligen als Befragte ohne Migrationshintergrund.

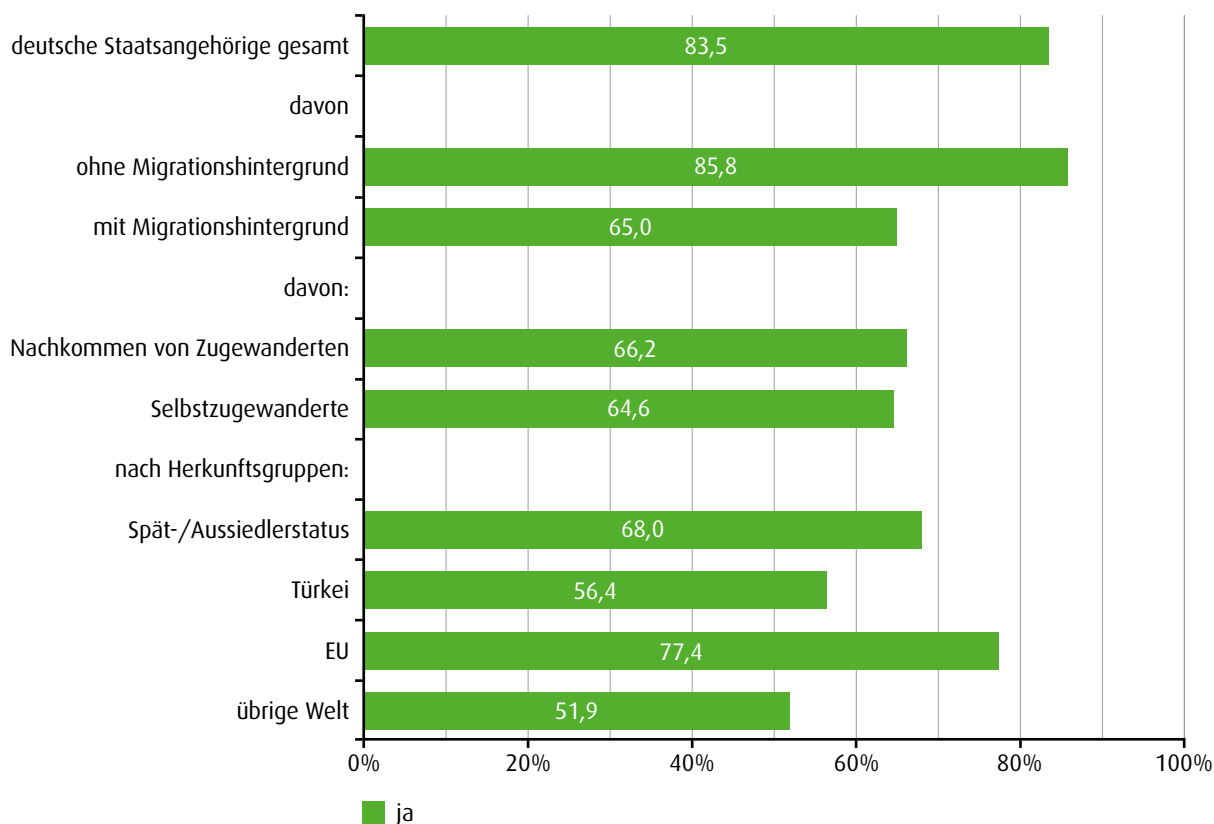
35 Studien zur Überrepräsentation freiwillig Engagierter liegen für Deutschland nicht vor. Daher lässt sich der auf diese Gruppe zurückzuführende Anteil an der Überschätzung der Wahlbeteiligung nicht quantifizieren. Allerdings kann auch hier plausibel davon ausgegangen werden, dass sich dieser Faktor bei den unterschiedlichen Befragtengruppen jeweils in ähnlicher Weise auswirkt.

36 Diese Unterschiede in der Wahlbeteiligung bleiben auch unter Berücksichtigung von Unterschieden in Haushaltseinkommen, Bildungsabschluss, Alter und, im Falle von selbst zugewanderten Menschen, Aufenthaltsdauer bestehen. Manche Studien weisen eine erhöhte Wahlbeteiligung der Folgegeneration nach (vgl. Müssig/Worbs 2012: 32; Müssig 2020: 193), andere wiederum eine – wie hier – ausgeglichene Wahlbeteiligung (vgl. Wüst/Faas 2018: 15; s. hierzu auch Deiss-Helbig/Wüst 2020: 15).

37 Die hier berichteten Ergebnisse weisen damit in die gleiche Richtung wie frühere Analysen des SVR-Forschungsbereichs zur Wahlabsicht von Drittstaatsangehörigen (SVR-Forschungsbereich 2013), in denen sich für den Wunsch nach elektoraler Beteiligung Bildungsressourcen und Arbeitsmarktintegration als bedeutsam erwiesen. Insbesondere wer einen höheren Schulabschluss, bessere Deutschkenntnisse oder mehr Wissen über das politische System und die Lebensverhältnisse in Deutschland vorweisen konnte, hatte auch eine stärker ausgeprägte Wahlabsicht.

38 Interessanterweise kann eine signifikante Geschlechterdifferenz im Wahlverhalten von Personen ohne Migrationshintergrund festgestellt werden (Frauen geben hier etwas seltener an, gewählt zu haben); dies gilt jedoch nicht für Befragte mit Migrationshintergrund.

Abb. 5 „Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (nach Migrationshintergrund, Generationszugehörigkeit und Herkunftsgruppe)



Anmerkung: Gefragt wurden nur deutsche Staatsangehörige im Befragungszeitraum Ende November 2019 bis Anfang August 2020. Dargestellt sind die Ergebnisse für Befragte, die zum Zeitpunkt der Wahl 2017 mutmaßlich volljährig waren (s. Fn. 31).

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020, gewichtete Daten

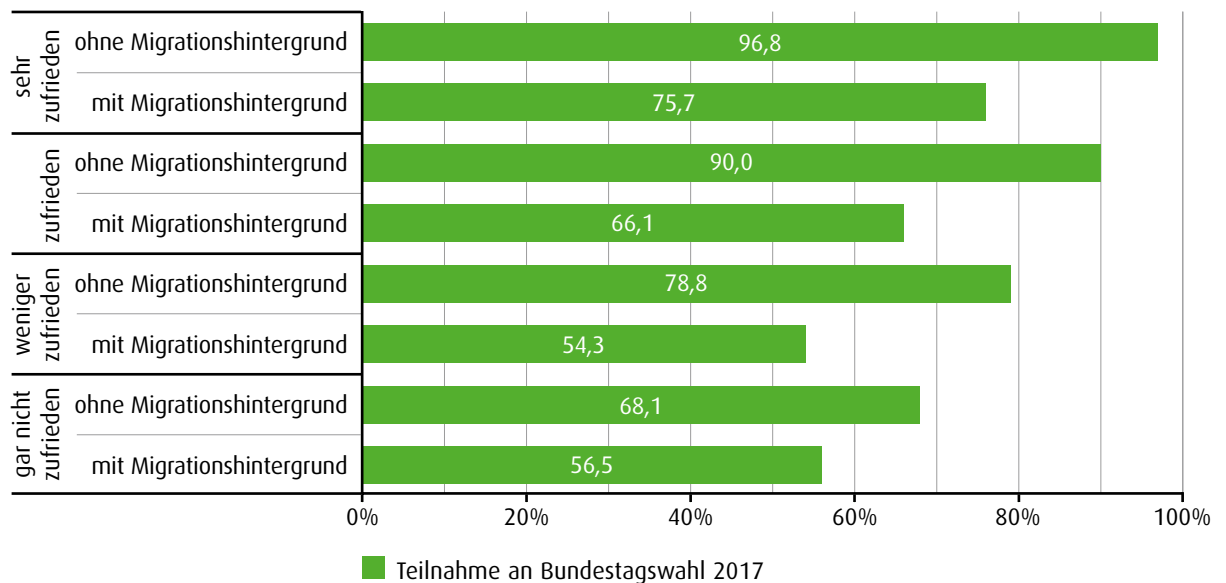
schen Einflussmöglichkeiten hierzulande wahrnehmen (vgl. hierzu SVR-Forschungsbereich 2013: 8–10; Wüst/Faas 2018: 1). Zudem können politische Einstellungen und Parteivorlieben durch Vorerfahrungen geprägt sein (SVR 2018b: 20).³⁹

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 zeigen: Die elektorale Partizipation variiert zum Teil deutlich zwischen den Herkunftsgruppen (Abb. 5). Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler (68,0 %) sowie Menschen aus einem anderen EU-Staat (77,4 %) beteiligen sich häufiger elektoral als Menschen der Herkunftsgruppen Türkei (56,4 %) und „übrige Welt“ (51,9 %). Berücksichtigt man aller-

dings, dass die wichtigsten mit der Wahlbeteiligung zusammenhängenden Merkmale wie das durchschnittliche Bildungsniveau, die Aufenthaltsdauer und weitere soziodemografische Determinanten je nach Herkunftsgruppe unterschiedlich ausfallen, verringern sich die Differenzen zwischen den Herkunftsgruppen. Lediglich den Befragten aus der „übrigen Welt“ kommt mit Blick auf elektorale Partizipation dann noch eine Sonderrolle zu: Sie geben auch unter Berücksichtigung erklärender Faktoren signifikant seltener als Befragte der Herkunftsgruppen Spät-/Aussiedlerstatus und EU an, an der Bundestagswahl 2017 teilgenommen zu haben. Diese geringe Beteili-

³⁹ Solche Vorerfahrungen können innerhalb eines Landes je nach Bevölkerungsgruppe höchst unterschiedlich ausfallen. Insofern kann von einem Herkunftsland nicht automatisch auf eine bestimmte Form der Vorsozialisation geschlossen werden.

Abb. 6 „Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (nach Demokratiezufriedenheit)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

gung steht im Kontrast zu den vergleichsweise positiven politischen Einstellungen dieser Herkunftsguppe (s. Kap. 3.1).

Die oben konstatierte Schieflage in der elektoralen Interessenartikulation besteht demnach nicht nur generell zwischen Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund, sondern zugleich innerhalb der hier berücksichtigten Herkunftsguppen.

Zwischenfazit

In der Summe lässt sich anhand der Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 eine Schieflage in der elektoralen Interessenartikulation zuungunsten von Menschen mit Migrationshintergrund zeigen, die bisherige Befunde weitgehend bestätigt: Denn Menschen mit Migrationshintergrund wählen offenbar seltener als Menschen ohne Migrationshintergrund, und das sogar, wenn sie in Deutschland geboren wurden.⁴⁰ Dies ist zum einen unter normativen demokratiepolitischen Erwägungen grundsätz-

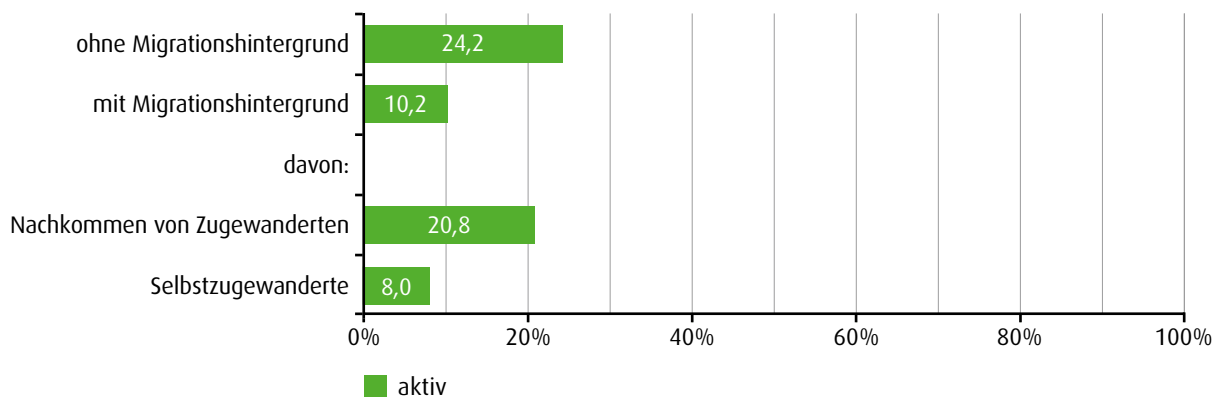
lich problematisch, könnte zum anderen aber auch dazu führen, dass etwaige spezifische Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (bzw. ihrer Untergruppen) durch die geringere Wahlbeteiligung im Parlament schwächer vertreten werden, als es angemessen wäre. Hier gilt es daher, bei der Beteiligung derjenigen anzusetzen und sie zu verbessern, die über das Wahlrecht verfügen (zu entsprechenden Handlungsempfehlungen s. Kap. 6).

3.3 Nichtelectorale politische Partizipation – Migrantinnen und Migranten auch abseits der Wahlurne seltener aktiv

Befragte mit einem Migrationshintergrund, die sich elektoral vergleichsweise weniger beteiligen (s. Kap. 3.2), geben im Integrationsbarometer 2020 mit rund 10 Prozent auch deutlich seltener als Befragte ohne Migrationshintergrund (etwa 24 %) an,

⁴⁰ Dies gilt auch dann, wenn man in den entsprechenden Berechnungen die durchschnittlich geringere Ressourcenausstattung bei Bildung und Einkommen bzw. Unterschiede im Lebensalter berücksichtigt.

Abb. 7 „Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Bürgerinitiative oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?“



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

auf andere Art und Weise politisch aktiv zu sein.⁴¹ Das SVR-Integrationsbarometer bemisst politische Aktivität danach, inwieweit Befragte angeben, sich auf andere Weise als durch das vorhandene bzw. nicht vorhandene und genutzte Wahlrecht politisch zu engagieren, wobei als Beispiele die Teilnahme an politischen Diskussionen und Demonstrationen oder die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder Partei genannt werden (Abb. 7).

In der gesamten Bevölkerung hängt die nichtelektorale Partizipation stark mit dem Bildungsniveau zusammen: Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund geben rund 14 Prozent mit geringer Bildung an, politisch aktiv zu sein – Höhergebildete behaupten dies dagegen mehr als doppelt so häufig (39,2 %).⁴² Bei den Befragten mit Migrationshintergrund und geringem Bildungsniveau beteiligen sich nach eigenen Angaben lediglich rund 4 Prozent politisch, bei den Höhergebildeten sind es rund 16 Prozent. Niedriggebildete ohne Migrationshintergrund beteiligen sich also

in etwa genauso oft im nichtelektoralen Bereich politisch wie Höhergebildete mit Migrationshintergrund.⁴³

Ob im Rahmen des SVR-Integrationsbarometers 2020 Befragte mit Migrationshintergrund über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen oder nicht, hat keinen signifikanten Einfluss auf ihre nichtelektorale politische Partizipation. Dieser Befund legt nahe, dass nichtelektorale Partizipation – zumindest wenn (wie hier) gesamthaft bemessen – kein Substitut für fehlendes Wahlrecht ist. Wäre dies der Fall, müssten Zugewanderte ohne deutsche Staatsbürgerschaft häufiger nichtelektoral partizipieren.⁴⁴

Die nachfolgenden Generationen sind politisch aktiver

Selbstzugewanderte werden nur in sehr geringem Maße politisch aktiv (8,0 %; Abb. 7). Es zeigt sich allerdings, dass sich in Deutschland geborene Nachkommen von Zugewanderten fast so häufig beteiligen (20,8 %) wie Menschen ohne Migrationshintergrund

41 Auch unter Kontrolle soziodemografischer Faktoren wie Geschlecht, Bildung und Erwerbsstatus engagieren sich Menschen ohne Migrationshintergrund deutlich häufiger.

42 Auch Ältere sowie Männer geben in dieser Befragtengruppe häufiger an, sich zu beteiligen.

43 Nichtelektoral partizipieren Menschen mit Migrationshintergrund zudem häufiger, wenn sie ihren Schulabschluss in Deutschland erworben haben: Rund 14 Prozent mit deutschem Schulabschluss, aber nur rund 8 Prozent mit einem im Ausland erworbenen Schulabschluss geben dies an.

44 Darüber hinaus kommen andere Studien zu dem Ergebnis, dass informelle Partizipationsformen vor allem in Kombination mit vorhandenen formalen Partizipationsmöglichkeiten genutzt werden: Wählende greifen demnach eher als Nichtwählende auf alternative Partizipationsformen zurück. Auch dies widerspricht der Vorstellung eines Substitutionsverhältnisses (vgl. Schäfer 2010: 140–141).



Tab. 1 Nutzung von nichtelektoralen Partizipationsformen in den vergangenen zwölf Monaten nach Migrationshintergrund (Zustimmung in Prozent), 2016/2018

	ohne Migrationshintergrund	selbst zugewandert (1. Generation)	in Deutschland geboren (2. Generation)
Teilnahme an einer Unterschriftensammlung	38,1	22,2	36,5
Kontaktieren eines Politikers bzw. einer Politikerin oder einer Amtsperson	17,4	10,1	16,1
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	9,2	9,7	13,2
Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung	4,4	2,0	4,6
Mitarbeit in einer anderen Organisation ⁴⁹	31,3	15,4	27,6
mindestens eine der genannten Formen	57,8	38,3	55,0

Anmerkung: Die Befragungswellen 2016 und 2018 wurden zusammen ausgewertet.

Quelle: European Social Survey 2016 und 2018, deutsche Teilstudie, gewichtete Daten, eigene Berechnung

(24,2 %).⁴⁵ Diese Erkenntnis deckt sich mit den Befunden vorausgegangener Studien: Sie zeigen, dass die nachfolgenden Generationen im Vergleich zu Selbstzugewanderten ein höheres Partizipationsniveau aufweisen, das etwa dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund entspricht oder es sogar leicht übersteigt (Pokorny 2016: 31–39; Müssig 2020: 242; Müssig/Worbs 2012: 36–40).

Auch die zweijährliche Querschnittsbefragung des European Social Survey (ESS)⁴⁶ erhebt, ob Befragte innerhalb der vergangenen zwölf Monate an einer

Unterschriftensammlung oder einer genehmigten Demonstration teilgenommen haben, ob sie in einer Partei oder politischen Gruppierung oder in einer anderen Organisation⁴⁷ mitgearbeitet haben und ob sie eine Politikerin bzw. einen Politiker oder eine Amtsperson kontaktiert haben. Für die Erhebungswellen 2016 und 2018 des ESS⁴⁸ zeigt sich, dass jeweils über die Hälfte der Deutschen ohne Migrationshintergrund und der in Deutschland geborenen Nachkommen von Migrantinnen und Migranten mindestens eine dieser Partizipationsformen genutzt hat (Tab. 1).

⁴⁵ Diese Unterschiede bestehen auch, wenn weitere Einflussfaktoren (Einkommen, Bildung, Alter, Aufenthaltsdauer) auf nichtelektorale politische Partizipation berücksichtigt werden.

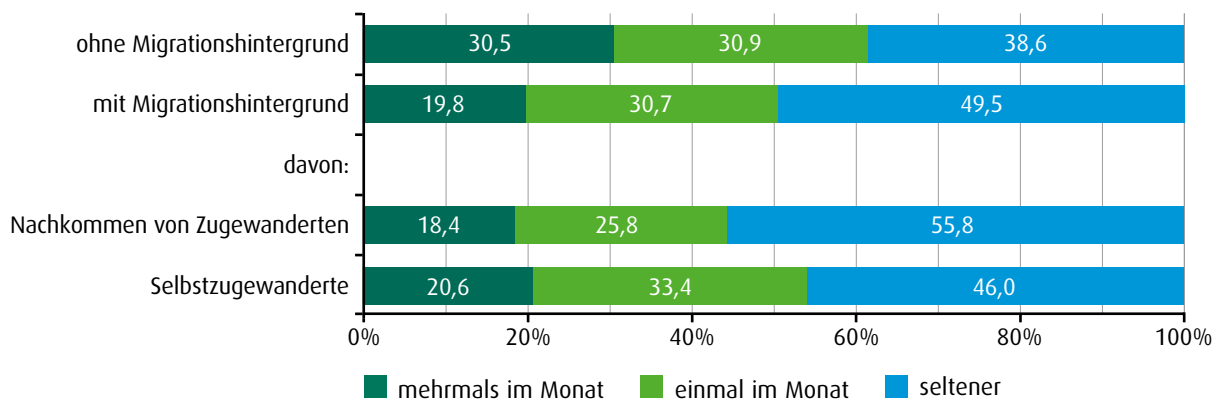
⁴⁶ Der European Social Survey (ESS) ist eine Querschnittsbefragung zu Einstellungen und Werten, die seit 2002 alle zwei Jahre in mittlerweile über 30 europäischen Ländern erhoben wird. Sie enthält u. a. Fragen zum politischen Engagement und zum Vertrauen in politische Institutionen. In Deutschland werden bei jeder Erhebungswelle knapp 3.000 Personen ab 15 Jahren zufällig ausgewählt, darunter auch Menschen mit Migrationshintergrund und Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Allerdings sind Verzerrungen innerhalb der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund nicht auszuschließen. Da die Befragung nur auf Deutsch stattfindet, werden etwa Personen mit geringen Deutschkenntnissen systematisch ausgeschlossen (vgl. Müssig/Worbs 2012: 13–14). Dennoch bieten die Daten des ESS eine wichtige Vergleichsmöglichkeit für die Befunde aus dem SVR-Integrationsbarometer, weswegen für die vorliegende Studie eine Auswertung des entsprechenden Items vorgenommen wurde.

⁴⁷ Dieses Item ist unscharf, da nicht spezifiziert wird, um was für eine Art von Organisation es sich handelt. Es wird zunächst nach der Mitarbeit in „einer politischen Partei oder Gruppierung“ und dann nach „einer anderen Organisation oder [...] einem anderen Verband oder Verein“ gefragt.

⁴⁸ Um durch höhere Fallzahlen zu robusten Daten zu kommen, wurden für die folgenden Analysen die Erhebungswellen 2016 und 2018 des ESS zusammengeführt. Der kombinierte Datensatz enthält insgesamt 5.174 Befragte, darunter 599 Migrantinnen und Migranten (erste Generation) und 531 Nachkommen von Zugewanderten (zweite Generation). Letztere Gruppe ist damit im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil etwas überrepräsentiert. Für eine umfassende Analyse der kumulierten Runden des ESS von 2002 bis 2014 im Hinblick auf elektorale und nichtelektorale Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund vgl. Müssig (2020: 144ff.).

⁴⁹ Vgl. zu diesem Item Fußnote 47.

Abb. 8 „Und wie häufig sind Sie politisch aktiv?“



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Unter den Selbstzugewanderten gibt nur etwas mehr als ein Drittel (38,3 %) an, mindestens eine der Partizipationsformen genutzt zu haben (Tab. 1). Dass die nichtelektrale Partizipation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Befragung des ESS insgesamt höher ausfällt, liegt daran, dass die dort verwendete Fragestellung auch die Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation berücksichtigt.⁵⁰

Das politische Engagement von Befragten ohne Migrationshintergrund ist konstanter

Von Interesse ist nicht nur, ob Bürgerinnen und Bürger politisch aktiv sind, sondern auch, wie häufig bzw. wie intensiv ihr Engagement ausfällt.⁵¹ Diesbezüglich zeigen die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2020, dass sich politisch aktivere Befragtengruppen auch häufiger engagieren: Rund drei von zehn Menschen ohne Migrationshintergrund geben an, mehrmals im Monat oder zumindest einmal im

Monat nichtelektrale zu partizipieren. Bei den Personen mit einem Migrationshintergrund sind es nur rund zwei von zehn; hingegen gibt rund die Hälfte der Befragten in dieser Gruppe an, sich seltener als einmal im Monat zu beteiligen, das sind rund neun Prozentpunkte mehr als bei der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund. Jeweils ein knappes Drittel der politisch Aktiven in beiden Gruppen beteiligt sich etwa einmal pro Monat entsprechend (Abb. 8).

Auffällig ist, dass die Intensität des Engagements von in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund vergleichsweise gering ausfällt. Diese Befragtengruppe gibt zwar deutlich öfter als Selbstzugewanderte an, politisch aktiv zu sein (Abb. 7). Allerdings partizipieren nur 18,4 Prozent von ihnen mehrmals im Monat nichtelektrale und 25,9 Prozent zumindest einmal im Monat. Die relativ wenigen selbst zugewanderten Menschen, die nichtelektrale partizipieren (8,0 %; s. Abb. 7), beteiligen sich dagegen öfter (20,6 % mehrmals im Monat,

⁵⁰ Auch das SVR-Integrationsbarometer 2020 erhebt entsprechende Mitgliedschaften (s. Kap. 4.1). Nimmt man die Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation hinzu, kommen im SVR-Integrationsbarometer 2020 ähnliche Werte wie in der ESS-Auswertung zustande: 51,2 Prozent der Einwanderinnen und Einwanderer der zweiten Generation und 30,1 Prozent der Selbstzugewanderten sind demnach politisch aktiv *oder* Mitglied in einem Verein bzw. einer gemeinnützigen Organisation (ohne Migrationshintergrund: 61,7 %) – oder beides. Die vergleichsweise hohe Differenz bei den Selbstzugewanderten – 30,1 Prozent im Vergleich zu 38,3 Prozent im ESS – dürfte mit der Zusammensetzung der Stichprobe zusammenhängen: Im ESS sind Zugewanderte mit kurzer Aufenthaltsdauer und geringen Sprachkenntnissen unterrepräsentiert. Diese Merkmale gehen tendenziell mit einer niedrigeren Beteiligung einher.

⁵¹ Es ist anzunehmen, dass häufiger engagierte Personen – etwa Mitglieder einer Bürgerinitiative – in der Regel mehr Einfluss auf die Politik ausüben, selbst stärker durch ihr Engagement geprägt werden und sich mit ihrem Engagement in höherem Maße identifizieren.



33,4 % einmal im Monat). Insofern ist der oben konstatierte ausgeprägte politische Aktivismus der nachfolgenden Generationen (Abb. 7) möglicherweise ein Stück weit zu relativieren.

4 Befunde des SVR-Integrationsbarometers zu zivilgesellschaftlichem Engagement

In Abgrenzung zur politischen Partizipation ist zivilgesellschaftliches Engagement nicht auf politische Ziele ausgerichtet, sondern auf das außerfamiliäre soziale Umfeld (s. Kap. 2.2). Beiden Engagementformen gemein ist allerdings die Vielfalt der Tätigkeitsbereiche und der Organisationsgrade. Beispielsweise gehört Freiwilligenarbeit in einem Sportverein genauso zum zivilgesellschaftlichen Engagement wie die Arbeit bei der „Tafel“ oder die ehrenamtliche Mitwirkung in einem Verband, der sich für soziale Belange einsetzt (Simonson et al. 2017: 31). Angesichts der Vielfalt der gesellschaftlichen Engagementfelder sowie der unterschiedlichen Organisationsgrade erfasst das SVR-Integrationsbarometer 2020 Freiwilligenarbeit möglichst breit. So wurde neben der *formalen* Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation (s. Kap. 4.1) auch nach Formen des *informellen* zivilgesellschaftlichen Engagements gefragt (s. Kap. 4.2). Formen des rein privaten Engagements wie etwa Unterstützungsleistungen innerhalb der Familie werden allerdings (anders als im Freiwilligensurvey) nicht erfasst. Grund hierfür ist, dass der öffentliche Charakter der Freiwilligenarbeit ein zentrales Kriterium *zivilgesellschaftlichen* Engagements ist (Gabriel/Völkl 2008: 280).

Die Vielfalt des freiwilligen Engagements in Deutschland wird seit mehr als zwei Dekaden mit dem Freiwilligensurvey erfasst (Simonson et al. 2017: 31). Die Erhebungen zeichnen ein detailliertes Bild für die Gesamtbevölkerung und geben teilweise Einblicke in das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund (Simonson/Vogel/Tesch-

Römer 2016: 41ff.). Diese Befunde differenziert das SVR-Integrationsbarometer 2020 vor allem hinsichtlich der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus, beispielsweise indem es Erkenntnisse auf Herkunftsebene ermöglicht.

4.1 Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen

Die Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation ist ein wichtiger Baustein des zivilgesellschaftlichen Engagements (Simonson et al. 2017: 38). Für Menschen mit Migrationshintergrund kann eine Mitgliedschaft einerseits als Indikator einer gleichberechtigten Teilhabe an den Ressourcen der Gesellschaft verstanden werden. Andererseits können Zugewanderte und ihre Nachkommen auf diesem Wege die Gesellschaft selbst mitprägen (vgl. ebd.; BAMF 2009: 161). Sind in der Gesamtbevölkerung anteilig weniger Personen mit als ohne Migrationshintergrund Mitglied in Vereinen, muss dies aber nicht automatisch auf Zugangsbarrieren für Letztere hindeuten. Schließlich ist davon auszugehen, dass insbesondere in den ersten Jahren des Aufenthalts die Erstintegration (z. B. Spracherwerb, Teilhabe am Bildungs- und Erwerbsleben) im Vordergrund steht und die Kapazitäten für ehrenamtliches Engagement begrenzt sind, mithin auch die Vereinslandschaft noch unbekannt ist (vgl. Vogel/Simonson/Tesch-Römer 2017: 615–617). Spätestens für Nachkommen von Zugewanderten dürften sich die Voraussetzungen für die Teilhabe am Vereinsleben jedoch angleichen.

Insgesamt sind laut SVR-Integrationsbarometer 2020 rund 50 Prozent der Befragten eingetragenes Mitglied in einem Verein.⁵² Der Gesamtanteil an Vereinsmitgliedern liegt damit im SVR-Integrationsbarometer etwas über den zuletzt im Jahr 2014 ermittelten Werten des Freiwilligensurveys. Dort waren rund 45 Prozent der Gesamtbevölkerung in mindestens einem Verein Mitglied (Vogel/Hameister 2017: 244). Für die Differenz kann neben erhebungsm-

52 Dabei geben etwa drei von vier Befragten an, sich mindestens einmal im Monat im Verein zu engagieren.

thodischen Gründen (z.B. leicht variierende Fragenformulierungen) auch ein tatsächlicher Zuwachs an Vereinsmitgliedern ursächlich sein. So ist der Anteil an Vereinsmitgliedern zwischen dem Freiwilligen-survey 2009 und 2014 von rund 38 auf 45 Prozent angewachsen. Dieses Wachstum wird vor allem mit steigenden Mitgliederzahlen in Sportvereinen erklärt (ebd.: 245). Ein weiterer Zuwachs der Vereinsmitgliederzahl auf 50 Prozent erscheint damit plausibel.⁵³

Aufgeschlüsselt nach Migrationshintergrund sind im SVR-Integrationsbarometer 2020 rund 56 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund und etwa 30 Prozent derjenigen mit Migrationshintergrund Mitglied in einem Verein (Abb. 9). Der Unterschied in der Anzahl der Vereinsmitgliedschaften fällt somit größer aus als in vergangenen Erhebungen. So ergab eine im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 2015 durchgeführte repräsentative Befragung bei Deutschen mit Migrationshintergrund einen Vereinsmitgliederanteil von 25 Prozent und bei Personen ohne Migrationshintergrund einen Anteil von 36 Prozent (Pokorny 2016: 17). Allerdings wurden für diese Erhebung ausschließlich Personen ab 18 Jahren befragt, sodass die Differenzen unter Umständen auch durch eine unterschiedliche Zusammensetzung der Befragten erklärt werden können.⁵⁴ In anderer Hinsicht abweichende Befunde lieferte der 2010 durchgeführte „Ethnic Diversity and Collective Action Survey“ (EDCAS) (Koopmans et al. 2011; Schaeffer et al. 2011), in dem 7.500 Volljährige mit bzw. ohne Migrationshintergrund in 55 ausgewählten Regionen in Deutschland befragt wurden. Zwar

entsprach der dort ermittelte Anteil an Vereinsmitgliedern unter den Befragten ohne Migrationshintergrund dem Wert aus dem Integrationsbarometer 2020 (rund 56 %). Hinsichtlich der Befragten mit Migrationshintergrund kam die EDCAS-Befragung hingegen zu deutlich anderen Ergebnissen. Ein signifikanter *migrant gap* bestand nicht, unter Kontrolle sozioökonomischer Hintergrundvariablen zeigten sich für vier von fünf der differenzierten Herkunftsgruppen (Osteuropa, Türkei, Westeuropa, sonstige Drittstaaten) ebenfalls Mitgliedschaftsquoten von über 50 Prozent; lediglich die Befragten der Herkunftsgruppe „ehemalige Sowjetunion“ waren deutlich seltener Vereinsmitglieder.⁵⁵

Erwartungsgemäß sind in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund häufiger Mitglied in einem Verein als Selbstzugewanderte. Mit 45,0 Prozent ist der Anteil bei den Nachkommen von Zugewanderten nur noch gut zehn Prozentpunkte niedriger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund – und deutlich höher als bei Selbstzugewanderten (ca. 27 %). Die Unterschiede zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen sind gering.⁵⁶

Bildung, Aufenthaltsdauer und Deutschkenntnisse entscheidend für Vereinszugehörigkeit

Weitaus stärker als mit der Zugehörigkeit zu einer Herkunftsgruppe hängt die Vereinsmitgliedschaft mit soziodemografischen Faktoren zusammen. Wie weitergehende Analysen zeigen, ist die Wahrscheinlichkeit, Vereinsmitglied zu sein, abhängig vom Bildungsniveau der Befragten, ihrer Aufenthaltsdauer in

53 Vgl. dazu aber auch den bereits Ende 2003 im Rahmen der Befragung „Politische Partizipation in Deutschland“ ermittelten Vereinsmitgliederanteil von 53 Prozent in der Gesamtbevölkerung; die Befragung wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt (Kornelius/Roth 2004: 104).

54 Im SVR-Integrationsbarometer werden Personen ab 15 Jahren interviewt (Info-Box 4). Dabei ist in der jüngsten Altersgruppe der Befragten mit Migrationshintergrund der Anteil an Vereinsmitgliedern mit rund 40 Prozent am höchsten. In den restlichen Altersklassen schwankt der Vereinsmitgliederanteil zwischen 25 und 32 Prozent.

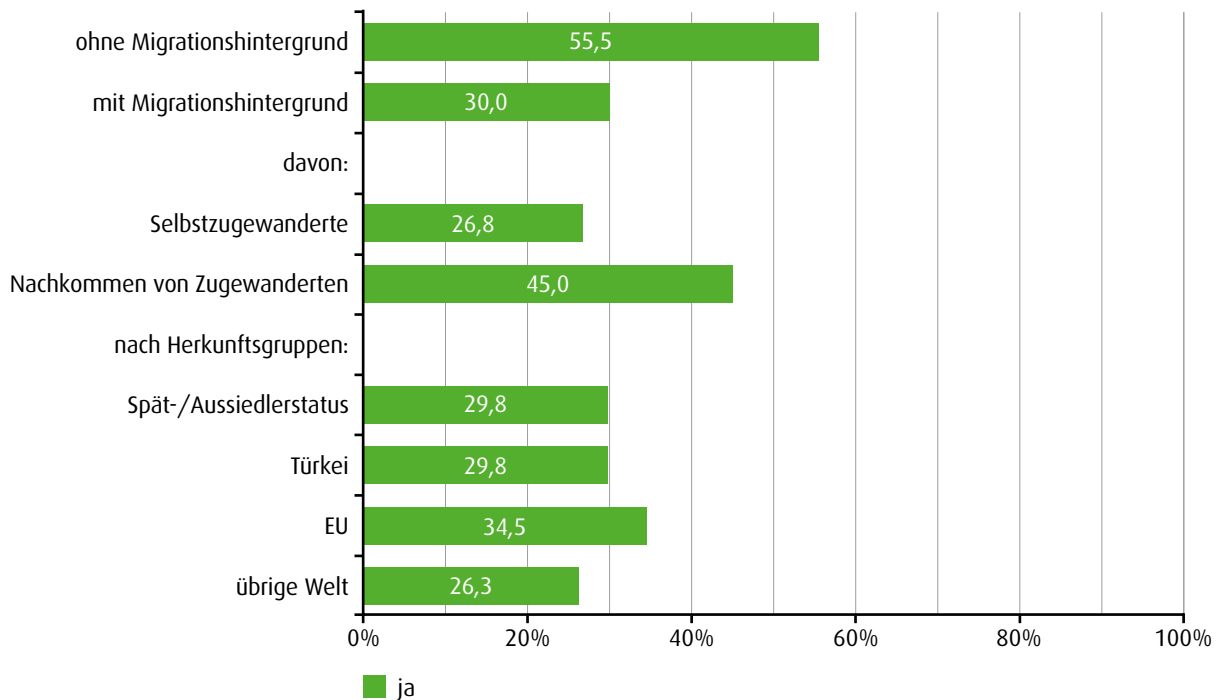
55 Dieses anderen Studienbefunden widersprechende Ergebnis könnte sich zumindest in Teilen darauf zurückführen lassen, dass im Rahmen von EDCAS Befragungen nur dann realisiert wurden, wenn die Kontaktierten über die Sprachfertigkeit verfügten, das Interview auf Deutsch oder Türkisch – den beiden einzigen „angebotenen“ Sprachen – zu führen (Schaeffer et al. 2011: 4). Aufgrund der Bedeutung von Sprachkenntnissen für zivilgesellschaftliches Engagement (vgl. Huth 2012: 2; Vogel/Simonson/Tesch-Römer 2017: 631) sind daher Selektionseffekte im Sinne eines *overreporting* der Vereinsmitgliedschaftsraten bei den Befragten mit Migrationshintergrund zu vermuten.

56 Gemäß deskriptiver Verteilung sind Menschen mit einem EU-Migrationshintergrund häufiger in Vereinen aktiv als Türkeistämmige, Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler oder Zugewanderte bzw. ihre Nachkommen aus der „übrigen Welt“. Die unterschiedlich hohen Anteile an Vereinsmitgliedern in den Herkunftsgruppen sind allerdings vollständig mit der differierenden Aufenthaltsdauer sowie dem je nach Herkunftsgruppe unterschiedlichen durchschnittlichen Bildungsniveau zu erklären.



Abb. 9 Anteile an Vereinsmitgliedern (nach Migrationshintergrund, Generationenzugehörigkeit und Herkunftsgruppen der Befragten)

„Außerhalb von Politik kann man sich auch auf andere Weise engagieren.
Sind Sie Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation,
z. B. in den Bereichen Gewerkschaft, Umwelt, Kultur, Freizeit oder Sport?“



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Deutschland, ihren Sprachkenntnissen sowie ihrem Geschlecht.

So sind etwa 68 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund, die über ein höheres Bildungsniveau verfügen, Mitglied in einem Verein (Tab. 2). Bei den Höhergebildeten mit Migrationshintergrund sind es rund 37 Prozent. Bei Personen mit niedrigem Bildungsniveau liegen die entsprechenden Anteile bei rund 44 Prozent (ohne Migrationshintergrund) und etwa 23 Prozent (mit Migrationshintergrund). Neben dem verhältnismäßig starken Bildungseffekt sind die Geschlechterdifferenzen auf den ersten Blick unwesentlich. Dies ist eher überraschend, denn in der Vergangenheit ist wiederholt eine häufigere Vereinszugehörigkeit von Männern festgestellt worden (Pokorny 2016: 21; Vogel/Simonson/

Tesch-Römer 2017: 617). Ein differenzierter Blick auf die Befunde einzelner Herkunftsgruppen zeigt allerdings, dass Männer insbesondere in den Herkunftsgruppen Spät-/Ausgesiedelte und Türkei häufiger Vereinsmitglieder sind als Frauen. So berichten Spät-/Aussiedler zu rund 37 Prozent von einer Vereinsmitgliedschaft, Spät-/Aussiedlerinnen nur zu etwa 24 Prozent. Türkeistämmige Männer liegen mit rund 32 Prozent nicht ganz so deutlich vor türkeistämmigen Frauen (27,1 %).⁵⁷

Während in der Herkunftsgruppe EU keine Geschlechterdifferenz festgestellt werden kann, sind Männer aus der „übrigen Welt“ mit etwa 23 Prozent seltener Mitglieder in einem Verein als Frauen (rund 30 %). Die Differenzen sind allerdings nicht signifikant, sobald man die unterschiedlichen Bildungsniveaus

⁵⁷ Bei türkeistämmigen Befragten ist die insgesamt moderate Geschlechterdifferenz nicht signifikant. Anders ausgedrückt liegt der Geschlechterunterschied innerhalb der Fehlertoleranz der Stichprobe und muss nicht in der Grundgesamtheit vorliegen.

Tab. 2 Vereinsmitgliedschaft von Befragten nach Sprachkenntnissen und soziodemografischen Merkmalen (in Prozent)

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
hohes Bildungsniveau	68,0	36,8
mittleres Bildungsniveau	54,0	29,6
niedriges Bildungsniveau	43,7	22,5
Frauen	55,9	29,2
Männer	55,0	30,7
bis 10 Jahre in Deutschland	/	18,8
11 Jahre und länger in Deutschland	/	31,4
in Deutschland geboren	/	45,0
eher/sehr schlechte Deutschkenntnisse	/	10,0
eher/sehr gute Deutschkenntnisse	/	33,3
Süddeutschland (BW, BY, RP, HE, SL)	61,7	31,7
Norddeutschland (NW, NI, SH)	54,2	30,0
Ostdeutschland (TH, ST, SN, MV, BB)	47,3	22,9
Stadtstaaten (HB, HH, BE)	46,0	24,5
gesamt	55,5	30,0

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

von Männern und Frauen mit dem Migrationshintergrund „übrige Welt“ betrachtet. Weibliche Befragte dieser Herkunftsgruppe verfügen durchschnittlich über höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Die Geschlechterdifferenz erklärt sich hier also allein durch die verschiedenen durchschnittlichen Bildungsniveaus. Anders verhält es sich bei Spät-/Ausgesiedelten. Hier sind die Geschlechterdifferenzen nicht mit geschlechtsspezifischen Unterschieden im Bildungsniveau oder in anderen sozioökonomischen Merkmalen zu erklären. Offensichtlich spielen hier sonstige, an dieser Stelle nicht erfasste Faktoren eine Rolle (z. B. Sozialisationserfahrungen, Geschlechterrollen).

Erwartungsgemäß besteht zwischen einer Vereinsmitgliedschaft von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Aufenthaltsdauer in Deutschland und ihren Sprachkenntnissen ein enger Zusammenhang. Jüngst Zugewanderte sowie Zuwanderer und

Zuwanderinnen mit schlechten Deutschkenntnissen sind deutlich seltener Vereinsmitglieder. Die Sprachkenntnisse spielen hier auch unabhängig von der Dauer des Aufenthalts in Deutschland eine Rolle. Wie bereits eingangs erwähnt, sind in jüngster Zeit Zugewanderte in der Orientierungsphase sehr wahrscheinlich mit dem Ankommen beschäftigt und daher zunächst zurückhaltend mit einem Vereinseintritt. Entsprechend den Analysen scheint die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit keinen Einfluss auf eine Vereinsmitgliedschaft zu haben, wenn man gleichzeitig die Aufenthaltsdauer berücksichtigt (vgl. Vogel/Simonson/Tesch-Römer 2017: 618).

Vereinskultur in Süddeutschland am stärksten, in Ostdeutschland am schwächsten

Die Möglichkeit, sich in einem Verein zu engagieren, wird nicht zuletzt von strukturellen Faktoren beein-



flusst (vgl. Kausmann/Simonson 2017: 573). Die wirtschaftliche Lage und Infrastruktur einer Kommune, aber auch Vereinstaditionen können potenzielle Vereinsarbeit einschränken oder begünstigen. Auf Basis des Freiwilligensurveys ist für Deutschland mehrfach nachgewiesen worden, dass freiwilliges Engagement⁵⁸ je nach Bundesland teilweise deutlich unterschiedlich ausfällt (vgl. ebd.). So ist das freiwillige Engagement in den ostdeutschen Flächenländern schwächer ausgeprägt als in den westlichen. Neben diesem Ost-West-Gefälle ist auch ein (etwas schwächer ausgeprägtes) Nord-Süd-Gefälle erkennbar. So weisen Bayern und Baden-Württemberg insgesamt die höchsten Engagement-Anteile auf. Auch in den Stadtstaaten engagieren sich die Menschen im Durchschnitt weniger als in den südlichen Bundesländern. Diese Verteilung wird im SVR-Integrationsbarometer 2020 grundsätzlich bestätigt (Tab. 2).

Menschen ohne Migrationshintergrund sind mit rund 62 Prozent am häufigsten im Süden Deutschlands Mitglied in einem Verein und mit etwa 46 Prozent am seltensten in den Stadtstaaten und ähnlich gering in den ostdeutschen Flächenländern.⁵⁹ Für Menschen mit Migrationshintergrund lässt sich bei genauer Betrachtung der Daten hingegen lediglich zwischen den Stadtstaaten und Süddeutschland ein signifikanter Unterschied feststellen. Die vor allem mit Blick auf die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund geschilderte geografische Ungleichverteilung des freiwilligen Engagements bzw. der Vereinszugehörigkeit stellt eine Konstante dar. Die Autorinnen und Autoren des Freiwilligensurveys verweisen darauf, dass insbesondere die differierenden Befunde in West- und Ostdeutschland trotz des zuletzt festgestellten allgemeinen Anstiegs der Engagementquoten bestehen bleiben (Kausmann/Simonson 2017: 599).

Muslime engagieren sich besonders häufig für Integration und/oder den Erhalt der Kultur ihres Herkunftslandes

Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich nicht nur in Vereinen, deren Angebote an alle Mitglieder der Gesellschaft gerichtet sind, sondern bisweilen auch dort, wo primär die Mitglieder der eigenen ethnischen Community in den Blick genommen werden. Diese Vereine können Begegnungsräume schaffen, die sich der Pflege des Heimatgefühls widmen und spezielle Integrationsangebote in der Herkunftssprache bereitstellen. Ein großer Teil dieser an der eigenen Community ausgerichteten Vereine greift Aspekte der islamischen Religionsausübung auf und bietet entsprechende Angebote (vgl. Klöckner 2016: 87). Zugewanderte islamischen Glaubens mit dem Wunsch, diesen innerhalb eines Vereins auszuleben, konnten während der ‚Gastarbeiter-Ära‘ nicht auf eine vorhandene Vereinsinfrastruktur zurückgreifen. Auch innerhalb der Arbeiterwohlfahrt konnten aufgrund der religiösen Neutralität des Vereins etwa muslimische Mitglieder keine religiösen Dienstleistungen anbieten (vgl. ebd.; Halm/Sauer 2006: 22). Deshalb wurden neue Vereine gegründet, die zum Beispiel auch Rückführungen von Verstorbenen anboten. Nach Jahrzehnten der Zuwanderung von Muslimen sind diese Vereine jedoch nicht länger ausschließlich Orte der Religionsausübung. Vielmehr treten die in verschiedenen Dachverbänden organisierten Vereine heute auch als Vertreter der Muslime in Deutschland sowie als Ansprechpartner für die Politik auf (vgl. Klöckner 2016: 88; Halm/Sauer 2007: 10; Info-Box 3).

Das SVR-Integrationsbarometer 2020 zeigt, in welchem Ausmaß sich Menschen mit Migrationshintergrund in migrantisch geprägten Vereinen engagieren. Dazu wurde ein mehrstufiges Verfahren gewählt: Zunächst wurden alle Teilnehmenden danach gefragt, ob sie Mitglied in mindestens einem Verein

58 Im Freiwilligensurvey wird freiwilliges Engagement definiert als Übernahme eines Amtes oder einer Aufgabe in mindestens einem von 14 gesellschaftlichen Bereichen (vgl. Simonson et al. 2017: 37). Nur sofern die Befragten eine konkrete (unentgeltliche oder mit einer Aufwandsentschädigung versehene) Aufgabe benennen können, die sie übernommen haben, gelten sie als freiwillig engagiert. Nimmt die befragte Person hingegen nur an gemeinschaftlichen Aktivitäten (z. B. einem Sportfest) teil, gilt sie als gesellschaftlich aktiv. Weiterhin werden im Freiwilligensurvey sog. informelle Unterstützungsleistungen erfasst. Diese beinhalten z. B. nachbarschaftliche Hilfe, die vorwiegend nicht im öffentlichen Raum stattfindet. Die Abgrenzung insbesondere dieser Leistungen im privaten Nahbereich von gesellschaftlichen Aktivitäten ist nicht immer trennscharf (vgl. ebd.).

59 Dabei ist die Differenz zwischen den Stadtstaaten und den ostdeutschen Flächenländern nicht signifikant.

sind. Wurde dies bejaht, erfolgte die Nachfrage, ob darunter ein Verein sei, der sich entweder für Integration oder den Erhalt der Kultur des Herkunftslandes einsetzt. Weiterhin wurde gefragt, ob sie einem Verein angehören, dessen Mitglieder überwiegend aus demselben Land kommen wie sie selbst bzw. ihre Eltern. Eine Zusammenfassung der Angaben zu allen drei Fragen ermöglicht somit die Ermittlung der Mitgliedschaft in Vereinen, die sich für Integration oder den Erhalt der Kultur des Herkunftslandes einsetzen und deren Mitglieder aus dem gleichen Herkunftsland stammen.

Die Auswertungen zeigen: **Insgesamt engagieren sich drei von zehn Befragten in einem Verein für den Erhalt der Kultur ihres Herkunftslandes oder für Integration. Etwas mehr als die Hälfte davon (etwa 17 % aller Vereinsmitglieder mit Migrationshintergrund) sind in Vereinen engagiert, die sich für den Erhalt der Herkunftslandkultur bzw. für Integration einsetzen und deren Mitglieder überwiegend aus dem gleichen Land stammen.** Unter den muslimischen Befragten beträgt dieser Anteil etwa 38 Prozent; bei Vereinsmitgliedern, die keiner Religion angehören, liegt der Anteil bei rund 9 Prozent.⁶⁰

Der verhältnismäßig große Anteil muslimischer Vereinsmitglieder, die sich in Vereinen für den Erhalt der Kultur ihres Herkunftslandes bzw. für Integration einsetzen, sollte in Relation zu den unterschiedlichen Vereinsmitgliederanteilen der Religionsgruppen insgesamt gesehen werden. So engagieren sich christliche Befragte mit Migrationshintergrund zu rund 31 Prozent in Vereinen, muslimische zu etwa 23 Prozent und keiner Religion Angehörige zu ca. 24 Prozent. Damit sind Zugewanderte und ihre

Nachkommen, die sich zum Islam bekennen, ebenso häufig Mitglied in Vereinen wie Personen ohne Religionszugehörigkeit, aber deutlich seltener als solche mit christlicher Religionszugehörigkeit. Liegt eine Vereinsmitgliedschaft vor, ist es bei Muslimen jedoch deutlich wahrscheinlicher, dass sie sich für den Erhalt ihrer Herkunftskultur oder für Integration einsetzen. Dieser Befund verdeutlicht die wichtige Rolle der Vereine für die Bereitstellung religiöser Dienstleistungen.

4.2 Vereinsungebundenes Engagement

Zivilgesellschaftliche Aktivität findet in erheblichem Maße auch außerhalb organisierter und mitgliederbasierter Vereinsstrukturen statt (s. Kap. 2.2). Entsprechend erfasst das SVR-Integrationsbarometer neben dem vereinsgebundenen auch das vereinsungebundene Engagement. Dabei wurden sowohl Vereinsmitglieder als auch nicht in einem Verein Registrierte nach ihrem freiwilligen Engagement außerhalb solcher Organisationen gefragt. Die Ergebnisse zeigen insgesamt (wie auch bei vereinsgebundenem Engagement) ein deutlich häufigeres Engagement von Menschen ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu Menschen mit Migrationshintergrund (Abb. 10). Etwa vier von zehn Befragten ohne Migrationshintergrund und rund 22 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich außerhalb von Vereinen.⁶¹ Das Engagementniveau der befragten Nachkommen von Zugewanderten ist dabei mit ca. 34 Prozent deutlich näher an demjenigen der Mehrheitsbevölkerung, während Selbstzugewanderte mit

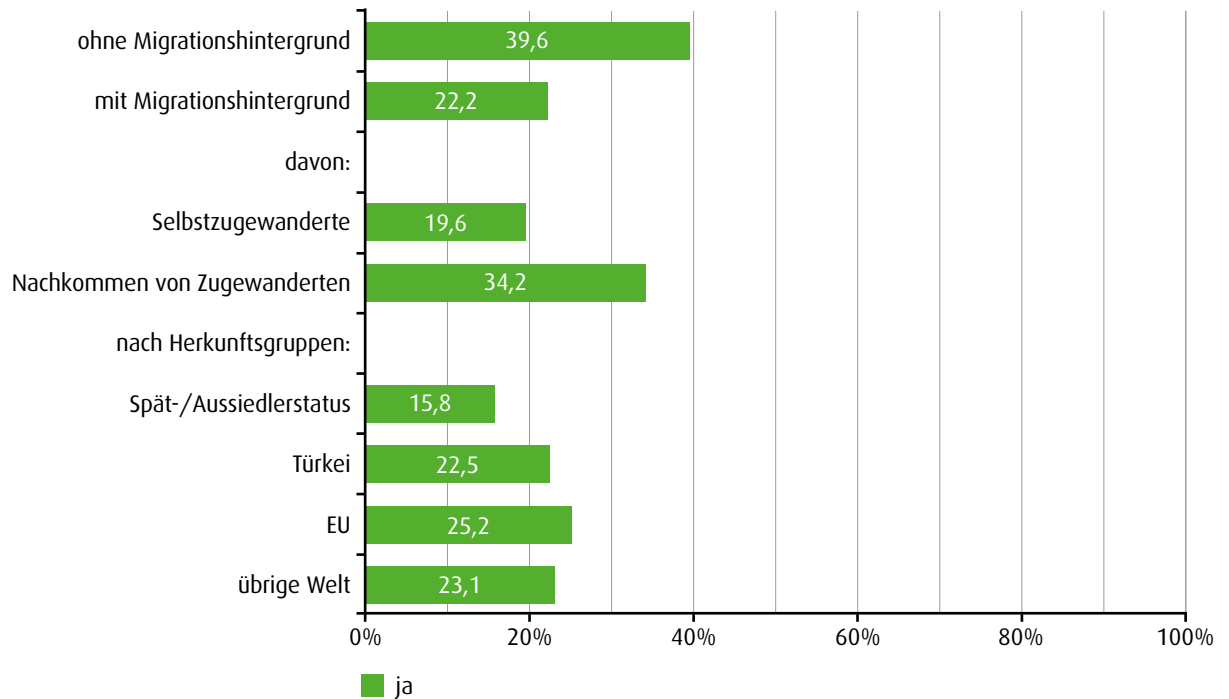
⁶⁰ Die Daten von Befragten, die einer anderen Religion als dem Islam angehören, können aufgrund zu geringer Fallzahlen für diese Konstellation nicht ausgewertet werden. Der hier dargestellte Befund lässt sich in Bezug setzen zu den Ergebnissen einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung auf Basis des EDCAS (Koopmans et al. 2011), in der u. a. untersucht wurde, inwiefern zivilgesellschaftliches Engagement von Personen mit Migrationshintergrund eher auf eigenethnische Vereine bzw. auf Aktionen, die die eigene ethnische Gruppe betreffen, beschränkt bleibt, oder ob es sich auch auf allgemeine Vereine und Ziele erstreckt. Hier ergab sich zwar, dass innerhalb der fünf unterschiedenen Herkunftsgruppen (Türkei, West- und Süd-europa, Osteuropa, ehemalige Sowjetunion, sonstige Drittstaaten) jeweils die Mehrheit der Aktiven in allgemeinen Vereinen Mitglied war bzw. an Aktionen für allgemeine Ziele teilnahm. In der Gruppe der Türkeistämmigen (bei der überwiegend von muslimischer Religionszugehörigkeit ausgegangen werden kann) war jedoch der Anteil derjenigen, die nur in sog. ethnischen Vereinen Mitglied sind bzw. nur an Aktionen für ethnische Ziele teilnehmen, signifikant größer als bei den anderen Herkunftsgruppen (ebd. 27ff., 200f.).

⁶¹ Aufgrund der unterschiedlichen Operationalisierung des freiwilligen Engagements lassen sich die im Folgenden dargestellten Ergebnisse nicht mit den Befunden des Freiwilligensurveys vergleichen (s. Fn. 58).



Abb. 10 Vereinsungebundenes Engagement (nach Migrationshintergrund, Generationenzugehörigkeit und Herkunftsgruppen der Befragten)

„Man kann sich auch freiwillig oder ehrenamtlich engagieren, ohne Mitglied in einem Verein oder einer Organisation zu sein. Haben Sie sich (außerhalb von Vereinsaktivitäten) in den vergangenen zwölf Monaten freiwillig oder ehrenamtlich engagiert?“



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

rund 20 Prozent verhältnismäßig selten engagiert sind. Bei einer herkunftsgruppenspezifischen Betrachtung fällt auf, dass die Anteile der Engagierten zwischen etwa 16 Prozent (Spät-/Ausgesiedelte) und 25 Prozent (EU) variieren.

Bemerkenswerterweise sind diese Unterschiede nicht mit differierenden Bildungsniveaus in den Herkunftsgruppen oder anderen soziodemografischen Merkmalen zu erklären: Spät-/Ausgesiedelte engagieren sich im Vergleich zu allen anderen Herkunftsgruppen signifikant seltener – ein Befund, der sich mit den Ergebnissen einer vor rund zehn Jahren durchgeführten Befragung deckt, bei der – ebenfalls unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Lage – „signifikant geringere Vereinsmitgliedschaftsraten“ bei Personen mit einem Migrationshintergrund aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion festgestellt wurden (Koopmans et al. 2011: 29).

Vereinsungebundenes Engagement: Höhergebildete und Frauen engagieren sich häufiger

Das vereinsungebundene Engagement ist zum Großteil von den gleichen Faktoren abhängig wie das vereinsgebundene Engagement (Tab. 3). So liegt eine starke Korrelation zum Bildungsniveau der Befragten vor, darüber hinaus sind für Menschen mit Migrationshintergrund Sprachkenntnisse von Bedeutung. Auch lassen sich für alle Befragten erneut geografische Unterschiede feststellen. Zudem stellt das Geschlecht einen nicht unwichtigen Faktor dar.

Wie für die Mitgliedschaft in einem Verein ist Bildung der wichtigste erklärende Faktor für vereinsungebundenes Engagement: Der Unterschied bei den Anteilen der Engagierten zwischen Befragten mit niedrigem (ca. 28 %) und hohem Bildungsniveau (ca. 49 %) fällt bei Menschen ohne Migrationshintergrund stark aus (Tab. 3). Bei Menschen mit Migrationshintergrund ist es ähnlich: Hier beträgt die

Tab. 3 Vereinsungebundenes Engagement nach soziodemografischen Merkmalen und Sprachkenntnissen (in Prozent)

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
hohes Bildungsniveau	49,1	28,5
mittleres Bildungsniveau	40,7	20,7
niedriges Bildungsniveau	27,7	17,5
Frauen	42,3	24,8
Männer	36,6	19,7
bis 10 Jahre in Deutschland	/	13,3
11 Jahre und länger in Deutschland	/	23,4
in Deutschland geboren	/	34,3
eher/sehr schlechte Deutschkenntnisse	/	5,9
eher/sehr gute Deutschkenntnisse	/	24,9
Süddeutschland (BW, BY, RP, HE, SL)	42,8	21,7
Norddeutschland (NW, NI, SH)	38,6	23,6
Ostdeutschland (TH, ST, SN, MV, BB)	36,7	15,8
Stadtstaaten (HB, HH, BE)	32,4	22,3
gesamt	39,6	22,2

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Differenz zwischen niedrigem und hohem Bildungsniveau rund elf Prozentpunkte. **Während vereinsungebundenes Engagement insgesamt in ähnlicher Weise mit dem Bildungsniveau zusammenhängt wie vereinsgebundenes Engagement, zeigen sich Abweichungen mit Blick auf die Geschlechter: Innerhalb der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund engagieren sich Frauen signifikant häufiger als Männer.** Eine Geschlechterdifferenz ist auch bei Befragten mit Migrationshintergrund feststellbar. Wie anhand einer genaueren Analyse deutlich wird, ist diese vor allem in den Herkunftsgruppen EU und „übrige Welt“ vorhanden. Demgegenüber gibt es unter Spät-/Ausgesiedelten sowie Türkeistämmigen keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund lässt sich für die unterschiedlich hohen Engagementanteile von Frauen und Männern keine datengestützte Erklärung finden. Mit Blick auf diese Befragtengruppe

sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede zudem ein überraschender Befund. Denn weder hinsichtlich der informellen Unterstützungsleistungen noch des freiwilligen Engagements konnte im Freiwilligen-survey ein häufigeres Engagement von Frauen ohne Migrationshintergrund festgestellt werden (vgl. Vogel et al. 2017: 637ff.).

Deutliche Effekte zeigen sich auch hinsichtlich der Aufenthaltsdauer in Deutschland von Menschen mit Migrationshintergrund: Jüngst Zugewanderte engagieren sich mit rund 13 Prozent etwa 10 Prozentpunkte weniger als schon länger in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien der Aufenthaltsdauer fallen allerdings geringer aus als die Differenz nach Sprachkenntnissen der Befragten. Hier unterscheidet sich das Ausmaß des Engagements von Befragten mit „eher/sehr schlechten“ und Befragten mit „eher/sehr guten“ Deutschkennt-



nissen mehr als dasjenige des vereinsgebundenen Engagements. Wenig überraschend finden sich regionale Unterschiede bei den Engagementanteilen. Diese sind allerdings nur für Personen ohne Migrationshintergrund signifikant.

Wer sich im Verein engagiert, engagiert sich auch häufiger vereinsungebunden – und umgekehrt Vereinsgebundenes und vereinsungebundenes Engagement können einander begünstigen. Dies wird deutlich, wenn in die Analyse zusätzlich zu den soziodemografischen Merkmalen die beiden im SVR-Integrationsbarometer 2020 getrennt erfassten Engagementformen einbezogen werden. **Der wichtigste Befund lautet: Wer Mitglied in einem Verein ist, engagiert sich auch häufiger außerhalb des Vereins. Dieser Zusammenhang gilt auch vice versa: Wer sich außerhalb eines Vereins engagiert, meldet sich mit höherer Wahrscheinlichkeit in einem Verein an.**⁶² So sind rund 26 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund, die nicht Mitglied in einem Verein sind, vereinsungebunden engagiert. Bei Befragten mit einer Vereinsmitgliedschaft sind es ca. 51 Prozent. Dieser Unterschied ist bei Menschen mit Migrationshintergrund mit rund 13 Prozent (ohne Vereinsmitgliedschaft) und rund 44 Prozent (mit Vereinsmitgliedschaft) noch stärker ausgeprägt. Dieser Zusammenhang verwundert nicht, wenn man berücksichtigt, dass Engagierte in der Regel stärker in ihr Wohnumfeld eingebunden sind, ein größeres soziales Netzwerk besitzen und auf diese Weise häufiger mit weiteren Möglichkeiten des Engagements in Berührung kommen (vgl. Huxhold/Hameister 2017). Auch wenn mit dem SVR-Integrationsbarometer die Kausalrichtung nicht bestimmt werden kann, scheint es naheliegend, davon auszugehen, dass von jeder der beiden Engagementformen ein positiver Effekt auf die jeweils andere wirken kann, und zwar abhängig von der lokalen Vereinslandschaft und Infrastruk-

tur, der Art des Engagements (z. B. Sportverein oder soziales Engagement) sowie weiteren Gelegenheitsstrukturen.

5 Zusammenhang von zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation

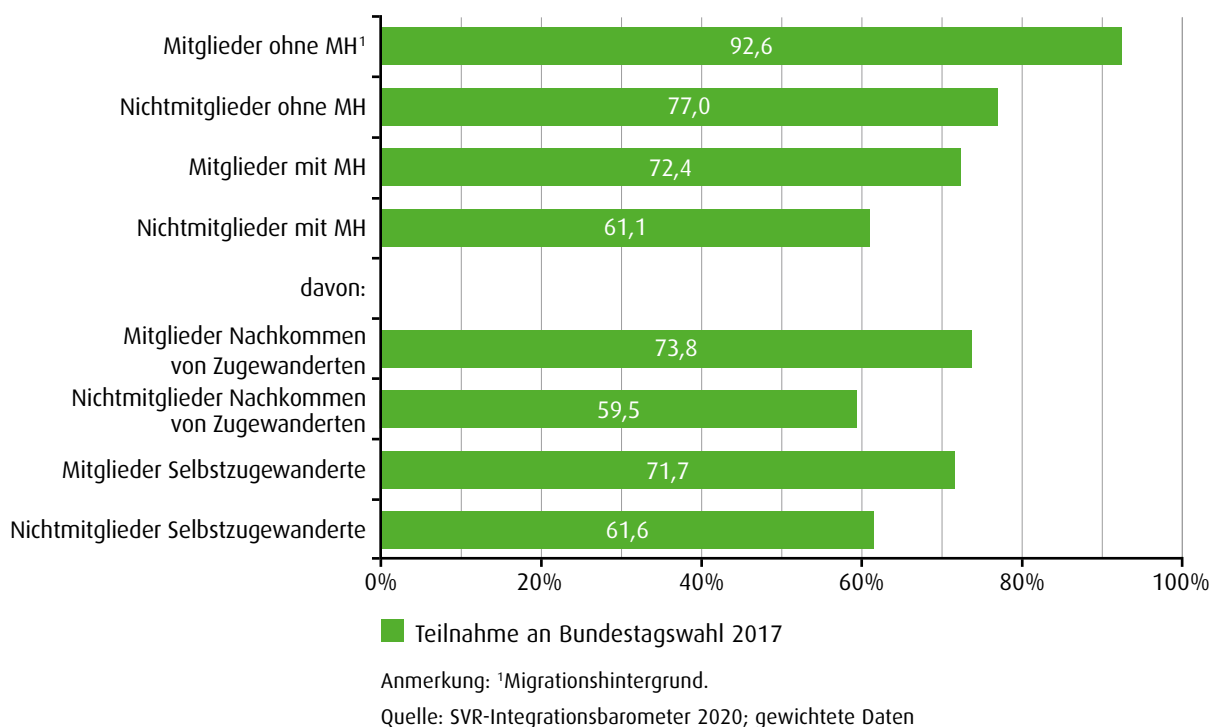
Die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund beteiligen sich insgesamt seltener an Wahlen als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (s. Kap. 3.2). Auch abseits von Wahlen sind Zugewanderte und ihre Nachkommen weniger häufig politisch aktiv (s. Kap. 3.3). Zugleich ist ihr zivilgesellschaftliches Engagement – ob im Rahmen formaler Organisationsmitgliedschaft oder vereinsungebunden bzw. informell – geringer ausgeprägt (s. Kap. 4). Über die in Kapitel 3 und 4 geschilderten Wirkungszusammenhänge hinaus soll nun überprüft werden, ob und wie zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund deren politische Partizipation beeinflusst.⁶³

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 ermöglichen es, Zusammenhänge zwischen vereins(un)gebundenem zivilgesellschaftlichem Engagement und elektoraler wie nichtelektoraler politischer Partizipation zu überprüfen und Befunde sowohl für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch für jene ohne Migrationshintergrund in den Blick zu nehmen. Darauf aufbauend kann auf wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede beim Wirkungszusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft geschlossen werden. Angesichts der Vielfalt der gesellschaftlichen Engagement- wie der politischen Partizipationsfelder versucht das SVR-Integrationsbarometer 2020, diese Phänomene möglichst weitreichend und zusammengefasst zu

⁶² Für die Ermittlung von Kausalrichtungen sind Längsschnittbefragungen notwendig. Beim SVR-Integrationsbarometer handelt es sich um eine Querschnittsbefragung. Bei Ersteren werden dieselben Personen über mehrere Zeitpunkte hinweg wiederholt befragt. Für Querschnittsbefragungen werden bei jeder Auflage neue Befragte rekrutiert.

⁶³ Die für Kap. 4 berechneten Regressionen basieren auf den in Kap. 2 und 3 verwendeten und wurden zunächst um formale Vereinsmitgliedschaft sowie Engagement-Profile ergänzt.

Abb. 11 „Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (nach Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation)



erheben. Daher kann eine differenzierte Aufschlüsselung in einzelne Engagement- oder Partizipationsformen nicht erfolgen.⁶⁴

Vereinsmitglieder wählen häufiger

Die Auswertungen zeigen, dass sowohl Befragte mit als auch solche ohne Migrationshintergrund, die Mitglieder in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation sind, vergleichsweise häufig an der Bundestagswahl 2017 teilgenommen haben (Abb. 11). Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund fällt dieser Zusammenhang deutlicher aus: Hier geben rund 93 Prozent der Vereinsmitglieder (im Vergleich zu 77,0 % der Nichtmitglieder) an, bei der genannten Wahl gewählt zu haben. Demgegenüber sind es bei den Befragten mit Migrationshintergrund rund 72 Prozent (gegenüber rund 61 % ohne Vereinsmit-

gliedschaft). Nachkommen von Zugewanderten, die Vereinsmitglieder sind, geben dabei ähnlich häufig an, wählen gegangen zu sein, wie selbst zugewanderte Vereinsmitglieder.

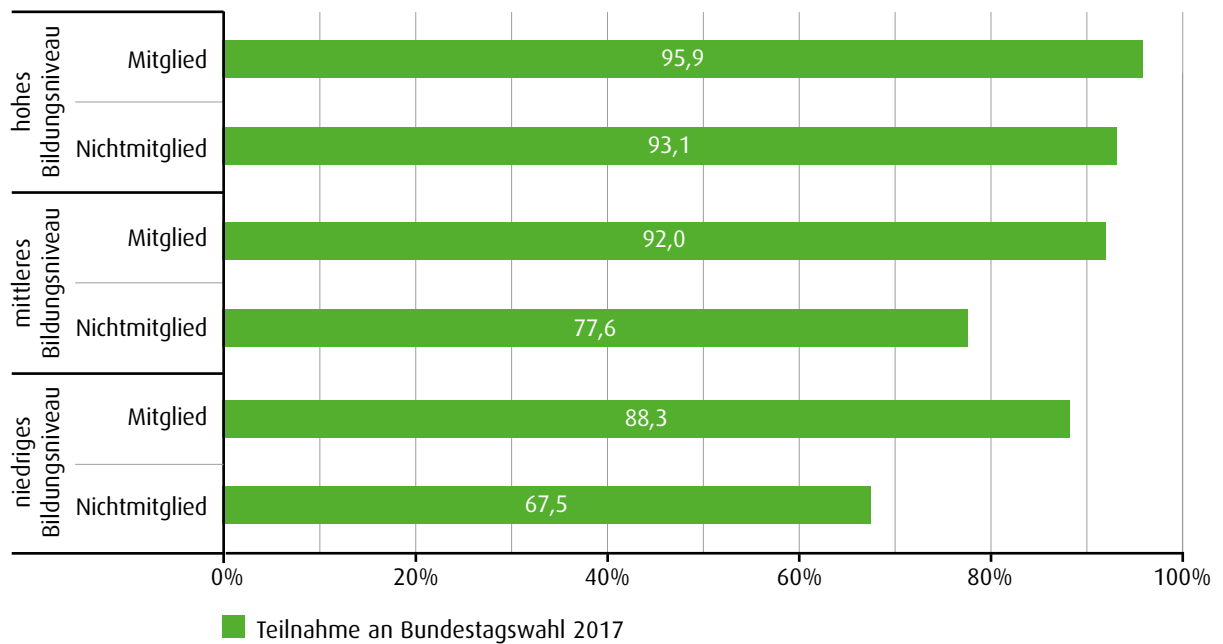
In der Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund zeigt sich, dass insbesondere Personen mit geringem und mittlerem Bildungsniveau häufiger wählen, wenn sie Mitglied in einem Verein sind. Bei Höhergebildeten fällt die Wahlbeteiligung dagegen unabhängig von einer Vereinsmitgliedschaft hoch aus (Abb. 12). Der partizipationsfördernde Einfluss von Vereinsmitgliedschaften wirkt sich demnach in heterogenen Bildungsmilieus unterschiedlich aus.⁶⁵ In zahlreichen Studien gilt höhere Bildung als kausaler Einfluss auf die Wahlteilnahme, wenngleich diese direkte Beziehung durchaus kritisch hinterfragt wird (für einen Überblick vgl. Althoff 2019). Denn Hö-

64 Einschränkung ist zudem allgemein festzustellen: Trotz der im Wesentlichen etablierten positiven Beziehung zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Teilhabe kann es zwischen den vielfältigen Engagement- und Partizipationsformen keinen allgemeingültigen positiven (oder negativen) Zusammenhang geben. Und selbst wenn ein positiver Zusammenhang empirisch nachgewiesen wird, bleibt häufig unklar, ob Vereine tatsächlich politisierend auf ihre Mitglieder wirken oder ob sich dort vielmehr politisch überdurchschnittlich engagierte Individuen sammeln (vgl. von Erlach 2005).

65 Vergleichbare Interaktionseffekte konnten bei Befragten mit Migrationshintergrund nicht nachgewiesen werden.



Abb. 12 „Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (Befragte ohne Migrationshintergrund nach Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation und Bildungsniveau)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

hergebildete zeichnen sich in der Regel durch eine Reihe weiterer Faktoren – etwa ein erhöhtes Politikinteresse (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 211) und eine hohe politische Selbstwirksamkeit (SVR-Forschungsbereich 2019b) – aus, die eine Wahlteilnahme nachweislich begünstigen. **Vor diesem Hintergrund könnte eine Vereinsmitgliedschaft auf Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau möglicherweise stärker partizipationsfördernd wirken, als dies bei Höhergebildeten der Fall ist.**

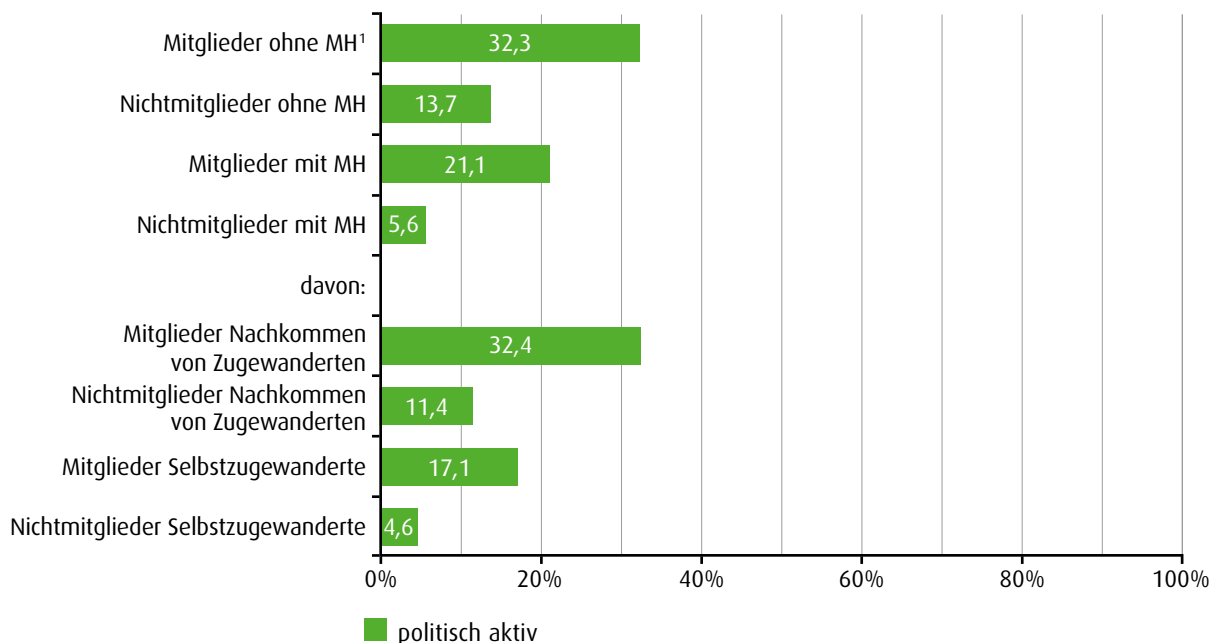
Während zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement durch Vereinsmitgliedschaft und der Wahrscheinlichkeit, an der Bundestagswahl teilzunehmen, ein insgesamt moderater Zusammenhang besteht, ist dieser Konnex im Hinblick auf nichtelektorale Formen der politischen Partizipation stärker (Abb. 13). Vereinsmitglieder beider Befragtengruppen sind deutlich häufiger abseits der Wahlurne politisch aktiv als Befragte, die nicht Mitglied in einem Verein sind. Nachkommen von Zugewanderten, die Mitglied in einem Verein sind, sind ähnlich aktiv wie Vereinsmitglieder ohne Migrationshintergrund. Selbstzugewan-

derte sind dagegen vergleichsweise seltener aktiv, auch wenn sie Vereinsmitglieder sind. Folgt man der These, dass eine Vereinsmitgliedschaft Individuen in der Regel dabei unterstützt, Ressourcen – darunter organisatorische und kommunikative Kompetenzen – aus- bzw. weiterzubilden, lässt sich darüber der ausgeprägte Zusammenhang zwischen Vereinsaktivitäten und nichtelektoraler Partizipation ein Stück weit erklären: Im Vergleich zur Teilnahme an Demonstrationen oder dem Mitwirken in Bürgerinitiativen ist der Wahlakt eine ressourcenarme Partizipationsform – er setzt weder viel Zeit noch politische Rede- oder Planungsfähigkeit voraus (vgl. Müssig 2020: 31). Entsprechende – durch Vereinsaktivität geförderte – Fähigkeiten werden bei nichtelektoralen Formen der politischen Partizipation dagegen stärker vorausgesetzt, was den vergleichsweise engen Zusammenhang zwischen Vereinsaktivität und nichtelektoraler Partizipation möglicherweise begründet.

Zwischenfazit

Zwischen der formalen Mitgliedschaft in einem Verein und elektoraler Partizipation besteht ausweislich

Abb. 13 „Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Bürgerinitiative oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?“ (Aktivität nach Migrationshintergrund und Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation)



Anmerkung: ¹Migrationshintergrund.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

der Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 bei Menschen mit Migrationshintergrund ein leichter Zusammenhang und bei Menschen ohne Migrationshintergrund ein stärkerer Zusammenhang. Hingegen ist die Beziehung zwischen Vereinsmitgliedschaft und nichtelektoraler politischer Partizipation in beiden Gruppen stark ausgeprägt. Allerdings ist eine Betrachtung, in der allein nach Vereinsmitgliedschaft unterschieden wird, zu vereinfachend: Denn zum einen sagt die reine Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation nichts darüber aus, wie intensiv oder häufig das formalisierte zivilgesellschaftliche Engagement betrieben wird. Hinsichtlich potenzieller Effekte auf das Ausmaß politischer Partizipation interessiert dies insofern, als Personen, die im Rahmen einer Vereinsmitgliedschaft häufig aktiv sind, vermutlich auch stärker durch ihr Engagement beeinflusst – in diesem Fall ‚politisch incentiviert‘ – werden. Zudem lassen sich der politischen Partizipation dienliche Fähigkeiten und Kompetenzen vor allem durch regelmäßigen Austausch

(und damit einhergehendem Lernen) akquirieren. Zum anderen existieren neben der formalen Vereinsmitgliedschaft diverse Formen von vereinsungebundenem Engagement (s. Kap. 4.2), die sich auf die elektorale und nichtelektoraler politische Partizipation auswirken können.

Darüber hinaus gilt es festzuhalten, dass sich vereinsgebundenes und vereinsungebunden Engagement nicht gegenseitig ausschließen: Es gibt zahlreiche Mehrfachengagierte, die sowohl inner- als auch außerhalb von Vereinen politisch aktiv sind. Um also Engagementformen in ihrer Vielfalt berücksichtigen zu können und der Tatsache besser gerecht zu werden, dass prägendes Engagement womöglich eine gewisse Mindesthäufigkeit voraussetzt, werden im Folgenden verschiedene Engagement-Profile entworfen. Anhand dieser Profile können weitere hilfreiche Aussagen über den Zusammenhang von zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation getroffen werden.



5.1 Profile zivilgesellschaftlichen Engagements

Um aussagekräftige und trennscharfe Profile zivilgesellschaftlichen Engagements erstellen zu können, sind verschiedene Optionen zu berücksichtigen: Vereinsmitglieder können sich entweder auf ihre dortigen Aktivitäten beschränken oder sich zusätzlich außerhalb des Vereins freiwillig betätigen (Mehrfachengagement). Zivilgesellschaftlich engagierte Nichtvereinsmitglieder sind dagegen per Definition nur außerhalb eines Vereins aktiv. Da in allen Gruppen die Häufigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements variieren kann, wird diese in den nachfolgenden Profilen berücksichtigt. So werden bei der Einordnung in die Profile bei vereinsgebunden wie vereinsungebunden Engagierten nur diejenigen Befragten aus dem SVR-Integrationsbarometer aufgenommen, die zumindest ab und an aktiv sind.

Durch Kombination der genannten Merkmale entstehen vier unterschiedliche Kategorien:

- (1) ausschließlich innerhalb eines Vereins engagiert;
- (2) inner- und außerhalb eines Vereins engagiert;
- (3) ausschließlich außerhalb eines Vereins engagiert;
- (4) (so gut wie) gar nicht engagiert.

Bei der Einteilung der Befragten in die jeweiligen Kategorien wird die Häufigkeit des Engagements berücksichtigt. Vereinsmitglieder, die angeben, in den vorangegangenen zwölf Monaten nie für ihren Verein engagiert gewesen zu sein, werden der Kategorie „(so gut wie) gar nicht engagiert“ zugeordnet.⁶⁶ In dieselbe Kategorie werden außerhalb eines Vereins Engagierte eingruppiert, die nach eigenen Angaben „seltener als einmal im Monat“ oder nur „ganz unregelmäßig“ aktiv geworden sind. Als „engagiert“ (und damit in die Kategorien 1–3) eingeordnet werden also nur diejenigen, die durch regelmäßige Freiwilligenarbeit ein Mindestmaß an sozialem Kapital aufbauen

bzw. aufrechterhalten können. In Abb. 14 ist die Verteilung der Befragten mit bzw. ohne Migrationshintergrund⁶⁷ auf die einzelnen Engagement-Profile dargestellt.⁶⁸

Die Gegenüberstellung der Engagement-Profile von Befragten mit und Befragten ohne Migrationshintergrund zeigt, dass Letztere sich deutlich häufiger (zu rund 47 % gegenüber rund 26 %) regelmäßig in Vereinen bzw. mehrfach engagieren (Abb. 14). In beiden Befragtengruppen ähneln sich die Anteile der Nichtvereinsmitglieder, die angeben, sich regelmäßig zivilgesellschaftlich zu engagieren. Der Anteil derjenigen, die sich (so gut wie) gar nicht engagieren, fällt unter Befragten mit Migrationshintergrund mit rund 67 Prozent deutlich höher aus als bei Befragten ohne Migrationshintergrund (rund 45 %).

5.2 Wahlbeteiligung und nichtelektorale Partizipation unter Berücksichtigung unterschiedlicher Engagement-Profile

Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund ist auffällig, dass regelmäßig engagierte Vereinsmitglieder (rund 90 %) und Mehrfachengagierte (rund 96 %) deutlich häufiger angeben, bei der Bundestagswahl 2017 gewählt zu haben, als Befragte, die sich ausschließlich außerhalb von Vereinen (rund 81 %) oder (so gut wie) gar nicht engagieren (rund 80 %; Abb. 15).

Besonders Mehrfachengagierte in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund partizipieren häufig elektoral: Engagieren sich Vereinsmitglieder zusätzlich außerhalb ihres Vereins, steigt die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe deutlich an. Ausschließlich außerhalb von Vereinen Engagierte verhalten sich hinsichtlich der Stimmabgabe hingegen wie Personen, die (so gut wie) gar nicht engagiert sind.

Unter Befragten mit Migrationshintergrund fallen die Ergebnisse weniger klar aus: Lediglich gar nicht

66 Der Anteil der Vereinsmitglieder, die angeben, in den vorangegangenen zwölf Monaten nie engagiert gewesen zu sein, liegt im niedrigen dreistelligen Bereich.

67 Aufgrund von geringen Fallzahlen in einzelnen Herkunftsgruppen können Engagement-Profile nur für alle Befragten mit Migrationshintergrund insgesamt aufgezeigt und analysiert werden.

68 Aufgrund zu geringer Fallzahlen innerhalb einzelner Engagement-Profile muss im Rahmen der hierzu vorgenommenen Analysen auf die in den anderen Kapiteln erfolgte differenzierte Aufschlüsselung in „Selbstzugewanderte“ und „Nachkommen von Zugewanderten“ verzichtet werden.

Abb. 14 Profile zivilgesellschaftlichen Engagements

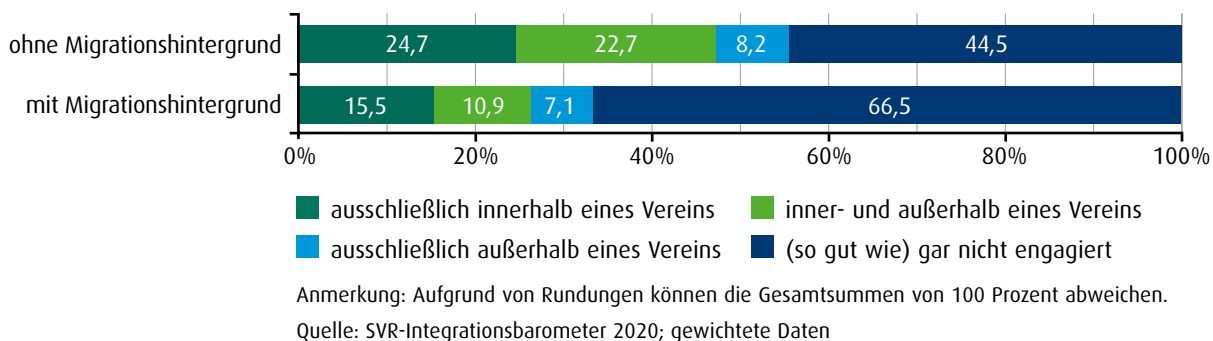
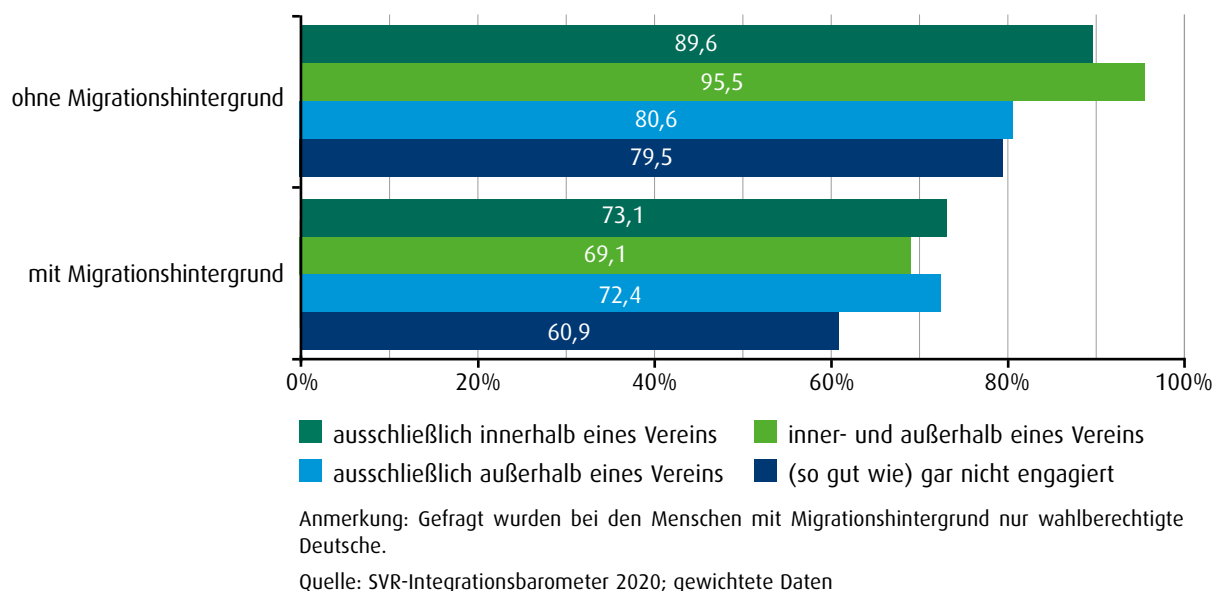


Abb. 15 „Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (Wahlteilnahme nach Migrationshintergrund und Engagement-Profil)



oder so gut wie gar nicht engagierte Personen unterscheiden sich signifikant von Engagierten – sie wählen seltener (zu rund 61 %; Abb. 15). Der bei Befragten ohne Migrationshintergrund festgestellte Partizipationsüberschuss der Mehrfachengagierten ist unter Befragten mit Migrationshintergrund nicht festzustellen.

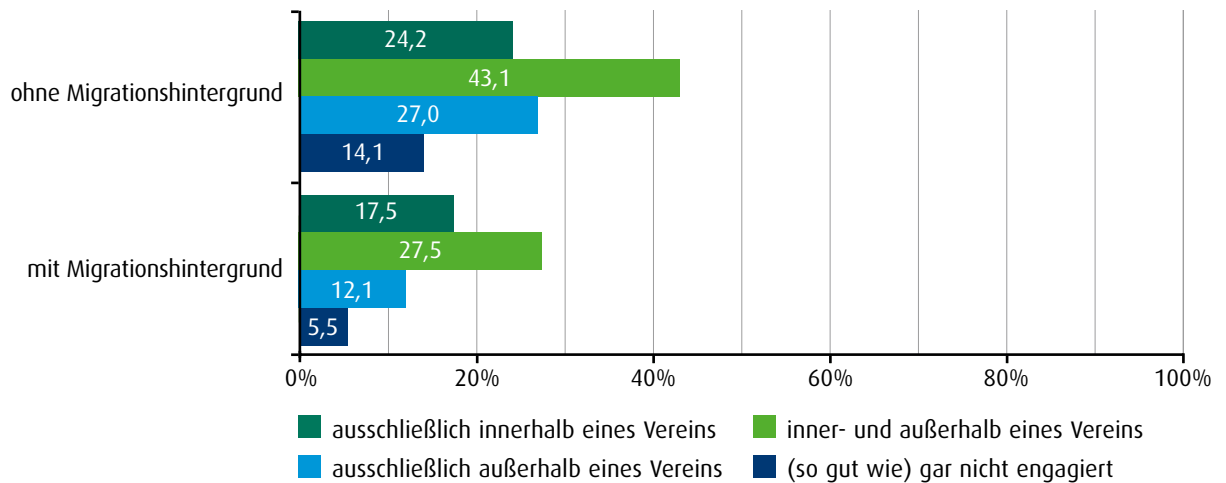
Auch mit Blick auf die nichtelektorale Partizipation – hier exemplifiziert als Teilnahme an politischen Diskussionen und Demonstrationen sowie Mitarbeit in Bürgerinitiativen und Parteien – zeigen sich anhand der vier Engagement-Profile Unterschiede. Im Rahmen der abgefragten politischen Partizipationsmöglichkeiten beteiligen sich Personen, die sowohl

innerhalb als auch außerhalb eines Vereins engagiert sind (Mehrfachengagierte), signifikant häufiger als Zugehörige aller anderen Engagement-Profile. Dieser deutliche Zusammenhang besteht bei Befragten mit wie bei Befragten ohne Migrationshintergrund (Abb. 16).

Unter den befragten Mehrfachengagierten ohne Migrationshintergrund beteiligen sich rund 43 Prozent in irgendeiner Form jenseits von Wahlen politisch (nichtelektorale Partizipation). Ihr Anteil ist wesentlich höher als die Anteile derjenigen Befragten, die sich ausschließlich in einem Verein engagieren (rund 24 %), die sich nur außerhalb eines Vereins engagieren (rund 27 %) bzw. die sich (so gut wie) gar



Abb. 16 „Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Bürgerinitiative oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?“ (Politische Aktivität nach Migrationshintergrund und Engagement-Profil)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

nicht engagieren (rund 14 %). Im direkten Vergleich partizipieren Mehrfachengagierte mit Migrationshintergrund zwar seltener (rund 28 %) nichtelektoral als Mehrfachengagierte ohne Migrationshintergrund (rund 43 %). Innerhalb der Befragtengruppe mit Migrationshintergrund setzen sich Zugehörige dieses Engagement-Profils aber dennoch deutlich von denen der anderen Profile ab (Abb. 16).

Zivilgesellschaftliches Engagement hängt mit politischer Partizipation zusammen

Ob das Engagement nur in einem Verein oder nur außerhalb eines Vereins oder in beiden Bereichen erbracht wird: Zivilgesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe – elektoral wie nichtelektoral – gehen in der Regel Hand in Hand. **Keines der hier berücksichtigten Engagement-Profile weist ein niedrigeres Level an politischer Partizipation auf als das der gar nicht bzw. so gut wie nicht Engagierten – ein Befund, der sich auch mit früheren empirischen Studien deckt.**⁶⁹ Die diesbezüglich deutlichsten Unterschiede bestehen bei der nichtelektoralen Partizipation von Befragten mit Migrationshintergrund:

Hier beteiligen sich Mehrfachengagierte – Personen, die zugleich inner- und außerhalb eines Vereins zivilgesellschaftlich aktiv sind – etwa fünfmal so häufig wie (so gut wie) gar nicht Engagierte. Auch in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund fällt diese Differenz sehr deutlich aus: Mehrfachengagierte in dieser Befragtengruppe partizipieren etwa dreimal so häufig nichtelektoral wie gar nicht oder so gut wie nicht Engagierte.

Die Unterschiede in der elektoralen politischen Partizipation von ausschließlich innerhalb bzw. außerhalb von Vereinen engagierten Personen fallen weniger deutlich aus: Nur-Vereinsmitglieder ohne Migrationshintergrund wählen häufiger als ausschließlich vereinsungebunden engagierte Menschen, während beide Gruppen unter Zugewanderten in puncto Wahlteilnahme etwa gleichauf liegen. Bei der nichtelektoralen Partizipation ist das Verhältnis genau umgekehrt: Hier bestehen kaum nennenswerte Partizipationsunterschiede in den entsprechenden Befragtengruppen ohne Migrationshintergrund, während nur im Verein engagierte Personen mit Migrationshintergrund häufiger als nur außerhalb vom

⁶⁹ „Wer sozial nicht aktiv ist, hat eine relativ große Chance zu den politisch Inaktiven zu gehören“, wird beispielsweise als Kernergebnis einer umfangreichen Kommunalbefragung in Mannheim festgehalten (von Deth 2016: 144).

Verein Engagierte nichtelektoral teilhaben, also an politischen Diskussionen, Demonstrationen oder etwa einer Bürgerinitiative mitwirken.

Zwar kann mit Blick auf Vereine und gemeinnützige Organisationen auch anhand der im Rahmen dieser Studie analysierten Daten nicht beantwortet werden, ob Mitgliedschaften tatsächlich kausal politisierend wirken – oder ob Vereine und Organisationen bedingt durch Selbstselektionsprozesse Sammelbecken politisch interessierter und involvierter Menschen sind. Auch dass zivilgesellschaftliches Engagement sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einzelne Formen nichtelektoraler Partizipation – etwa die Teilnahme an einer Demonstration vs. die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative – unterschiedlich auswirkt, kann hier nicht berücksichtigt werden. Trotz dieser Einschränkungen wird ein zum Teil sehr deutlicher Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation offenkundig.

6 Handlungsempfehlungen und Fazit

Die im Rahmen des Projekts „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“ vorgenommenen Sonderauswertungen des SVR-Integrationsbarometers eröffnen einen aktuellen und differenzierten Blick auf die politische Partizipation und das zivilgesellschaftliche Engagement in der Einwanderungsgesellschaft. Dabei lassen sich sowohl Befunde zur gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus der bisherigen Forschung validieren als auch neue Erkenntnisse gewinnen – nicht zuletzt zu der komplexen Frage, welche Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation (durch Wahlbeteiligung oder nichtelektorale Formen) und zivilgesellschaftlichem, ‚nichtpolitischem‘ Engagement (vermittelt über Vereinsmitgliedschaften oder informelle Kanäle) bestehen.⁷⁰

Die Ergebnisse bestätigen das bereits in anderen Studien mehrfach nachgewiesene Partizipationsdefizit der Bevölkerung mit Migrations-

hintergrund: Im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nehmen Zugewanderte und ihre Nachkommen im Schnitt seltener an der Bundestagswahl teil (sofern sie Deutsche sind), weisen ein geringeres Niveau an sonstiger nichtelektoraler politischer Aktivität auf und sind auch weniger in zivilgesellschaftlichen Kontexten engagiert, sei es vermittelt über die Mitgliedschaft in Vereinen oder durch vereinsungebundenes Engagement. Dieser Befund gilt auch unter Kontrolle soziodemografischer Variablen wie Bildung, Erwerbssituation oder Alter, wenngleich sich ein großer Teil der ‚Teilhabelücke‘, die sich beim oberflächlichen Vergleich der Partizipations- und Engagementquoten von Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund zeigt, durch die im Schnitt ungünstigere Ausstattung mit entsprechenden Ressourcen erklären lässt.

Beide Formen der gesellschaftlichen Teilhabe – politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement – stehen in einem Zusammenhang. Unter den Zugewanderten und ihren Nachkommen, die sich zivilgesellschaftlich betätigen, finden sich auch höhere Partizipationswerte im Hinblick auf Wahlbeteiligung und nichtelektorale Formen der politischen Teilhabe: **Wer zivilgesellschaftlich engagiert ist, geht – sofern sie oder er die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt – mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen oder beteiligt sich anderweitig politisch, insbesondere bei formalisiertem (Vereinsmitgliedschaft), regelmäßigem und mehrfachem Engagement.**

Ohne freiwilliges ehrenamtliches Engagement in der Zivilgesellschaft, sei es qua Vereinsmitgliedschaft oder informell, ist demgegenüber auch die Teilhabe an Politik unwahrscheinlicher. Unter Zugewanderten und ihren Nachkommen zeigt sich dies besonders deutlich: Nur gut 5 Prozent der Nichtengagierten sind jenseits von Wahlen politisch aktiv, etwa durch die Teilnahme an Demonstrationen oder Petitionen, die Mitarbeit in Parteien und Initiativen oder die aktive Beteiligung an politischen Diskussionen; in der Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund sind es

⁷⁰ Die Autorin und die Autoren danken den Teilnehmenden eines Workshops am 20. August 2020, bei dem Zwischenergebnisse der Studie sowie mögliche Handlungsimplikationen mit insgesamt rund einem Dutzend Expertinnen und Experten aus Kommunen, Migrantenorganisationen sowie der Wissenschaft diskutiert wurden.



mit gut 14 Prozent immerhin fast dreimal so viele. Zugänge zu politischer oder zivilgesellschaftlicher Teilhabe zu schaffen, kann bereits einen elementaren Schritt bedeuten. Denn unter Umständen begegnen bis dato weitgehend inaktive Menschen anderen, die wesentlich aktiver sind, und erhalten von ihnen wiederum Anreize für eigene politische oder zivilgesellschaftliche Partizipation. Solche ‚Ansteckungseffekte‘ im Nachbarschafts- und Nahraum finden insbesondere dann statt, wenn von den betreffenden Personen wahrgenommen wird, dass sich Beteiligung lohnt bzw. wenn sie wirkt.

Auf dem Weg zu mehr zivilgesellschaftlicher und politischer Teilhabe: Wer sind eigentlich die Akteure und Akteurinnen der Integrationsförderung?

Die klassischen, strukturellen Teilhabebereiche wie Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen oder Gesundheit zeichnen sich u. a. dadurch aus, dass es im Hinblick auf die Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner gibt, die für die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zuständig sind. Das sind zum Beispiel die Kultusministerien der Länder für die schulische und hochschulische Bildung oder das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesagentur für Arbeit bzw. die kommunalen Jobcenter für die Integration ins Erwerbsleben. **Demgegenüber mangelt es an klaren ‚Zuständigkeiten‘ für die gesellschaftliche Teilhabeförderung. Vielmehr sind unterschiedlichste Akteursgruppen auf allen drei föderalen Ebenen in verschiedener Art und Weise (Rechtsetzung, Konzeptionierung, Förderung) aktiv, und zwar unter maßgeblicher Beteiligung nichtstaatlicher Organisationen.** Dies zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass im gegenwärtigen

Prozess zum Nationalen Aktionsplan Integration (NAPI) der Bundesregierung Bezugspunkte zur politischen Partizipation und zum zivilgesellschaftlichen Engagement in den verschiedensten Phasen und Themenforen hergestellt werden, und zwar unter Federführung bzw. Mitwirkung ganz unterschiedlicher Bundesressorts und -behörden.⁷¹

Bei der politischen Teilhabeförderung werden die Schlüsselakteure und -akteurinnen meist im Bildungswesen gesucht – zuvorderst bei der Aufgabe der breitenwirksamen Ausstattung von Kindern und Jugendlichen mit partizipationsrelevanten Ressourcen im schulischen und vorschulischen Bereich (vgl. Richter 2007 sowie umfassend BMFSFJ 2020: 155–266), vor allem dem Erwerb von „Demokratiekompetenz“ im Politikunterricht (*civic/political literacy*; vgl. Weißen 2008); andererseits in der außerschulischen politischen Bildung durch die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung sowie die (politische) Erwachsenenbildung. **Nicht minder bedeutsam sind jedoch jene Akteursgruppen, die in der Demokratie auf Partizipation existenziell angewiesen sind, darunter Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger auf den unterschiedlichen Ebenen sowie die politischen Parteien,** deren verfassungsgemäße Aufgabe es u. a. ist, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Gerade sie sollten programmatisch auch Personen mit Zuwanderungsgeschichte ansprechen, um für eine bessere Repräsentation dieser Bevölkerungsgruppe und nicht zuletzt für ausreichend Nachwuchs zu sorgen (vgl. Wüst 2011: 131), beispielsweise über die ihnen ideell nahestehenden öffentlich finanzierten Stiftungen. Und schließlich ist es auch an den zahlreichen Migrantenorganisationen bzw. deren Dachverbänden, die ihre Aufgabe auch in der politischen Interessenvertretung für Zugewanderte und ihre Nachkommen sehen (vgl. SVR-Forschungsbereich

71 So beispielsweise mit Bezug zum entwicklungspolitischen Engagement durch sog. Diaspora-Organisationen in der Phase vor der Zuwanderung (Bundesregierung 2020a: 63), zu ehrenamtlichen und informellen Angeboten zum Spracherwerb oder zur Beratung in der Phase der Erstintegration (Bundesregierung 2020b: 26ff.) sowie explizit in den Themenforen „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt als Scharnier der Teilhabe“ in der Phase der Eingliederung (Bundesregierung 2020c: 50ff.) bzw. „Politische Bildung sowie Partizipation in Parteien und Gremien“ oder „Bedeutung von Einbürgerungen“ in der Phase des Zusammenhalts.

2020: 23f.), diesen den Zugang zu politischer Partizipation zu erleichtern.⁷²

Noch breiter ist das Akteursspektrum im Kontext der zivilgesellschaftlichen Teilhabeförderung, die auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen zu finden ist und häufig Schnittmengen zur Förderung politischer Partizipation aufweist. Jüngster Ausdruck ist die im Rahmen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ empfohlene und 2020 qua Gesetz eingerichtete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt, die mit einem Jahresetat von rund 30 Millionen Euro als zentrale Anlaufstelle auf Bundesebene Beratung und Qualifizierung für ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierte bereitstellt sowie Vereine und Initiativen bei der Professionalisierung begleiten soll.⁷³ Daneben sind verschiedene Bundesressorts mit mehrjährigen Programmen in der zivilgesellschaftlichen Engagement- und Demokratieförderung aktiv, darunter das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend⁷⁴ und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.⁷⁵ Auf der Ebene von Ländern und Kommunen ist das Bewusstsein für Engagementförderung bereits seit den 1990er Jahren stark ausgeprägt,⁷⁶ von dort

gingen im Zuge der wahrgenommenen Krise des Ehrenamts maßgebliche Impulse an den Bund aus, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern (vgl. Neumann 2016: 321ff.). Weitere Akteurinnen und Akteure der Ehrenamts- und Engagementförderung sind nicht zuletzt die zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst – sei es auf der Ebene fördernder oder operativer Stiftungen,⁷⁷ von denen insbesondere viele kleinere Institutionen selbst in erheblichem Maße vom freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürger profitieren (Ratajczak/Bischoff 2018), durch Initiativen von Verbänden und Dachorganisationen⁷⁸ oder die organisierte Vereinslandschaft im Sport-, Kultur- und Freizeitbereich unter Einschluss von Migrantenorganisationen.

Vor dem Hintergrund der vielgestaltigen Akteurslandschaft im Bereich der Förderung von politischer Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement wird im Folgenden darauf verzichtet, jeweils spezifische Empfehlungen auszusprechen. Vielmehr geht es überwiegend um allgemeine Handlungsansätze, die sich aus den empirischen Datenanalysen ergeben und die verschiedenen oben genannten Akteursgruppen gleichermaßen adressieren.

72 In diesem Kontext sind die von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der bpb geförderten Projekte „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“, in dessen Rahmen die vorliegende Studie entstand, sowie das Vorläuferprojekt „Vote D – Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017“ zu nennen. Beide Projekte wurden federführend von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung durchgeführt. Während „Vote D“ in fünf Modellkommunen Methoden zur Erhöhung der Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund erprobte (vgl. Pfeffer-Hoffmann 2017), soll bei „BePart“ das Interesse an aktiver Teilhabe geweckt und eine dauerhafte Beteiligung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte an gesellschaftlich relevanten Gremien erreicht werden. In beiden Projekten waren Migrantenorganisationen als Träger von lokalen Teilprojekten die implementierenden Akteure und Akteurinnen.

73 Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt vom 25. März 2020 (BGBl. I 2020, S. 712); <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/> (08.12.2020).

74 Mit dem 2015 begonnenen Programm „Demokratie leben!“, dessen aktuelle Phase bis 2024 läuft und das im Jahr 2020 mit 115,5 Mio. Euro ausgestattet worden ist (<https://www.demokratie-leben.de/>; 08.12.2020), sowie dem Programm „Menschen stärken Menschen“, mit dem auf der Basis einer 2016 initiierten ehrenamtlichen Betreuung und Integration von Geflüchteten seit 2018 bürgerschaftliches Engagement in Form von Patenschaften breit unterstützt wird, aktuell mit rund 18 Mio. Euro im Jahr 2020 (<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/menschen-staerken-menschen>; 08.12.2020).

75 Mit dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe – Programm für bürgerschaftliches Engagement und demokratisches Handeln“, dessen jährliches Fördervolumen von rund 12 Mio. Euro seit 2010 in Modellprojekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe und gegen Extremismus fließt (<https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/>; 08.12.2020).

76 Beispielsweise durch Ehrenamts- oder Freiwilligenagenturen, Engagement- und Ehrenamtsbeauftragte, Landesförderprogramme (vgl. Jakob 2010; Schmid 2010) und die Einrichtung von Netzwerken; vgl. insbesondere das bereits 2002 gegründete Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), an dem derzeit 270 Akteure und Akteurinnen aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft beteiligt sind (<https://www.b-b-e.de/>; 08.12.2020).

77 Vgl. dazu beispielhaft das Projekt „Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung (1998–2004; <http://www.buergerorientierte-kommune.de/>; 08.12.2020).

78 Wegweisend in diesem Zusammenhang ist das bereits 1989 vom Deutschen (Olympischen) Sportbund mit Bundesförderung etablierte Programm „Integration durch Sport“, bei dem mehrere Tausend Sportvereine im Hinblick auf interkulturelle Fragen und Integrationsstrategien beraten wurden (<https://integration.dosb.de/>; 08.12.2020).



Letztlich müssen diese auch nach außen deutlich machen, dass sich Mitgliedschaften und mehr Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund für alle Beteiligten lohnen.

Engagementförderung bei Menschen mit Migrationshintergrund: Vehikel für politische Partizipation und Baustein des gesellschaftlichen Zusammenhalts
Auch wenn aus den Querschnittsdaten des SVR-Integrationsbarometers keine klaren Kausalzusammenhänge abgeleitet werden können, legen die Befunde vor dem Hintergrund der weiteren Forschungsliteratur nahe, dass sich Engagementförderung im Sinne einer Win-win-Situation mittelfristig dahingehend bezahlt machen kann, dass Menschen mit Migrationshintergrund auch politisch besser teilhaben können – bürgerschaftliche Aktivitäten fördern politisches Handeln. Wenngleich nicht jede Form von Vereinsmitgliedschaft unmittelbar (gelungene) gesellschaftliche Integration widerspiegelt oder als Keimzelle für politische Einbindung wirkt, zeigen die Analysen, dass gerade das in Vereinen und Organisationen praktizierte regelmäßige zivilgesellschaftliche Engagement deutlich mit politischer Partizipation, insbesondere mit nichtelektoralen Aktivitäten, korreliert. Zudem hat die zivilgesellschaftliche Einbindung auch für sich genommen einen hohen Wert und wirkt sich tendenziell positiv auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus.

Gleichzeitig deuten die Befunde des Freiwilligensurveys auf ein besonderes Potenzial für zivilgesellschaftliches Engagement unter Menschen mit Migrationshintergrund hin: Zwar ist das Ausmaß des Engagements in dieser Gruppe niedriger als dasjenige der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, jedoch sind unter den bislang nicht engagierten Zugewanderten und ihren Nachkommen 68,1 Prozent in Zukunft dazu bereit (13,6 % sind „sicher“ bereit, weitere 54,5 % „vielleicht“). Demgegenüber liegt die Quote der Engagementbereiten unter den Menschen ohne Migrationshintergrund bei lediglich 55,8 Prozent (10,8 % „sicher“ und 45,0 % „vielleicht“) (Vogel/Simonson/Tesch-Römer 2017: 617f.). Engagement-

förderung trifft hier also auf fruchtbaren Boden – ein Zusammenhang, den die Politik in ihrer über die vergangenen zwei Dekaden entwickelten Engagementpolitik verstärkt beachtet. Sind Menschen mit Migrationshintergrund bis zur Jahrtausendwende vor allem „als Klienten bzw. Adressaten der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft“ wahrgenommen worden, lag der Fokus in den darauffolgenden Jahren zunehmend „auf dem freiwilligen Engagement von und zusammen mit Migranten“ (Neumann 2016: 207). So wurden im zweiten Engagementbericht eine stärkere Hinwendung zum tatsächlichen Engagement der Menschen mit Migrationshintergrund sowie (im Rahmen eines ausführlichen Kapitels) eine Ausweitung der interkulturell orientierten Vernetzung empfohlen (BMFSFJ 2017: 192–221).

In diesem Kontext ist auch die Ablösung des Zivildienstes durch den 2011 etablierten Bundesfreiwilligendienst (BFD) zu betrachten.⁷⁹ Der meist sechs- bis 18-monatige Dienst „für das Allgemeinwohl, insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes“ (§ 1 BFDG) steht im Zeichen lebenslangen Lernens und ist – im Gegensatz zum Zivildienst, den als Ersatz für die Wehrpflicht nur Deutsche leisteten – in Anlehnung an das Freiwillige Soziale bzw. das Freiwillige Ökologische Jahr von Anfang an auch für Ausländerinnen und Ausländer offen.

Der BFD wurde zwar als ein Höhepunkt des Trends wahrgenommen, „freiwilliges Engagement verstärkt in die öffentliche Dienstleistungsproduktion einzubeziehen“ (Neumann 2016: 249), auch weil für die durch die Dienstleistenden verrichteten Tätigkeiten de facto die Zahlung des Mindestlohns vermieden wird. Gleichzeitig erhöhten sich aber die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten, den Freiwilligendienst als Instrument der Integration einzusetzen. Denn während die integrativen Effekte des früheren Freiwilligen Sozialen Jahres für Menschen mit Migrationshintergrund sozialwissenschaftlich belegt werden konnten, blieb deren Beteiligung weit unter ihrem Anteil an der Bevölkerung (vgl. Schmidle/Schramkowski/Slüter 2012). Dies

79 Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst (Bundesfreiwilligendienstgesetz – BFDG) vom 28. April 2011 (BGBl. I 2011, S. 687).

änderte sich zwar zum Positiven, jedoch blieben gemäß der Evaluation des BFD von 2015 Freiwillige mit Migrationshintergrund eine „deutlich untererreichte Zielgruppe“ (Huth et al. 2015: 27). Mit dem 2015 aufgelegten Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst (BFD) mit Flüchtlingsbezug“ gelang eine bessere Repräsentation. **Das im Nationalen Aktionsplan Integration formulierte Ansinnen, die Rekrutierung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund durch weitere interkulturelle Öffnung auch für den regulären Bundesfreiwilligendienst zu verbessern (vgl. Bundesregierung 2020c: 53), sollte mit Nachdruck verfolgt werden. Denn Personen, die in der Vergangenheit einen Freiwilligendienst absolviert haben, weisen deutlich höhere Engagementquoten auf als Personen, die dies nicht getan haben; insbesondere bei Menschen mit geringeren Bildungsressourcen wirkt der Dienst als Impulsgeber für weiteres zivilgesellschaftliches Engagement (Vogel/Simonson 2017: 192).**

Mainstreaming oder Gruppenspezifik? Die Gestaltung von Angeboten der Ehrenamtsförderung und der politischen Bildung als Balanceakt

Die Befunde der differenzierten Auswertungen des SVR-Integrationsbarometers, aber auch die praktischen Einblicke in die im Rahmen des Projekts „BePart“ geförderten Aktivitäten in Modellkommunen zeigen, dass bestimmte Gruppen von Zugewanderten und ihre Nachkommen in besonderem Maße einen Partizipations- bzw. Teilhaberückstand aufweisen. Dies rechtfertigt jedoch nicht zwingend Spezialmaßnahmen, insbesondere nicht mit Blick auf einzelne Herkunftsgruppen. So hat in der allgemeinen Integrationsförderung ein Mainstreaming-Ansatz Raum ge-

griffen, den auch der SVR grundsätzlich vertritt. Danach sollen alle Menschen die gleichen Chancen auf Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhalten. Durch Mainstreaming sollen Zugewanderte erreicht werden, „ohne dass sie direkt oder ausschließlich in den Blick genommen werden“ (SVR 2018a: 81). **Dennoch kann es im Einzelfall sinnvoll sein, beispielsweise geschlechts- oder generationenspezifische Angebote zu unterbreiten, insbesondere wenn es um die Schaffung von Erstzugängen geht.** Idealerweise werden diese unter Berücksichtigung sozialräumlicher Gegebenheiten im kommunalen/lokalen Kontext aufgelegt, wo ohnehin der größte Teil der Beteiligungsangebote angesiedelt ist (vgl. Roth 2018: 648).⁸⁰ **So könnte es naheliegen, insbesondere Neuzuwanderer möglichst früh (z. B. in einer Art modularen Fortführung des Integrationskurses, sofern er besucht wird) mit speziellen Angeboten zur politischen Bildung, zur Engagementlandschaft bzw. zur Teilhabeerfahrung zu adressieren – nicht zuletzt weil deren Einstellungen zum Gemeinwesen und zum politischen System im Besonderen häufig vergleichsweise positiv ausfallen. Eine besondere Funktion als Trägerinnen solcher Angebote könnte Migrantenorganisationen zukommen: Durch ihre Community-spezifische Ansprache – nicht zuletzt auch über soziale Medien – gelingt es ihnen wesentlich besser als den ‚Mainstream-Institutionen‘, insbesondere Erstzugänge zu schaffen.** Dabei gelingt die Mobilisierung besser, wenn einerseits ein Bedarf an Beteiligung vermittelt und andererseits deren Wirkung glaubhaft in Aussicht gestellt wird. Dies legen die Erfahrungen mit den kommunalen Aktivitäten im Rahmen des Projekts „BePart“ nahe.⁸¹

80 Jenseits des Mantras, wonach politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung stets am besten ‚vor Ort‘ gelernt und eingeübt werden, gewinnen derzeit möglicherweise auch virtuelle Orte eine stärkere Bedeutung. Zumindest hat die Corona-Pandemie eine vermehrte Nutzung dezentraler und auf Informations- und Kommunikationstechnologie basierender Aktivitäten hervorgebracht. Gerade für Informationsvermittlung, Erfahrungsaustausch und Fortbildungen im Kontext der Teilhabeförderung sollten diese Potenziale nicht unterschätzt werden. So eröffnen sich beispielsweise Möglichkeiten, Akteure und Akteurinnen aus mehreren kleineren Sozialräumen an ganz unterschiedlichen Orten miteinander zu vernetzen und damit Lern- und Austauschprozesse anzustoßen – durchaus auch zwischen Menschen mit Migrationshintergrund, die sich in ähnlichen Situationen befinden, jedoch möglicherweise mehrere Hundert Kilometer voneinander entfernt leben. Gleichwohl ist bei allen Chancen damit zu rechnen, dass Partizipation und Engagement auf der lokalen Ebene und die persönliche Begegnung vor Ort – also die konkrete Erfahrung von Teilhabe – die nachhaltigsten Effekte zeitigen, wenn es um die Wirkung auf ein Konstrukt wie ‚gesellschaftlichen Zusammenhalt‘ geht.

81 Vgl. dazu auch aktuell die Ausführungen zur Bedeutung von Vereinen junger Menschen mit Migrationshintergrund im 16. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2020: 359–361).



*Steigerung der elektoralen Partizipation:
Anstrengungen zur besseren Ausschöpfung
des Einbürgerungspotenzials nutzen*

Jenseits der periodisch wiederkehrenden Diskussion um die Einführung eines kommunalen Wahlrechts auch für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten (vgl. SVR 2021) **sollte im Kontext der Förderung politischer Partizipation wesentlich stärker auf das Ziel fokussiert werden, mehr Menschen mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive einzubürgern.** Die Ressource Recht, die theoretisch einer beachtlichen Anzahl von bereits länger in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen jederzeit offensteht, sollte auch genutzt werden. Der SVR hat verschiedene aufeinander abgestimmte Maßnahmen vorgeschlagen, um die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass Einbürgerung attraktiver wird und sich die Differenz zwischen Einbürgerungsberechtigten und tatsächlich Eingebürgerten verringert. Unter diesen Maßnahmen ist eine breit angelegte Kampagne, bei der potenziell Einbürgerungsberechtigte offiziell angeschrieben und zur Einbürgerung ‚eingeladen‘ werden,⁸² sowie eine „Turbo-Einbürgerung“ besonders gut integrierter Zugewanderter ebenso zu finden wie ein Lösungsvorschlag für das Dilemma der über mehrere Generationen ‚vererbten‘ doppelten Staatsangehörigkeit (vgl. SVR 2014: 119, 149ff.). **Neben einer besseren Ausschöpfung des Einbürgerungspotenzials bleibt zudem die Aufgabe, die bereits wahlberechtigten Personen mit Migrationshintergrund ‚an die Urnen zu kriegen‘, denn ihre Wahlbeteiligung bleibt hinter derjenigen von Menschen ohne Migrationshintergrund zurück. Hier ist nicht nur die politische Bildung, sondern sind vor allem die Parteien gefragt, im Sinne einer Mobilisierung sich und ihre Angebote attraktiver oder allererst (beispielsweise durch mehrsprachige Informationen) zugänglich zu machen.**

Fazit: Potenziale für politisch-gesellschaftliche Partizipation so früh wie möglich ausschöpfen

Der Vorschuss an Vertrauen und Zufriedenheit, den vor allem relativ neu Zugewanderte dem politischen System der Bundesrepublik und seinen Akteurinnen und Akteuren ausweislich des SVR-Integrationsbarometers geben, sollte nicht ‚verspielt‘ werden.

Auch wenn sie nicht sofort Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden können – weil sie nach derzeitigem Recht frühestens nach sechs Jahren eingebürgert werden, wodurch sie die elektoralen Partizipationsmöglichkeiten erlangen –, ihre Offenheit sollte partizipationsfördernd genutzt werden, und zwar auf allen drei im *Civic Voluntarism Model* differenzierten Ebenen. **Im Bereich der Ressourcenförderung könnte zu einem relativ frühen Zeitpunkt an die im Integrationskurs vermittelten politischen Wissensgrundlagen und Handlungsoptionen (vgl. SVR-Forschungsbereich 2019b: 25) angeschlossen werden,** etwa durch Lehr-, Diskurs- und Exkursionsangebote zu Migrantenorganisationen oder zu Akteurinnen und Akteuren der außerschulischen politischen Bildung, in denen die ‚Skills für die Bürgergesellschaft‘ vertieft werden. **Im Bereich der Motivation sollte es primär darum gehen, das Interesse an Politik in Deutschland zu fördern, indem diese verständlich und nachvollziehbar gemacht wird;** dazu sollten auch Überlegungen gehören, die Sprachhürde zu überwinden bzw. zu senken – neben der Nutzung von einfacher Sprache und attraktiven Medien für die Vermittlung ggf. auch durch mehrsprachige Angebote.⁸³ **Im Bereich der Mobilisierung sind verstärkt die etablierten Akteurinnen und Akteure gefragt:** Ihnen muss es nicht nur um das integrationspolitische Ziel der Teilhabesteigerung gehen. Auch legitime Eigeninteressen können zum Tragen kommen – vorrangig etwa, indem sie verstärkt das Potenzial unter Zugewanderten und ihren Nachkommen nutzen, um ‚Nachwuchs-

82 Eine solche Kampagne wurde erstmals 2011 im großen Stil vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg gestartet, mit der sich der Stadtstaat in den Folgejahren im Ländervergleich an die Spitze der Rangskala bei der Einbürgerungsquote setzen konnte (vgl. Thränhardt 2017).

83 So sind Basisinformationen auf der Webseite des Deutschen Bundestages zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Studie (16.11.2020) bereits in 20 Sprachen erhältlich. Anders verhält es sich mit den im Bundestag vertretenen Parteien, die ihre Online-Präsenzen lediglich auf Deutsch anbieten – mit Ausnahme der Linken, die zumindest über ein englischsprachiges Angebot verfügt.

probleme' zu lösen, sei es in den Parteien und ihren Untergliederungen, im Sport oder in sonstigen Engagementbereichen wie der Freiwilligen Feuerwehr.⁸⁴ Wie der Freiwilligensurvey zeigt, ist die Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement bei Menschen mit Migrationshintergrund in überdurchschnittlichem Maße ausgeprägt – dieser Bereitschaft mit attraktiven und barrierefreien Angeboten entgegenzukommen und sie zu nutzen, ist Aufgabe insbesondere der etablierten und institutionell verfassten Akteurinnen und Akteure in der Zivilgesellschaft. Damit steigern diese auch die Chance auf politische Beteiligung.

Mit Blick auf das Ziel der möglichst schnellen Schaffung gleicher politischer Teilhaberechte und Partizipationsmöglichkeiten sollten insbesondere Neuzugewanderte mit der Perspektive eines Daueraufenthaltes möglichst früh – also zu einem Zeitpunkt, an dem sie gegenüber dem politischen System und seinen Akteuren und Akteurinnen vergleichsweise positiv eingestellt sind – ‚abgeholt‘ und für eine aktive Teilhabe interessiert, mobilisiert bzw. mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Für die Integration und den sozialen Zusammenhalt kann frühzeitige gesellschaftliche Teilhabe nicht hoch genug bewertet werden. Auf individueller Ebene können die Menschen zudem die Erfahrung machen, in einem für sie überwiegend positiv konnotierten politischen und gesellschaftlichen System teilzuhaben und darin zu wirken – womöglich sogar mit dem Effekt, dass sie dann schneller und eher eine ‚Vollmitgliedschaft‘ anstreben und die mit einer Einbürgerung verbundenen elektoralen Partizipationsrechte erlangen.

⁸⁴ Anders als die Unternehmen der Wirtschaft bzw. die Akteurinnen und Akteure des dualen Ausbildungssystems, die erkannt haben, dass sie ihren zukünftigen Fachkräftebedarf eher sichern können, wenn das Potenzial der jungen Menschen mit Migrationshintergrund besser ausgenutzt wird, stehen solche Überlegungen bei einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen noch am Anfang.



Literatur

- Althoff, Martin* 2019: Der Nichtwähler: Ein noch immer „unbekanntes Wesen“, in: Politische Vierteljahresschrift 61, 151–174.
- Arzheimer, Kai* 2008: Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002, Wiesbaden.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung* 2016: Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld.
- Ayala, Louis J.* 2000: Trained for Democracy: The Differing Effects of Voluntary and Involuntary Organizations on Political Participation, in: Political Research Quarterly 53, 99–115.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* 2009: Engagiert für Integration. Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus 16 Modellprojekten zum interkulturellen bürgerschaftlichen Engagement, Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* 2016: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg.
- Bandura, Albert* 1997: Self-Efficacy. The Exercise of Control, New York.
- Barber, Benjamin* 1985: Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age, Berkeley/Los Angeles.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max* 1979: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London.
- Barrett, Martyn/Brunton-Smith, Ian* 2014: Political and Civic Engagement and Participation: Towards an Integrative Perspective, in: Journal of Civil Society 10, 5–28.
- Bast, Jürgen* 2013: Denizenship als rechtliche Form der Inklusion in eine Einwanderungsgesellschaft, in: ZAR 33: 10, 353–357.
- Bauböck, Rainer* 2005: Expansive Citizenship: Voting beyond Territory and Membership, in: Political Science and Politics 38: 4, 683–687.
- Behrens, Martin/Brehmer, Wolfram/Zimmer, Barbara* 2017: Gewerkschaften und Migration, in: WSI-Mitteilungen 2/2017, 142–148.
- Beierlein, Constanze/Kemper, Christoph J./Kovaleva, Anastassiya/Rammstedt, Beatrice* 2012: Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzskaala (PEKS). GESIS Working Papers 18, Köln/Mannheim.
- Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.) 2019: Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Gütersloh.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2017: Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2020: 16. Kinder- und Jugendbericht: Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin.
- Bourdieu, Pierre* 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2, Göttingen, 183–198.
- Bourdieu, Pierre* 1984: Distinction: A Social Critique of the Judgement of Taste, Cambridge, MA.
- Bundesregierung* 2020a: Nationaler Aktionsplan Integration. Bericht Phase I – Vor der Zuwanderung: Erwartungen steuern – Orientierung geben, Berlin.
- Bundesregierung* 2020b: Nationaler Aktionsplan Integration. Bericht Phase II – Erstintegration: Ankommen erleichtern – Werte vermitteln, Berlin.
- Bundesregierung* 2020c: Nationaler Aktionsplan Integration. Bericht Phase III – Eingliederung: Teilhabe ermöglichen – Leistung fordern und fördern, Berlin.
- Bundeswahlleiter* 2017: Bundestagswahl 2017: Endgültiges Ergebnis. Pressemitteilung Nr. 34/17 vom 12. Oktober 2017. (https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html, 08.12.2020)
- Caballero, Claudio* 2014: Nichtwahl, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, 437–488.
- Cohen, Aaron/Vigoda, Eran/Samorly, Aliza* 2001: Analysis of the Mediating Effect of Personal-Psychological Variables on the Relationship between Socioeconomic Status and Political Participation: A Structural Equations Framework, in: Political Psychology 22: 4, 727–757.

- Dahl, Robert A. 1989: Democracy and its Critics, New Haven/London.
- D'Amato, Gianni 2001: Vom Ausländer zum Bürger. Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, Münster/Hamburg/London.
- Deiss-Helbig, Elisa/Wüst, Andreas M. 2020: Die gesellschaftliche Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Soziale Partizipation, politische Partizipation und parlamentarische Repräsentation, Berlin.
- van Deth, Jan W. 2001: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen; Opladen, 195–219.
- van Deth, Jan W. 2009: Politische Partizipation, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden, 141–161.
- van Deth, Jan W. 2016: Wer partizipiert (nicht) in der Politik?, in: ders. (Hrsg.): Demokratie in der Großstadt. Ergebnisse des ersten Mannheimer Demokratie Audit, Wiesbaden, 129–151.
- Deutscher Bundestag 2016: Sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland. Ursachen und Lösungsvorschläge. Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste (WD 1-3000-008/15), Berlin.
- Diehl, Claudia 2004: Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenz, in: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden, 231–250.
- Diehl, Claudia/Blohm, Michael 2001: Apathy, Adaptation or Ethnic Mobilisation? On the Attitudes of a Politically Excluded Group, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 27: 3, 401–420.
- Diehl, Claudia/Urbahn, Julia 1998: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- von Erlach, Emanuel 2005: Politisierung in Vereinen. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen der Vereinsmitgliedschaft und der Teilnahme an politischen Diskussionen, in: Swiss Political Science Review 11: 3, 27–59.
- Fick, Patrick/Wöhler, Thomas/Diehl, Claudia/Hinz, Thomas 2014: Integration gelungen? Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich. Ergebnisse einer Mehrthemenbefragung im Auftrag des Ministeriums für Integration Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Filsinger, Dieter 2018: Integrationsmonitoring, in: Geseemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden, 705–722.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin 2008: Politische und soziale Partizipation, in: Gabriel Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Wiesbaden, 268–298.
- Geißel, Brigitte/Kern, Kristine/Klein, Ansgar/Berger, Maria 2004: Einleitung: Integration, Zivilgesellschaft und Sozialkapital, in: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden, 7–15.
- Geißler, Rainer 2014: Facetten der modernen Sozialstruktur. Beitrag vom 16.12.2014. (<https://www.bpb.de/izpb/198045/facetten-der-modernen-sozialstruktur?p=all>, 08.12.2020)
- Goeke, Simon 2011: Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, in: Heimatkunde. Migrationspolitisches Portal der Heinrich Böll Stiftung. Beitrag vom 18.09.2011. (<https://heimatkunde.boell.de/de/2011/09/18/partizipation-von-menschen-mit-migrationshintergrund-innerhalb-von-gewerkschaften-und>, 08.12.2020)
- Goerres, Achim/Spies, Dennis C./Mayer, Sabrina J. 2018: Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutsch-Türken und Russlanddeutschen, Duisburg-Essen/Köln.
- Granovetter, Mark S. 1973: The Strength of Weak Ties, in: The American Journal of Sociology 78: 6, 1360–1380.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina 2006: Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2006: 1–2, 18–24.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland, Wiesbaden.



Heinelt, Hubert 2000: Nachhaltige Entwicklung durch „Agenda 21“-Prozesse. Politikwissenschaftliche Fragen und Überlegungen zur Debatte, in: Heinelt, Hubert/Mühlich, Eberhard (Hrsg.): Lokale „Agenda 21“-Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte, Ergebnisse, Opladen, 51–66.

Hossain, Nina/Friedhoff, Caroline/Funder, Maria/Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke 2016: Partizipation – Migration – Gender. Eine Studie über politische Partizipation und Repräsentation von Migrant_innen in Deutschland, Baden-Baden.

Huth, Susanne 2012: Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund – Barrieren und Türöffner, WISO direkt 12/2012, Bonn.

Huth, Susanne/Aram, Elisabeth/Wagner, Susanne/Engels, Dietrich/Maur, Christine 2015: Abschlussbericht der gemeinsamen Evaluation des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst (BFDG) und des Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (JFDG), hrsg. vom BMFSFJ, Berlin.

Huxhold, Oliver/Hameister, Nicole 2017: Soziale Einbettung und freiwilliges Engagement, in: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden, 499–520.

Integrationsbeauftragte – Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: Der Nationale Integrationsplan – Neue Wege, Neue Chancen, Berlin.

IntMK – Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) 2019: Fünfter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder, Berichtsjahre 2015–2017, Berlin.

Jakob, Gisela 2010: Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Engagementförderung in den Kommunen, in: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden, 233–259.

Karakayalı, Serhat/Giesecke, Johannes/Schrenker, Markus/Foroutan, Naika (2017): Mitglieder mit Migrationshintergrund in der IG Metall. Projektbericht, Berlin.

Kausmann, Corinna/Simonson, Julia 2017: Freiwilliges Engagement in Ost- und Westdeutschland sowie den 16 Ländern, in: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden, 573–600.

Kersting, Norbert 2008: Politische Beteiligung: Beiräte und Kommissionen. Integration von Partikularinteressen, in: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden, 107–122.

Klößner, Jennifer 2016: Freiwillige Arbeit in gemeinnützigen Vereinen. Eine vergleichende Studie von Wohlfahrts- und Migrantenorganisationen, Wiesbaden.

Koopmans, Ruud/Dunkel, Anna/Schaeffer, Merlin/Veit, Susanne 2011: Ethnische Diversität, soziales Vertrauen und Zivilengagement. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. WZB Discussion Paper SP VI 2011-703, Berlin.

Kornelius, Bernhard/Roth, Dieter 2004: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Gütersloh.

Kühne, Peter 2000: The Federal Republic of Germany: Ambivalent Promotion of Immigrants' Interests, in: Penninx, Rinus/Roosblad, Judith (Hrsg.): Trade Unions, Immigration, and Immigrants in Europe, 1960–1993. A Comparative Study of the Attitudes and Actions of Trade Unions in Seven West European Countries, New York/Oxford, 39–64.

Lorenz, Astrid/Träger, Hendrik 2020: Sozialkapital und Demokratie: der ambivalente Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und politischer Partizipation in Deutschland und Sachsen, in: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden, 97–119.

Mediendienst Integration 2020: Oberbürgermeister: Nur 2 Prozent haben einen Migrationshintergrund. Beitrag vom 10.09.2020. (<https://mediendienst-integration.de/artikel/nur-2-prozent-haben-einen-migrationshintergrund.html>, 08.12.2020)

Messing, Vera/Ságvári, Bence 2020: From Landing to Arrival. The Subtle Integration of Immigrants across Western Europe, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest.

- Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung* 2017: Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Wahlverhalten und Partizipation, Berlin.
- Müssig, Stephanie* 2020: Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse, Wiesbaden.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne* 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 des BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Neumann, Daniela* 2016: Das Ehrenamt nutzen. Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland, Bielefeld.
- Niemi, Richard G./Craig, Stephen C./Mattei, Franco* 1991: Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study, in: *American Political Science Review* 85: 4, 1407–1413.
- Nohlen, Dieter* 2003: Wahlen/Wahlfunktionen, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Fünfte, aktualisierte Auflage, Bonn, 677–680.
- Opp, Karl-Dieter* 1985: Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation, in: *Zeitschrift für Soziologie* 14: 4, 282–296.
- Pew Research Center* 2012: Assessing the Representativeness of Public Opinion Surveys. Beitrag vom 15.05.2012. (<https://www.pewresearch.org/politics/2012/05/15/assessing-the-representativeness-of-public-opinion-surveys/>, 08.12.2020)
- Petersen, Thomas/Hierlemann, Dominik/Vehrkamp, Robert B./Wratis, Christopher* 2013: Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Pfeffer-Hoffmann, Christian* (Hrsg.) 2017: Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft, Berlin.
- Pokorny, Sabine* 2016: Aktivität ist ansteckend. Soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin.
- Pries, Ludger/Dasek, Andrea* 2017: Das Verhältnis von Gewerkschaften zur Migration: Ambivalente Orientierungen zwischen Ablehnen, Ausblenden und Ernstnehmen, in: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 10: 1, 39–56.
- Putnam, Robert D.* 2000: *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York.
- Putnam, Robert D./Leonardi, Robert/Nanetti, Raffaela Y.* 1994: *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton.
- Ratajszczak, Theresa/Bischoff, Antje* 2018: Freiwilliges Engagement trägt Stiftungsarbeit. Aktuelle Zahlen und Fakten, in: *Stiftungsfokus* 16, 1–13.
- Richter, Dagmar* (Hrsg.) 2007: Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule, Schwalbach/Ts.
- Ritgen, Klaus* 2018: Integration in ländlichen Räumen – die Rolle der Landkreise, in: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden, 407–431.
- Roller, Edeltraud/Rudi, Tatjana* 2008: Explaining Level and Equality of Political Participation: The Role of Social Capital, Socioeconomic Modernity, and Political Institutions, in: Meulemann, Heiner (Hrsg.): *Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analyses of the European Social Survey 2002*, Leiden, 251–283.
- Roßteutscher, Sigrid* 2009: Soziale Partizipation und Soziales Kapital, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden, 163–180.
- Roth, Roland* 2018: Integration durch politische Partizipation, in: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden, 629–658.
- Sauer, Martina* 2016: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina (Hrsg.): *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration*, Wiesbaden, 255–279.
- Schäfer, Armin* 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4: 1, 131–156.

- Schäfer, Armin* 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a. M./New York.
- Schaeffer, Merlin/Koopmans, Ruud/Veit, Susanne/Wagner, Mareike/Wiedner, Jonas* 2011: The Ethnic Diversity and Collective Action Survey (EDCAS). Technical Report, Berlin.
- Schenkel, Martin* 2007: Engagement macht kompetent. Zivilgesellschaft und informelle Bildung, in: *Forschungsjournal NSB* 20: 2, 111–125.
- Schmid, Josef* 2010: Engagementpolitik auf Landesebene – Genese und Strukturierung eines Politikfeldes (unter Mitarbeit von Christine Brickenstein), in: *Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger* (Hrsg.): *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*, Wiesbaden, 352–381.
- Schmidle, Marianne/Schramkowski, Barbara/Slüter, Uwe* (Hrsg.) 2012: *Integration durch Mitmachen: FSJ für junge Menschen mit Migrationshintergrund*, Freiburg i. Br.
- Schoen, Harald* 2012: Persönlichkeit, politische Präferenzen und politische Partizipation, in: *APuZ* 49-50/2012, 47–52.
- Schönwälder, Karen* 2013: Immigrant Representation in Germany's Regional States: The Puzzle of Uneven Dynamics, in: *West European Politics* 36: 3, 634–651.
- Schönwälder, Karen/Sinanoglu, Cihan/Volkert, Daniel* 2011: Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Schulte, Max* 2015: Mehrfachengagierte und ihre Engagementkarrieren. Typen und Einflussfaktoren, Wiesbaden.
- Sievekling, Klaus* 2008: Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige – „kosmopolitische Phantasterei“ oder Integrationsrecht für Einwanderer?, in: *ZAR* 28: 4, 121–126.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens* 2016: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys*, hrsg. vom BMFSFJ. (<https://www.bmfsfj.de/blob/113702/53d7fdc57ed97e4124ffec0ef5562a1/vierter-freiwilligensurvey-monitor-data.pdf>, 08.12.2020).
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens* (Hrsg.) 2017: *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, Wiesbaden.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Ziegelmann, Jochen P./Tesch-Römer, Clemens* 2017: Einleitung: Freiwilliges Engagement in Deutschland, in: *Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens* (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, Wiesbaden, 31–49.
- Speth, Rudolf* 2015: *Politische Beteiligung: Lage und Trends*. OBS-Arbeitspapier 16, Frankfurt a. M.
- Spies, Dennis C./Mayer, Sabrina J./Goerres, Achim* 2020: What Are We Missing? Explaining Immigrant-Origin Voter Turnout with Standard and Immigrant-Specific Theories, in: *Electoral Studies* 65. (<https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102103>, 08.12.2020)
- Stark, Toralf* 2019: *Demokratische Bürgerbeteiligung außerhalb des Wahllokals. Umbrüche in der politischen Partizipation seit den 1970er-Jahren*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt* 2020a: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2019. Fachserie 1, Reihe 2.2*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt* 2020b: *Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit*. GENESIS-Online-Datenbank, Tabelle 12411-0009 (Stand: 16.11.2020), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt* 2020c: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Einbürgerungen 2019. Fachserie 1, Reihe 2.1*, Wiesbaden.
- Steinbrecher, Michael* 2009: *Politische Partizipation in Deutschland*, Baden-Baden.
- Street, Alex/Schönwälder, Karen* 2019: Understanding Support for Immigrant Political Representation: Evidence from German Cities, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*. (DOI:10.1080/1369183X.2019.1576513)
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2010: *Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer*, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014: Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2015: Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich. Jahresgutachten 2015, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2017: Die Messung von Integration in Deutschland und Europa. Möglichkeiten und Grenzen bestehender Integrationsmonitorings. SVR-Bericht 2017-1, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2018a: Steuern, was zu steuern ist: Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetze leisten? Jahresgutachten 2018, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2018b: SVR-Integrationsbarometer 2018. Methodenbericht. Im April 2020 ergänzte Fassung, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020a: Zusammenrücken in Zeiten der Distanz. SVR-Integrationsbarometer 2020, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020b: SVR-Integrationsbarometer 2020. Methodenbericht, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration 2021: Jahresgutachten 2021, Berlin [erscheint im Mai 2021].

SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2013: Potenzial für Bundestagswahlen: Politische Partizipation von Drittstaatsangehörigen, Berlin.

SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2019a: Anerkannte Partner – unbekannte Größe? Migrantenorganisationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, Berlin.

SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2019b: Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen, Berlin.

SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020: Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft, Berlin.

Thränhardt, Dietrich 2017: Einbürgerung im Einwanderungsland Deutschland. Analysen und Empfehlungen, WISO Diskurs 11/2017, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Uslucan, Hacı Halil 2015: Freiwilliges Engagement von Zuwanderern, in: APuZ 14–15, 28–35.

Verba, Sidney/Nie, Norman H./Kim, Jae-On 1978: Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison, New York.

Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E. 1995: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge, MA.

Verba, Sidney/Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman 1997: Knowing and Caring about Politics: Gender and Political Engagement, in: The Journal of Politics 59: 4, 1051–1072.

Vogel, Claudia/Hameister, Nicole 2017: Mitgliedschaften in Religionsgemeinschaften, in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen und freiwilliges Engagement, in: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden, 235–251.

Vogel, Claudia/Simonson, Julia 2017: Freiwilligendienste als eine Form des freiwilligen Engagements, in: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden, 179–198.

Vogel, Claudia/Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens 2017: Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund, in: Simonson/Julia, Vogel/Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, Wiesbaden, 601–634.

Vogel, Claudia/Simonson, Julia/Ziegelmann, Jochen P./Tesch-Römer, Clemens 2017: Freiwilliges Engagement von Frauen und Männern in Deutschland, in: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, Wiesbaden, 637–646.

Weiss, Karin 2013: Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung, in: Schultze, Günther/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): *Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration. Tagungsdokumentation im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn, 21–31.

Weißeno, Georg (Hrsg.) 2008: *Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat*, Wiesbaden.

Westle, Bettina 2004: Demografischer Wandel und politische Teilhabe, in: Frevel, Bernhard (Hrsg.): *Herausforderung demografischer Wandel. Perspektiven der Gesellschaft*, Wiesbaden, 163–179.

Weßels, Bernhard 2018: Politisches Interesse und politische Partizipation. Datenreport 2018, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. Beitrag vom 14.11.2018. (<https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/278492/politisches-interesse-und-politische-partizipation>, 08.12.2020)

Wetzstein, Matthias/Varga, Marika/Lemcke, Johannes/Richter, Luise/Allen, Jennifer/Liebau, Martin/Schmich, Patrick 2019: Feldphase, in: Häder, Sabine/Häder, Michael/Schmich, Patrick (Hrsg.): *Telefonumfragen in Deutschland*, Wiesbaden, 153–191.

Wilmes, Bernhard 2018: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, in: *Dossier Migration der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*. Beitrag vom 14.05.2018. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/247685/politische-partizipation>, 08.12.2020)

Wüst, Andreas M. 2002: Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, *Opladen*.

Wüst, Andreas M. 2004: Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact, in: *German Politics* 13: 2, 341–359.

Wüst, Andreas M. 2011: Politische Repräsentation von Migranten im Vergleich: Die Rolle von Parteien, in: *Berstelsmann Stiftung* (Hrsg.): *Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration*, Gütersloh, 117–135.

Wüst, Andreas M./Faas, Thorsten 2018: Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. *Empirische Sozialforschung* 9, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund	10
Abb. 2	„Wie stark interessieren Sie sich allgemein für Politik?“ (nach Herkunftsgruppen, Generationszugehörigkeit und Aufenthaltsdauer)	23
Abb. 3	Interne politische Selbstwirksamkeit	25
Abb. 4	Externe politische Selbstwirksamkeit	26
Abb. 5	„Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (nach Migrationshintergrund, Generationszugehörigkeit und Herkunftsgruppe)	30
Abb. 6	„Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (nach Demokratiezufriedenheit)	31
Abb. 7	„Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Bürgerinitiative oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?“	32
Abb. 8	„Und wie häufig sind Sie politisch aktiv?“	34
Abb. 9	Anteile an Vereinsmitgliedern (nach Migrationshintergrund, Generationenzugehörigkeit und Herkunftsgruppen der Befragten).....	37
Abb. 10	Vereinsungebundenes Engagement (nach Migrationshintergrund, Generationenzugehörigkeit und Herkunftsgruppen der Befragten)	41
Abb. 11	„Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (nach Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation)	44
Abb. 12	„Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (Befragte ohne Migrationshintergrund nach Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation und Bildungsniveau).....	45
Abb. 13	„Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Bürgerinitiative oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?“ (Aktivität nach Migrationshintergrund und Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation	46
Abb. 14	Profile zivilgesellschaftlichen Engagements	48
Abb. 15	„Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?“ (Wahlteilnahme nach Migrationshintergrund und Engagement-Profil)	48
Abb. 16	„Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Bürgerinitiative oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?“ (Politische Aktivität nach Migrationshintergrund und Engagement-Profil)	49



Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Nutzung von nichtelektoralen Partizipationsformen in den vergangenen zwölf Monaten nach Migrationshintergrund (Zustimmung in Prozent), 2016/2018	33
Tab. 2	Vereinsmitgliedschaft von Befragten nach Sprachkenntnissen und soziodemografischen Merkmalen (in Prozent)	38
Tab. 3	Vereinsungebundenes Engagement nach soziodemografischen Merkmalen und Sprachkenntnissen (in Prozent)	42

Verzeichnis der Info-Boxen

Info-Box 1	Elektorale Partizipation: Einbürgerung alternativlos?	14
Info-Box 2	Teilhabe über Gewerkschaften: Mitbestimmung als betriebliche und politische Interessenwahrnehmung	16
Info-Box 3	Politische Interessenrepräsentation über Migrantenorganisationen	19
Info-Box 4	SVR-Integrationsbarometer 2018 und 2020	21
Info-Box 5	Hoch im Kurs: Das politische System Deutschlands bei (neu) Zugewanderten	27



Impressum

Studie des SVR-Forschungsbereichs 2020-3 (Dezember 2020)

Herausgeber:

Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
Tel.: 030/288 86 59-0
Fax: 030/288 86 59-11
info@svr-migration.de
www.svr-migration.de

Verantwortlich:

Dr. Cornelia Schu

Gestaltung:

SeitenPlan GmbH, Corporate Publishing, Dortmund
www.seitenplan.com

© SVR GmbH, Berlin 2020

ISSN 2363-734X

Die Autorin und die Autoren

Vera Guill

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im SVR-Forschungsbereich

Dr. Jan Schneider

Leiter des SVR-Forschungsbereichs

Dr. Timo Tonassi

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im SVR-Forschungsbereich

Alex Wittlif

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im SVR-Forschungsbereich

Über den Forschungsbereich beim Sachverständigenrat

Der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat führt eigenständige, anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu den Themenbereichen Integration und Migration durch. Die projekt-basierten Studien widmen sich neu aufkommenden Entwicklungen und Fragestellungen. Schwerpunkte der Forschungsvorhaben sind die Themenfelder Bildung und Flucht/Asyl. Der SVR-Forschungsbereich ergänzt die Arbeit des Sachverständigenrats. Die Grundfinanzierung wird von der Stiftung Mercator getragen.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihn gehören weitere fünf Stiftungen an: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband und Vodafone Stiftung Deutschland. Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Expertengremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de/Forschungsbereich